

~~24~~ *ban. 178 km*

Zur

Lehre von den Schutzzöllen.

Eine zur Erlangung des Grades

eines

Magisters der politischen Oekonomie

mit Genehmigung

Einer Hochverordneten Historisch-Philologischen Facultät

der

Kaiserlichen Universität zu Dorpat

verfasste und zur öffentlichen Vertheidigung bestimmte

A b h a n d l u n g

von

Carl Walcker,

cand. oec. publ.

Dorpat.

Gedruckt bei E. J. Karow, Universitäts-Buchhändler.

1867.

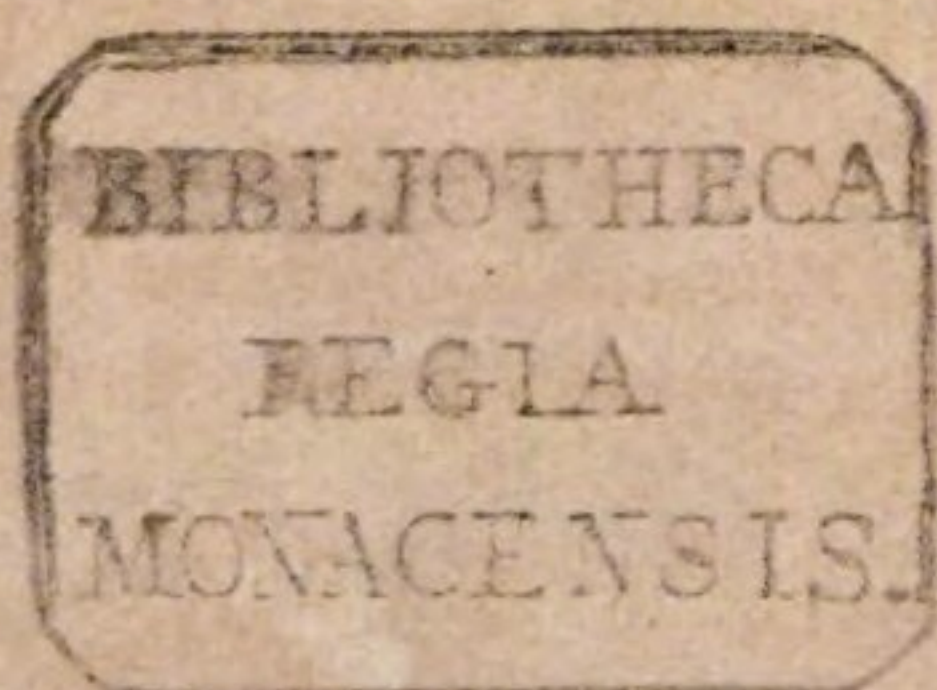
Wbg/51/295

Auf Verfügung der historisch-philologischen Facultät gedruckt.

Dorpat, den 24. März 1867.

(Nr. 20.)

Dr. L. Schwabe,
Decan der hist.-philol. Facultät.



Der Verfasser behält sich das Recht einer russischen Originalausgabe vor.

§ 1. Sch
§ 2. De
§ 3. Di
§ 4. Di
§ 5. Di

Zwei

§ 6. Dr
§ 7. W
§ 8. Di
§ 9. Pr
§ 10. W

Dritt

§ 11. Die
§ 12. Die

§ 13. Die
§ 14. Diff
§ 15. Rüc
§ 16. Die
§ 17. Ge
§ 18. Die

Inhaltsverzeichniss.

Erster Abschnitt.

Die Einführung der Schutzzölle.

Erstes Kapitel. Einleitung.

	Seite
1. Schutz- und Finanzzölle. Erziehungs- und Erhaltungszölle	1
2. Der Stand der Schutzzollfrage	3
3. Die Methode der Behandlung der Schutzzollfrage	6
4. Die Literatur der Schutzzollfrage	8
5. Die Stellung der nationalökonomischen und politischen Parteien zur Schutzzollfrage	14

Zweites Kapitel. Prüfung der nichtmercantilistischen Gründe für Erziehungszölle.

6. Drei Fehlschlüsse der Schutzzöllner	21
7. Widerlegung der scheinbar haltbarsten Gründe für Erziehungszölle .	25
8. Die Schutzzölle und die Factoren des Kostenpreises	31
9. Prüfung der Smith'schen Ausnahmen von der Regel der Handelsfreiheit	35
10. Widerlegung der üblichsten Gründe gegen Erziehungszölle	39

Drittes Kapitel. Widerlegung der mercantilistischen Gründe für Schutzzölle.

11. Die Schutzzölle und die Handelsbilanz	44
12. Die Schutzzölle und die nationale Arbeit	51

Viertes Kapitel. Die Anlegung der Schutzzölle.

13. Die Berechnung des Schutzbedürfnisses	54
14. Differenzialzölle	61
15. Rückzölle und Exportbonificationen	62
16. Die Höhe der Schutzzölle	63
17. Gewichts- und Werthzölle	66
18. Die Dauer der Schutzzölle	66

Zweiter Abschnitt.

Die Wirkungen der Schutzzölle.

	Seite
19. Die Schutzzölle und die Consumenten	67
20. Die Schutzzölle und der Ackerbau	72
21. Die Schutzzölle und der Zollertrag	74
22. Die Schutzzölle und die Geschichte	76

Dritter Abschnitt.

Die Aufhebung der Schutzzölle.

23. Die relative Berechtigung der Erhaltungszölle	80
24. Enquêtes. Ueberflüssige Erhaltungszölle	82
25. Die Aufhebung der Erhaltungszölle	83
26. Handelsverträge	88
27. Volkswirtschaftliche und finanzielle Reformen, die in Russland mit der Aufhebung der Schutzzölle Hand in Hand gehen müssen . .	88
28. Der projectirte Handelsvertrag zwischen Russland und dem Zollverein	94

Corrigendum.

S. 19, Z. 8 von oben muss es heissen 1864 statt 1854.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Die

§ 1.

Zölle im
vatperson
geführte
lische In
Productio
Steuerzöl
weiteren
selbe vol
gebräuchl
ausländisc
sich histor
Prohibition
zölle oder
der absolut
und Restr
weil beide

1) B

Erster Abschnitt.

Die Einführung der Schutzzölle.

Erstes Kapitel. Einleitung.

§ 1. Schutz- und Finanzzölle. Erziehungs- und Erhaltungszölle.

le im Allgemeinen sind von der Staatsgewalt, oder von Privatpersonen erhobene Abgaben, die auf ein- aus- oder durchgeführte Waaren gelegt werden. Je nachdem dabei das fiscohe Interesse, oder die Unterstützung der einheimischen Production massgebend ist, unterscheidet man Finanz- oder Steuerzölle und volkswirtschaftliche Zölle oder Schutzzölle im weiteren Sinne des Wortes. Im engeren Sinne bedeutet dasselbe volkswirtschaftliche Einfuhrzölle und im engsten und gebräuchlichsten Sinne volkswirtschaftliche Einfuhrzölle auf ausländische Industrieproducte. Die Schutzzölle entwickelten sich historisch theils aus den Finanzzöllen, theils aus absoluten Prohibitionen ausländischer Waaren. Man kann daher die Schutzzölle oder Restrictionen im Gegensatz zum Prohibitivsystem oder zur absoluten Restriction auch als partielle Prohibition bezeichnen und Restriction und Prohibition als Protection zusammenfassen, weil beide nur quantitativ, nicht qualitativ, verschieden sind ¹⁾.

1) Bastiat, *Sophismes économiques*, 1847 II, 14.

Der amerikanische Präsident Polk hat den Unterschied zwischen Finanz- und Schutzzöllen noch näher dahin formulirt, dass es einen gewissen Zollsatz für jede Waare gebe, bei dem die gesammte Zolleinnahme am grössten sei. Werde der Zoll weiter erhöht, so dass die Staatskasse etwas verliert, so wird die Abgabe zu einem Schutzzoll. Trotz der von Rau¹⁾ erhobenen Einwände ist diese Unterscheidung im Wesentlichen durchaus zutreffend. Es ist allerdings richtig, dass die finanziell vortheilhafteste Höhe des Zolles oft nicht erreicht, und dass dieselbe auch nicht gleich bleibt, aber sie lässt sich ja leicht durch einige Experimente mit dem Zolltarif ermitteln, die dem Handel und der Industrie nicht schaden, da sie nicht angekündigt werden können, und da es sich nur um Finanzzölle handelt. Bei Dingen, die das eigene Land nicht produziren kann und soll, z. B. bei Reis und Kaffee, ist allerdings der Zoll ein Steuerzoll. Polk meint indess offenbar nur indirekte Einfuhrzölle, bei denen jeder Schutzzoll zugleich ein Finanzzoll ist, und umgekehrt, wenn auch die Schutzzollwirkung solcher Finanzzölle in der Regel nur eine unbeabsichtigte Nebenwirkung ist. Der Polk'sche Satz ist übrigens nur eine Formulirung des alten, von der Erfahrung tausendfach bestätigten und von den meisten Nationalökonomen, auch von Rau²⁾, anerkannten Satzes, dass der prohibitive und der protektive Zweck bei Schutzzöllen im umgekehrten Verhältnisse stehen. Nur insofern bedarf diese Behauptung einer Einschränkung, als eine übermässige Erhöhung der Schutzzölle nicht bloss der Staatskasse ein *lucrum cessans* verursacht, sondern auch die Zunahme des Schmuggels grossentheils paralysirt wird. Bei den Schutzzöllen muss man die beiden Fragen wohl unterscheiden: 1) ob es rathlich ist, durch einen neuen anzulegen-

1) Lehrb. der polit. Oek. II. § 205 c. Vergleiche auch Smith, *Wealth of Nations*, IV, 2 am Schluss.

2) Grundriss zu Vorles. über die Staatsw. S. 128.

den Schutz
2) ob es rathlich
plötzlich ab
ziehungs
len reden.

Das V
in einem
zollsystem
L. Stein,
Fortschritte
mensstatist
eine Zeit k
und Einko
sische Schl
meisten St
das Wort
Zolllosigkeit
men gerec
zollsystem

Die Z
recht werd
gekommen
Leben, als
Freihandels
ren pflegen
vorzugsweise
mente erziel
ist, so ist er
muss a pri
ausgezeichne

Schutzzoll einen neuen Industriezweig hervorzurufen, und ob es räthlich ist, überkommene Schutzzölle allmählig, oder plötzlich abzuschaffen. Im ersten Falle könnte man von Erhaltungszöllen, im zweiten Falle von Erhaltungszöllen reden.

Das Wort Freihandel drückt gegenwärtig nur aus, dass einem Lande ein mehr, oder minder vollständiges Finanzsystem besteht. Es ist zwar neuerdings mehrfach, z. B. von Stein, die Ansicht ausgesprochen worden, dass mit den Fortschritten des Wohlstandes, der Consumtions- und Einkommensstatistik, der Steuererhebungskunst und des Patriotismus eine Zeit kommen werde, in der man alle Zölle durch Klassen- und Einkommensteuern ersetzen werde, ähnlich wie die preussische Schlacht- und Mahlsteuer auf dem Lande und in den meisten Städten durch jene Steuern ersetzt ist. Dann würde das Wort Freihandel noch die neue, weitere Bedeutung der Unerschlossenheit erhalten. Gegenwärtig ist es indess noch vollkommen gerechtfertigt, die Begriffe Freihandelssystem und Finanzsystem zu identificiren.

§ 2. Der Stand der Schutzzollfrage.

Die Zeit einer unbefangenen, auch den Schutzzöllnern gerecht werdenden Erwägung dieser Streitfrage dürfte wohl schon gekommen sein, denn auf der ganzen Schlachtlinie, sowohl im Leben, als in der Wissenschaft, ist der schliessliche Sieg des Freihandels so gut wie entschieden. Die Vertreter des letzteren pflegen daraus den Schluss zu ziehen, dass dieser Erfolg vorzugsweise, oder ausschliesslich durch die Güte ihrer Argumente erzielt worden sei. So naheliegend dieser Schluss auch ist, so ist er doch nur theilweise richtig. Schon der Umstand, dass a priori Zweifel gegen denselben wachrufen, dass so ausgezeichnete Nationalökonommen, wie Hermann, Rau, Ro-

, Hildebrand u. A., deren bona fides selbstverständlich heute, 91 Jahr nach A. Smith, an der Schutzzolldoc-
sthalten. Die Freihandelstheoretiker übersehen auch in
egel das grosse Gewicht der von der Theorie ziemlich
ingigen, mannigfach zusammengesetzten freihändlerischen
essen. Man denke z. B. nur an die Edinburger Kauf-
welche Smith für den Freihandel gewannen, an Cob-
Bonmot, dass nicht gute Gründe, sondern schlechte Kar-
die englischen Kornzölle gestürzt haben, an die vorherr-
agricol-commerziellen Interessen Preussens, des mäch-
deutschen Staates, und endlich — last not least — an die
ge Freiheits- und Fortschrittsströmung unserer Zeit, die
lls eine bedeutsame, auch auf handelspolitischem Gebiete
me Thatsache ist, wie verschieden man auch über manche
rungen des Zeitgeistes denken mag.

ch werde nachzuweisen suchen, dass die Freihandelsdoctrin
ist, dass aber die üblichsten, von A. Smith herrühren-
ründe für dieselbe unhaltbar sind, wenn ihm auch das
nst gebührt, durch andere Ausführungen seines unsterb-
Werkes den festen Grund gelegt zu haben, auf welchem
at¹⁾), der weitaus bedeutendste Freihandelstheoretiker,
gebaut hat. Ich werde dabei nicht verhehlen, dass auch
wohlgefügte Freihandelssystem Bastiat's noch einige
n und Mängel hat. Die vor-List'sche Schutzzolltheorie
crass mercantilistische Irrthümer auf, von denen sich
List, der bedeutendste Schutzzolltheoretiker, nicht ganz
halten hat. Man würde es dem List'schen Buche sofort
ken, auch wenn man es nicht wüsste, dass es eine Samm-
on Zeitungsartikeln ist, welche alle Vorzüge und Mängel
solchen Entstehung an der Stirn trägt. Das Werk ist

) Die übrigen Ansichten Bastiat's, mit denen ich grossentheils nicht
nden bin, kommen hier nicht in Betracht.

lebendig, fe
schrieben,
wahre Ded
hauptungen
leicht irre
brand un
genannt w
vom schutz
der Bewei
Schutzzoll
waren. L
pothese. A
Forschung
List's, w
nationale
ausserorde
bahnwesen
gehandelt
grossen M
bekannt,
Beziehung
jenem un
jetzt den
Anerkenn
Bestechun
Gesundhei
bekanntest
Mercantili
Modenatio
lich Freih

1) C
die kurze, al

ndig, fesselnd und blendend, aber unwissenschaftlich geschrieben, denn es enthält in bunter Mischung wahre und halbre Deductionen, falsche historische Inductionen, kecke Behauptungen und Fehlschlüsse und Appellationen an unklare, nicht irre gehende patriotische Gefühle. List ist von Hildebrand und Schäffle ein Wohlthäter des deutschen Volkes genannt worden. Diese Behauptung lässt sich indess selbst an schutzzöllnerischen Standpunkte aus anfechten, denn es ist kein Beweis nicht beigebracht worden, dass die damaligen Schutzzollerhöhungen eine Wirkung der List'schen Agitation waren. List's Selbstmord spricht vielmehr gegen diese Hypothese. Auch die Stiftung des Zollvereins ist nach den neueren Forschungen Aegidi's ein Verdienst Preussens, und nicht List's, wenn auch List und Nebenius gleichzeitig für jene nationale Schöpfung wirkten. Ungerecht ist es dagegen, die ausserordentlichen Verdienste List's um das deutsche Eisenbahnwesen mit dem Sophisma zu leugnen, dass Andere ebenso gehandelt haben würden. Mit dieser Logik kann man jedem grossen Manne seine Lorbeeren streitig machen. Ist es doch bekannt, wie schwere Kämpfe der patriotische und in dieser Beziehung weitblickende Agitator um der Eisenbahnen willen mit seinem unsterblichen Philisterthum zu bestehen hatte, welches jetzt den Schweif der Manchesterschule bildet. Ebenso grosse Anerkennung verdient die Uneigennützigkeit List's, der alle Bestechungsversuche der englischen Fabrikanten zurückwies und Gesundheit und Vermögen seinen Idealen opferte. Carey, der bekannteste Schutzzolltheoretiker der Gegenwart, ist ein crasser Mercantilist, wie der Listianer A. Held ¹⁾ in seiner Kritik jenes Modenationalökonomen nachgewiesen hat. Carey, der ursprünglich Freihändler war, hat fast gar nichts Neues über die Schutz-

1) Carey's Socialwissenschaft und das Mercantilsystem, 1866. Vgl. auch die kurze, aber treffliche Rec. Carey's im Lit. Centralblatt 1866 Nr. 30.

gelehrt, denn die Doctrin von der Transportsteuer findet schon bei Jefferson, A. Hamilton und List, und die Carey nur stärker betonte Bodenerschöpfungstheorie List's, Richtigkeit überdies fraglich ist, würde nur die Nothwendigkeit einer nationalen Industrie, nicht die Nothwendigkeit von Zöllen beweisen. Carey's Ansichten über den Werth, Grundrente, die Bevölkerung und das Verhältniss von Kapital und Arbeit sind ebenso wenig ein Beweis für die Schutzselbst wenn jene Ansichten richtig wären, was sie indess sind.

Schliesslich muss zugegeben werden, dass die meisten Freihändler durch die Art ihrer Polemik selbst daran Schuld sind, dass gegenwärtig noch Schutzzöllner giebt. Eine sachlich methodisch untadelhafte Widerlegung muss zu der Beweisführung der Gegner ebenso gut passen, wie ein gut gearbeiteter Schlüssel zu seinem Schloss. Statt dessen liefern die meisten Freihändler nur eine ganz unsystematische, aphoristische, nur schwachen, nicht auch die scheinbar starken Seiten der Schutzzöllner beachtende Polemik, die nicht einem fliessenden Dialoge, sondern zwei nebeneinander herlaufenden Monologen. Es kommt es, dass viele Freihändler ursprünglich gemässigte Schutzzöllner gewesen sind. Mir selbst ist es z. B. so gegangen. Ich bin natürlich weit entfernt davon zu verkennen, dass es nicht gelungen ist, jenes Ideal einer Widerlegung zu erreichen. Ich möchte im Gegentheil, meine Abhandlung nur als Versuch betrachtet wissen, jene schwierige und verwickelte Frage um einige Schritte ihrer Lösung entgegenzuführen.

Die Methode der Behandlung der Schutzzollfrage.

Dieser Gegenstand steht in engem Zusammenhange mit der allgemeinen methodologischen Richtung eines Schriftstellers. Man sieht sich bekanntlich gegenwärtig in der Nationalökonomie zwei methodologische Richtungen gegenüber, nämlich die Ver-

treter der
cardo, M
Wagner
Letztere
indess ni
Naturfors
ökonomie
halb das
scher'sch
wie Ros
rigen, als
ich will
ziehung
anschlies
vorherrsch
mein me
führt, al
brauchb
nen fehl
verfahren
schätzba
kung de
Carey,
Ausnahm

1)
menschlich
im Deutsch
nen sich fü
z. B. viel g
A. in seine
eine Schild
eine Schild
Knies, Di

er der vorherrschend deductiven Methode von Smith, Ricardo, Malthus und Thünen, z. B. Hermann, J. S. Mill, Wagner u. A., und die s. g. historische Schule Roscher's. Letztere wird auch als inductive Schule bezeichnet. Dies ist jedoch nicht richtig. Auch Quetelet, Laplace und andere Naturforscher und Nationalökonomien betrachten die Nationalökonomie als vorherrschend inductive Wissenschaft, ohne deshalb das s. g. Relativitätsprincip, das zweite Merkmal der Roscher'schen Richtung, anzuerkennen, oder so hoch zu stellen, wie Roscher es thut. Eine Erörterung dieser ebenso schwierigen, als weitgreifenden Fragen gehört natürlich nicht hierher, ich will nur in Kürze bemerken, dass ich mich in dieser Beziehung vollständig den treffenden Ausführungen Wagner's¹⁾ anschliesse. Auch die Schutzzollfrage muss meiner Ansicht nach vorherrschend deductiv behandelt werden, sowohl aus den allgemeinen methodologischen Gründen, welche Wagner a. a. O. anführt, als auch deshalb, weil es auf diesem Gebiete meist an brauchbarem Material für historische und statistische Inductionen fehlt. Die meisten Freihändler, z. B. Smith und Bastiat, verfahren auch in der That deductiv, nur M. Chevalier hat schätzbares inductives Beweismaterial für die schädliche Wirkung der Schutzzölle geliefert. Die Schutzzöllner, z. B. List und Carey, verfahren meist inductiv, wovon u. A. Hermann eine Ausnahme macht.

1) Vergl. Wagner, Die Gesetzmässigkeit in den scheinbar willkürlichen menschlichen Handlungen, 1864, S. 65 u. 76 und Wagner's Art.: „Statistik“ im Deutschen Staatswört., 1866, Bd. X. passim. Roscher und auch Knies scheinen sich über das im Text Gesagte nicht völlig klar zu sein. Obgleich Roscher z. B. viel gegen „allgemein gültige Wirthschaftsideale der Völker“ polemisiert, u. A. in seinem System der Volksw. I. § 25, so verspricht er schon im folgenden § eine Schilderung „der Volkswirtschaft“, während er doch consequenter Weise eine Schilderung der Volkswirtschaften versprechen und geben müsste. Vergl. Knies, Die polit. Oek. S. 349.

§ 4. Die Literatur der Schutzzollfrage.

Die unübersehbare Literatur über diesen Gegenstand bietet dogmatischer Beziehung wenig Ausbeute. Die meisten Verfasser geben fast nur Umschreibungen dessen, was die Führer ihrer Partei gesagt haben. Die nach-Smith'sche Literatur hat Rau¹⁾ ziemlich vollständig zusammengestellt, es ist indess bekanntlich schon vor den Physiokraten und Smith verschiedene Freihändler gegeben, wie z. B. Bodinus, Pieter Court, Walter Raleigh, Dudley North, Filan- , zum Theil auch Davenant u. A.

Ich gebe einige Nachträge zu den Rau'schen Notizen, zu denen noch der Katalog der Hamburger Commerzbibliothek S. 81, 143, 153 und 1285 zu vergleichen ist. Der Holländer Kuhn schrieb ein Specimen oeconomico-politicum in auctore, quo argumenta exhibentur ad rejiciendam vel commendam industriam et mercaturam libertatem vulgo allata, Amst., 1835 (nur die Gründe für und gegen, ohne Entscheidung).

Die freihändlerische Petersburger Magisterdissertation von B. Kalinowski: Ueber die Entwicklung und Verbreitung der Idee des Freihandels, 1859, das extrem schutzzöllnerische Werk von A. Uschinski: Ueber die Bedeutung der Manufakturindustrie in Russland und über das Schutzzollsystem, 2 Theile, und T. Behrend, Grundzüge einer wissenschaftlichen Theorie des Freihandels, Berl. 1848, — sind an die- selbe Stelle zu erwähnen. Der Aufsatz von Schütz, „Die gegenwärtige Universitätsdoctrin in Deutschland über Handelsfreiheit und Schutzzölle“ (in der Tüb. Zeitschr. 1845, S. 706—743) und die Ansichten von Hagen, Bülow, Baumstark, Obern- , Riedel, Rau, Schön, Roscher, Eisenhart, Mitthenner, Kaufmann und Glaser zusammen.

1) Lehrb. II. § 205 (d) 5. Aufl. 1863.

Bas
Noback
Englische
Von den
lich in B
nalaufsätz
nisme un
zwischen
gen, und
politique
Schattens
(6 Bände
diese Fra
2. Aufl.
gestützte
rung der
Deutsche
dort z. B.
versalhe
Zeilen v
striellen
sei. In
in der D
grossdeu
trag aus
des We
tend, un
und „Sc
ren herau
1866, en
fend ist
Die öffe
Da

Bastiat's *Sophismes économiques*, 1847, sind 1847 von v. Hock auch in's Deutsche übersetzt worden, desgleichen in's Englische, Spanische und 1862 oder 63 auch in's Russische. Von den übrigen Schriften Bastiat's kommen hier hauptsächlich in Betracht: *Le libre échange*, eine Sammlung von Journalaufsätzen und öffentlichen Reden; *Protectionisme et communisme* und *Spoliation et loi*, zwei Nachweise der Verwandtschaft zwischen den schutzzöllnerischen und socialistischen Bestrebungen, und *Ce qu' on voit et ce qu' on ne voit pas ou l'économie politique en une leçon*, eine Hervorhebung der versteckten Schattenseiten der Schutzzölle. Bastiat's *Oeuvres complètes* (6 Bände, 1854 und 55, 2. Aufl. in 7 Bänden 1862) behandeln diese Frage fast auf jeder Seite. Schäffle hat in seiner *N.-Oek.* 2. Aufl. 1867 eine sehr kurze, aber treffliche, auf Bastiat gestützte und doch die Mängel desselben vermeidende Erörterung der Frage gegeben. Schäffle's Art. „Handelspolitik“ im *Deutschen Staatsw.*, Bd IV, 1859 ist weniger gut. Es wird dort z. B. S. 657 behauptet, dass der absolute Freihandel zur Universalherrschaft (!) eines Staates führen könne, obgleich es einige Zeilen weiter mit Recht heisst, dass das Erstreben einer industriellen Universalität ein vergeblicher Kampf gegen die Natur sei. In einem Aufsätze über den preuss.-französ. Handelsvertrag in der *Deutschen Viert.*, 1862, H. 3 spricht sich Schäffle aus grossdeutschen Motiven inconsequenter Weise gegen den Vertrag aus. Der Art. „Handelspolitik“ von Cohen in der 3. Aufl. des Welcker'schen *Staatslexikons* Bd. VII., 1862 ist unbedeutend, und auch die Art. „Handelsfreiheit“ von Prince-Smith und „Schutzzölle“ von H. Rentzsch in dem von dem Letzteren herausgegebenen *Handwörterbuch der Volkswirtschaftslehre*, 1866, enthalten wenig Neues. Scharfsinnig und im Ganzen treffend ist dagegen die Behandlung des Gegenstandes bei v. Hock *Die öffentl. Abgaben*, 1863, S. 137 ff.

Das *Dictionnaire de l'économie politique* von Coquelin

Guillaumin 1854 giebt reichhaltige Notizen über die eingehende französische Literatur in den Art. Contrebande, Douane, List, Liberté du commerce, Liberté des échanges und Libre de douanes. Ferner sind zu nennen das Dictionnaire du Commerce 1859 und 61, das italienische Dizzionario della e. p. di Boccardo, 1857 ff., das englische Dictionary of p. e. von Leod, 1860 ff. und die zur Verherrlichung der englischen Handelsagitation geschriebene Preisarbeit von Dunkley über the Interests of nations, 1854. Andere englische, französische, deutsche und amerikanische Freihändler und Schutzzöllner citirt Kautz in der Naturgesch. der N.-Oek., 1860, S. 550, 602, 684 und 715 ff. Ausserdem finden sich noch zahlreiche Aufsätze über Schutzzölle in verschiedenen Zeitschriften, z. B. in der Rheinischen Viert. Nr. 83, 84, 85, 86 und in Faucher's Viert. Nr. 1. Faucher giebt a. a. O. eine sehr gute Widerlegung der List'schen Behauptung, dass die Freihändler die Vernichtung des geistigen Kapitals ignorirten.

Biographien List's haben Häusser im ersten Bande der von ihm in drei Bänden 1850 herausgegebenen Schriften List's. Welcker in seinem Staatslexikon geliefert. Beide Biographien sind Schutzzöllner. Ueber die Recensionen List's vgl. Kautz o. c. S. 677.

Streng schutzzöllnerische Ansichten verfiicht der Graf Storch¹⁾ in seinen beiden Werken „Weltreichthum, Nationalökonomie und Staatswirthschaft, 1821 und „Die Oekonomie der

1) Roscher (bei Kautz o. c. S. 620) macht folgende treffende Bemerkungen über diesen von den Freihändlern häufig unterschätzten Staatsmann: „Storch, Bernhardi u. s. w. scheinen mir eine besondere „deutsch-russische“ Nationalökonomie zu bilden, deren Eigenthümlichkeit ich darin suchen möchte, dass sie ganz erfüllt mit den Verhältnissen und Ansichten hoch kultivirter Nationen nun in das praktische Leben eines niedrig kultivirten versetzt wurden, und schon ex usu eine Menge doctrinärer Vorurtheile ablegen, auf die verschiedenen Bedürfnisse und Fähigkeiten verschiedener Kulturstufen aufmerksam werden und überhaupt eine Menge von Keimen der historischen Methode aufnehmen mussten.“

menschlich
Schmitt
Roscher
1842, Bd
Archiv 18
System I
Gegenwa
Schütz,
Allg. Sta
Philosoph
H. Schu
Die Elen
belgische
Delitzs
in der N
tive Ber
nissen d
Lehrb.
1852 un
langen
ewige (
zölle in
D
vertra
zuhebe
Artikel
der Na

1)
sche Ueb
zweite W
2)
Bände, 2
wohl sämt
H. v. Tr

nschlichen Gesellschaft“, 1845. Gemässigte Schutzzöllner sind: h mitthenner, Zwölf Bücher vom Staate, Bd. I. 1839, scher, Grundriss S. 62 ff., Rec. List's in den Gött. gel. Anz. 42, Bd. II, Nr. 118 ff., Ueber das Kolonialwesen in Rau's Archiv 1848 II. Abth. S. 290, Ueber Kornhandel 1852, S. 133 ff., ystem II, § 159; B. Hildebrand¹⁾, Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft, Bd. I, 1848; Knies, o. c. III., 5 u. 9; chütz, Grundsätze der N.-Oek., 1843; Kautz, o. c.; Bluntschli, allg. Staatsrecht, Bd. II., 3. Aufl. 1863; F. J. Stahl, Die Philosophie des Rechts, Bd. II, 2. Abth., 3. Aufl. 1856, I. Schulze, N.-Oek. Bilder aus England, 1853; v. Steinbeis Die Elemente der Gewerbebeförderung, nachgewiesen an der belgischen Industrie, 1851. Auch Gneist²⁾ und Schulze-Delitzsch (in einer vor einigen Jahren in Berlin gehaltenen n der National-Ztg. veröffentlichten Rede) behaupten die relative Berechtigung der Schutzzölle, obgleich sie in den Verhältnissen der Gegenwart Freunde des Freihandels sind. L. Stein, Lehrb. der Volksw., 1858 und System der Staatswiss., Bd. I, 1852 und R. v. Mohl, Polizeiwiss., Bd. II, 3. Aufl., 1865, verlangen für gewisse Fälle, gleich Hermann und Carey, ewige (!) Schutzzölle, obgleich Mohl die Nachtheile der Schutzzölle im Uebrigen hervorhebt.

Die Schriften für und wider den preuss.-französ. Handelsvertrag von 1862, sind zahllos. Von den ersteren sind hervorzuheben: (Delbrück), Vorwände und Thatsachen, 1862, viele Artikel des Preuss. Handelsarchivs, O. Michaelis' Artikel in der Nat.-Ztg; Weinlig's Aufsätze im Dresdener Journal, die

1) Von dieser klassischen Widerlegung des Socialismus sind zwei russische Uebersetzungen erschienen. Die erste gab Schtschepkin 1860 heraus, die zweite W. Besobrasow 1861.

2) Das heutige englische Verfassungs- und Verwaltungsrecht, bis jetzt 4 Bände, 2. Aufl., Berlin, 1863—67, passim. Die Anhänger Gneist's sind dagegen wohl sämtlich entschiedene Freihändler, obgleich nur Alexander Meyer und H. v. Treitschke die Frage berührt haben.

h als Sonderabdruck erschienen sind, und R. v. Mohl, o. c. h Rau und Knies hielten Reden für den Vertrag, der tere in Heidelberg, der Letztere im badischen Abgeordneten- se. Gegen den Vertrag schrieben u. A. Schöffle o. c. und ritz Mohl, der Verf. des umfangreichen Kommissionsbe- tes der württembergischen Kammer von 1863. Reiches Ma- al enthalten auch das Bremer Handelsblatt, M. Wirth's beitgeber, die Jahresberichte der deutschen Handelskammern, Viebahn's Statistik des Zollvereins und Hübner's rbücher.

Im Februar 1864 erschien in Berlin eine 61 S. starke, wie scheint nur als Manuscript gedruckte „Denkschrift betreffend Abschluss eines Handels- und Zollvertrages zwischen den aten des deutschen Zollvereins und Russland. Den hohen tschen Regierungen eingereicht von dem bleibenden Aus- usse des Deutschen Handelstages.“ Das russische Finanzmi- nisterium liess diese von B. Liebermann, P. J. Stahlberg A. Soetbeer unterzeichnete Denkschrift (in der „Börsen- ung“) in's Russische übersetzen und an die russische Bör- comité's vertheilen, die zu Meinungsäusserungen über den liner Vorschlag aufgefordert wurden. Sämmtliche Börsen- ité's, mit Ausnahme des Odessaschen, sprechen sich mit utzzöllnerischen Argumenten gegen das Project aus. Die tachten von Petersburg, Riga, Odessa und Rostow sind in „Sammlung von Nachrichten und Materialien in Ressort Finanzministeriums“, 1865, H. 4, S. 489—493, 493—512 ¹⁾, und 514, und H. 7, S. 420 und 421 in extenso mitgetheilt, gleichen im 6. H., S. 254—256 ein schutzzöllnerisches Gut- ten des Rigaschen Manufacturcomité's. Die 307 S. starke

1) Das Rigasche Gutachten erschien auch deutsch in der Rigaschen Ztg. in der Baltischen Wochenschrift Nr. 8—10, 1865. Die erstere sprach sich (Nr. 57—60) für die völlige Aufhebung der Schutzzölle unter Entschädigung Fabrikanten aus, vergl. dagegen unten § 25.

Moskauer I
in der „Sa
der bekannt
auf der Ni
die von d
(d. h. woh
schrieben
und der F
thek“ verö
Nr. 5 und
eine Entg
Gutachten
ges abged
1865. Da
spricht sic
Auc
ist vorge
der Absc
reich un
Wien“,
1865, H
freihänd
lung“ e
hungen
russische
Fer
Gesandts
sent state
schienen.
1866, H.

1)
industrie b

Moskauer Denkschrift (Moskau, 1865) erschien im Auszuge auch in der „Sammlung des Fin.-Min.“ 1866, H. 1—5. Schipow¹⁾), der bekannteste und rührigste russische Schutzzöllner, hielt 1864 auf der Nischni-Nowgoroder Messe eine Rede gegen das Project, die von den Repräsentanten der dort versammelten Kaufleute (h. wohl nur des schutzzöllnerischen Theiles derselben) unterschrieben und als officieller Protest dem Minister des Innern und der Finanzen eingereicht wurde. Diese in der „Lesebibliothek“ veröffentlichte Rede ist in der Balt. Wochenschrift 1865, Nr. 5 und 6 übersetzt. In der Kölnischen Ztg. 1865, Nr. 173 ist eine Entgegnung des Deutschen Handelstages auf das Rigasche Gutachten aus der Lithographirten Correspondenz des Handelstages abgedruckt. Vgl. auch die Verh. des 3. Deutschen Handelstages, 1865. Das entschieden freihändlerische Odessasche Gutachten spricht sich für möglichst schnelle und liberale Tarifreformen aus.

Auch ein österreichisch-russischer Handelsvertrag ist vorgeschlagen worden in der Schrift „Materialien zur Frage der Abschliessung eines neuen Handelsvertrages zwischen Oesterreich und Russland. Gesammelt von der Handelskammer in Wien“, Wien 1865, russisch in der „Sammlung des Fin.-Min.“, 1865, H. 9, S. 1—43. Die mitgetheilten Gutachten sind meist freihändlerisch, während eine andere, im 10. H. der „Sammlung“ excerpirt Broschüre über „die handelspolitischen Beziehungen zwischen Oesterreich und Russland“ (Wien, 1865) die russischen Schutzzölle vertheidigt.

Ferner ist von Mitchell, dem Attaché der englischen Gesandtschaft in St. Petersburg, 1866, ein Report on the present state of the trade between Great Britain and Russia erschienen. Dieser interessante Bericht, aus dem die „Sammlung“ 1866, H. 3. und das Preuss. Handelsarchiv Auszüge veröffent-

1) Nach der Sammlung des Fin. Min., 1865, H. 9, S. 30 ist der die Leinenindustrie betreffende Abschnitt der Moskauer Denkschrift von Schipow verfasst.

haben, enthält u. A. eine Beschreibung der Moskauer Industrieausstellung von 1865 und Gutachten der englischen Handelskammern über die russische Industrie.

Die Gränze zwischen den Freihändlern und den Schutzzöllnern ist einigermassen fließend, weil solche Schutzzöllner, nur für sehr seltene Fälle Schutzzölle vertheidigen, praktischommen den Freihändlern sehr nahe stehen. Trotzdem lässt sich ein fester Eintheilungsgrund finden. Diejenigen Schriftsteller, welche alle Erziehungszölle verwerfen, müssen zu den Freihändlern gerechnet werden, wenn sie auch mit Recht einer nähligen Aufhebung der Erhaltungszölle das Wort reden; während alle diejenigen Schriftsteller zu den Schutzzöllnern gerechnet werden müssen, die für irgend einen, wenn auch noch seltenen Fall Erziehungszölle billigen. Nur auf diese Weise lassen sich willkürliche Eintheilungen vermeiden, welche dazu dienen, dass ein Autor denselben Schriftsteller zu den Freihändlern zählt, den ein anderer Autor zu den Schutzzöllnern zählt¹⁾. Dass A. Smith zu beiden Kategorien gerechnet werden muss, ist nicht ein Fehler meiner Klassifikation, sondern eine thatsache von List hervorgehobene Inconsequenz von Smith selbst, vgl. unten § 8.

Die Stellung der nationalökonomischen und politischen Parteien zur Schutzzollfrage.

Das zerstreute Material über diesen Gegenstand ist bis jetzt nur in Bezug auf England zu historischen Darstellungen verarbeitet worden. Trotzdem werden schon die nachfolgenden Notizen den Beweis liefern, dass die politischen und handelspolitischen Parteien keineswegs zusammenfallen, dass

1) Vergl. z. B. die von einander abweichenden Klassifikationen Rau's, Rühl's und Rentzsch's.

vielmehr po
delspolitisch

In En

die Whigs

Schutzzöll

der englisc

die sich an

des Torys

Bright k

In F

mit den F

zurückneh

1786 dem

Concession

aufgehobe

ligen fran

benen Zol

prohibitio

das „Bü

Bourgeois

ralen“, i

gesinnt.

brikanter

Dollfus

sind Anl

1) V

Archibald

de la réform

1845; Th. B

heim, Kap

Reiches, 186

und „Bright

Cobden, 186

Friedländ

Immer politische Gesinnungsgenossen in verschiedenen handelspolitischen Lagern kämpfen, und umgekehrt.

In England waren die Tories zur Zeit Karl's II. Freihändler, Whigs Schutzzöllner. Späterhin waren beide Parteien Schutzzöllner, bis das Smith'sche System und die Erstarkung der englischen Industrie zu den grossen Zollreformen führten, die sich an die Namen der Whigs Canning und Huskisson und der Torys Peel und der Manchestermänner Cobden und Bright knüpfen ¹⁾.

In Frankreich musste Colbert in den Friedensschlüssen mit den Holländern viele seiner Restrictionsmassregeln wieder zurücknehmen. Der Edenvertrag mit England machte im Jahre 1786 dem von den Physiokraten vertretenen Freihandel einige Concessionen. Er wurde indess bald durch die Revolutionskriege aufgehoben, deren Kosten nebst der Finanzzerrüttung die damaligen französischen Regierungen zwangen, die bereits aufgehobenen Zollämter wiederherzustellen. Das erste Kaiserthum war prohibitionistisch aus Hass gegen England, die Bourbonen und das „Bürgerkönigthum“ waren es aus Connivenz gegen die Bourgeoisie. Noch heute sind die meisten französischen „Liberalen“, insbesondere die Orleanisten, extrem schutzzöllnerisch gesinnt. Man denke z. B. an Thiers. Die Lyoner Seidenfabrikanten, einige grosse elsassische Baumwollfabrikanten, wie Dollfuss u. A., und die Seestädte, mit Ausnahme von Rouen, sind Anhänger des Freihandels, für den Bastiat, M. Cheva-

1) Vgl. Tooke's Gesch. der Preise, deutsch von Asher, 2. Aufl. 1862; Archibald Prentice, History of the league; Dunckley o. c.; Richelot, Hist. de la réforme commerciale en Angleterre, I. II. 1853; Bastiat, Cobden et la ligue 1845; Th. Erskine May, Die Verfassungsgesch. Englands, deutsch von Oppenheim, Kap. 8, 10, 18; W. Vocke, Die Geschichte der Steuern des britischen Reiches, 1866, S. 281—358; Die Art. „Die englische Manchesterschule“, „Cobden“ und „Bright“ in Unserer Zeit, 1858 u. 1865, F. v. Holtzendorff's Vortrag über Cobden, 1866, Gneist, Bd. I, Schütz in der Tüb. Zeitschrift Bd. IV. und Friedländer, Das brit. Zollsystem 1827.

er, Jos. Garnier, Wolowski u. A. wirkten. Der Kaiser Napoleon III., der während seines Aufenthalts in England viel mit den Koryphäen der Freihandelsagitation verkehrt hat, will entschiedener Freihändler sein, obgleich die Handelsverträge von 1860 mit England und von 1862 mit dem Zollverein noch immer am strengen Schutzzollsystem festhalten ¹⁾.

In Deutschland ging die Freihandelsagitation hauptsächlich von Berlin, Hamburg und Stettin aus. In den 40er Jahren entstand in Berlin ein Freihandelsverein ²⁾, zu dem Faucher, Noback, Prince-Smith u. A. gehörten, während Asher, Soetbeer u. A. in Hamburg thätig waren. Auch Michaelis, ein Redacteur der Berl. „Nat.-Ztg.“ und O. Wolff, der Red. der Stettiner „Ostsee-Ztg.“, M. Wirth, Rentzsch, Hübner, Bergius, Böhmert, Pickford u. A. wirkten thätig und verdienstlich für den Freihandel. Auch A. Wagner tritt sich an verschiedenen Stellen seiner Schriften entschieden für den Freihandel ausgesprochen. In Norddeutschland giebt es nur noch sehr wenige Schutzzöllner, hauptsächlich unter den preussischen Fabrikanten und Ultramontanen. Auch Harkort ist Schutzzöllner, obgleich sonst fast alle norddeutschen Liberalen und fast alle nord- und süddeutschen Anhänger der Nationalpartei Freihändler sind. Die grossdeutsche Partei, zu deren heterogenen Bestandtheilen auch die süddeutschen Schutzzöllner gehören, ist, mit Ausnahme Schöffle's und des entschiedenen Freihändlers J. Fröbel, hochschutzzöllnerisch genannt. Auch die Kreuzzeitungsmänner, z. B. v. Bülow-Cum-

1) Vgl. v. Hock's Finanzverwaltung Frankreichs 1857 (französisch von H. Gentil, 1858), Carey's Briefe an M. Chevalier über den Vertrag von 1860 und Schöffle in der Tüb. Ztschr. 1864 u. 1865.

2) Vgl. die Biographie Faucher's in der Gartenlaube, 1863, S. 266 bis 270; Tooke-Asher o. c. Bd. II, S. 234; Richelot, L'association douanière en France; Rau II. § 297 (b); die seit 1865 in Elberfeld erscheinende Zeitschrift „Der Zollverein“; H. A. Mascher, Das deutsche Gewerbewesen, 1866; Fischer und Hildebrand's Jahrb. 1866 u. Wagner's Art. „Zollverein“ im D. Staatswört.

merow u.
Stahl's
sinnt, wa
wird ¹⁾.
zöllner, z
Anhänger
Staatslexi
zollfrage,
risch aus
Berechtig

In C
begonnen
hochschut
wie F. N
der Frei
1866 wu
volkswir

In
formpoli
die neap
was —
englisch

In
Molina
In
Di

Englän
zu reger

1)
aner, he
1. 1848
3)
kunft, 18

row und der Präs. v. Gerlach, sind, mit Ausnahme ahl's und J. C. Glaser's, entschieden freihändlerisch gegent, was von Riehl mit Recht eine Inconsequenz genannt wird¹⁾. Ebenso inconsequent ist es freilich, dass viele Schutzöllner, z. B. List und Carey, in allen übrigen Punkten Anhänger der wirthschaftlichen Freiheit sind²⁾. In Wagner's Staatslexikon sucht man vergeblich eine Erörterung der Schutzöllfrage, an manchen Stellen spricht es sich indess freihändlerisch aus, obgleich es auch dem Mercantilismus eine relative Berechtigung für seine Zeit zuschreibt.

In Oesterreich herrschen trotz des von der Regierung begonnenen Bruches mit dem Schutzzollsystem im Ganzen noch nochschutzzöllnerische Ansichten vor. Gemässigte Schutzzöllner, wie F. Neumann³⁾ und vollends tüchtige Freihändler, wie der Freiherr v. Hock, sind in Oesterreich sehr selten. Noch 1866 wurde ein vom Grafen Kinsky gegründeter Verein für volkswirthschaftlichen Fortschritt polizeilich aufgelöst.

In Italien führte Graf Cavour seine grossartige Reformpolitik auch auf handelspolitischem Gebiete durch, während die neapolitanische Regierung dem Schutzzollsysteme huldigte, was — beiläufig bemerkt — eins der wirksamsten Motive der englischen Parteinahme für Piemont war.

In Belgien vertreten Ch. de Brouckère und G. de Molinari den Freihandel und Jobard die Schutzzölle.

In Spanien ist Ramon de la Sagra Freihändler.

Die Türkei hat ein Finanzzollsystem, obgleich einige Engländer ihr gerathen haben, sich durch das Schutzzollsystem zu regeneriren (!).

1) u. 2) Auch der Socialist Marlo (Winkelblech), ein bedingter Listianer, hebt in seiner Weltökonomie Bd. II. 1. 1857 S. 410, 434, 435 und Bd. I. 1. 1848 S. 414 diese Inconsequenzen hervor. Vgl. auch Bastiat o. c.

3) Oesterreichs Handelspolitik in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, 1864. Ueber Ungarn vgl. Kautz S. 735 u. 737.

In Russland trat nach Mühlhausen ¹⁾ erst in der Mitte des 16. Jahrh. eine scharfe Trennung der Binnen- und Fränzzölle ein. Die ersten Spuren einer Restrictionspolitik finden sich im Tarif von 1667. Peter d. G. führte einen gemässigten Schutzzolltarif ein, der erst 1753 bei der Aufhebung der inneren Zölle stark erhöht wurde. Neue Erhöhungen erfolgten unter der Kaiserin Katharina II., so dass der Tarif von 1796 einen fast prohibitiven Charakter hatte. Unter dem Einflusse der Ideen von Smith, Say und Storch erschien dagegen 1819 ein für seine Zeit sehr liberaler Tarif, der indess schon 1821 und 22 durch einen fast prohibitiven Tarif ersetzt wurde, der erst 1850, besonders aber 1857 bedeutend gemildert wurde ²⁾. Graf Cancrin ³⁾, der in den Jahren 1823—44 als Finanzminister die Handelspolitik Russlands leitete, übersah die Nachtheile prohibitiver und übermässig hoher Zölle keineswegs, er glaubte indess, dass hohe Zölle vom fiscalischen Interesse Russlands geboten seien ⁴⁾.

1) Mühlhausen, ein gemässigter Schutzzöllner, ist Prof. in Moskau. Seine 1865 und 1866 gehaltenen Vorlesungen über Finanzwissenschaft sind lithographirt erschienen. S. 188—201 der Ausg. von 1865 u. S. 167—188 der Ausg. von 1866 giebt Mühlhausen eine Geschichte der russischen Tarifpolitik.

2) Vgl. die Berliner Denkschrift und die Moskausche Preisschrift über Fränzzölle vom stud. jur. S. Nikolski (abgedruckt in den Berichten der Mosk. Universität, 1865) S. 110—190. Der Verf., ein gemässigter Schutzzöllner, behandelt insbesondere den Tarif von 1857.

3) Vgl. die vom Grafen Alexander von Keyserling herausg. Schrift: Aus den Tagebüchern des Grafen Georg Cancrin, Bd. I, 1865, S. 26, 27, 32, 2 u. S. 60—63 des Tagebuches. Ueber das Cancrin'sche System sind ferner zu vergleichen: Graf Cancrin, Weltreichthum, Nationalreichthum und Staatswirthschaft 1821, ders., Die Oekonomie der menschlichen Gesellschaften und das Finanzwesen, 1845, Schipow in der „Lesebibliothek“, 1864, das Journal de St. Pétersbourg, 1860, v. Reden, Das Kaiserthum Russland, 1843, v. Bodenstedt, Art. „Cancrin“ im Bluntschli'schen Staatswört., W. Goldmann, Das russische Papiergeld, Riga, 1866, 2. Aufl. S. 55—62 u. A. Die drei letztgenannten Schriftsteller sind Gegner des Cancrin'schen Systems. Vgl. noch G. S. Murawjew in der russ. St. Petersburg. Ztg. 1865, Nr. 89, in der Samml. d. Fin.-Min. 1865, H. 2 und die Otetsch. Sapiski, 1865, erstes Juliheft.

4) Aus den oben § 1 dargelegten Gründen theile ich diese Ansicht nicht.

Als Vertreter: Gorkowski, Te
im Russki
Anzeiger, 18
1860, Nr. 16
Univ. für 18
1857, Februar
Schutzzölle
auswärtige u
1860, Nr. 1
Nr. 1, Belsk
Die Petersbu
die Moskaus
Westnik ve
Zeitung, der
dagegen sch
Kalinows
Freihandel
den Brüssel
nach Moska
Belge die gä
M. Block
haben, währ
Im Ja
graphischen
Herrn v. Mo
sich auch d
nisters, Fürs
Lamanski,
sobrasow,
dabei die Not
gegen sich

Als Vertheidiger des Freihandels sind in Russland aufgeführt: Gorlow, Das Schutzzollsystem in Russland, 1858, Buski, Tengoborski, Nebolsin, Kamenski, Wernadski Russki Westnik, 1856, Nr. 8 und passim in seinem Oekon. Anzeiger, 1857—60, v. Törner daselbst 1859, Nr. 150 und 151, Nr. 167 und 168, Kittarü, im Jahresberichte der Kasan. Univ. für 1856 und 57, N. v. Bunge, in den Otetsch. Sapiski, Februar, W. Besobrasow, daselbst 1854 u. A. Die Schutzzölle werden dagegen vertheidigt von Schipow, Der Aussen- und Binnenhandel, 1861, Babst im Oekon. Anzeiger, 1857, Nr. 162, v. Hagemeister im Russ. Westnik, 1857, Nr. 1, Belski, daselbst 1856, Nr. 4, Poletika, Tschishow u. A. Die Petersburger „Börsenzeitung“, der „Golos“ (die „Stimme“), die Moskausche Zeitung, die Rigasche Zeitung und der Odesski Westnik vertreten freihändlerische, die russ. St. Petersburger Zeitung, der „Torgowü Sbornik“, die „Westj“ und die „Moskwa“ dagegen schutzzöllnerische Ansichten. Der oben erwähnte Prof. Polinowski hielt 1860 öffentliche Vorlesungen über den Freihandel in Petersburg, und Moskausche Kaufleute luden 1860 den Brüsseler Prof. G. de Molinari, zu demselben Zwecke nach Moskau ein. (Derselbe verlangt in seinem Economiste die gänzliche Aufhebung aller Zölle, wogegen sich Bastiat, Block, Baudrillart und Wolowski ausgesprochen haben, während F. Passy jener Ansicht beistimmt, vgl. oben § 1).

Im Januar 1867 gaben die Nationalökonomen der Geographischen Gesellschaft dem gerade in Petersburg anwesenden Herrn v. Molinari ein Diner. Alle Anwesenden, unter denen sich auch der General Greigh, der Adjunkt des Finanzministers, Fürst Obolenski, der Chef des Zolldepartements, Kamenski, der Vicedirector der Bank, der Akademiker W. Besobrasow, Kulomsin, Horn u. A. befanden, erkannten dabei die Nothwendigkeit einer ernsten Zollherabsetzung an, wogegen sich nur der Akademiker Jakobi vom schutzzöllneri-

schen Standpunkte aussprach. (Nat.-Ztg. 1867, Nr. 37). Mo-
inari hielt eine in der Mosk. Zeitung vom 11. Jan. abgedruckte
Rede, in welcher er constatirte, dass der russische Tarif einen
noch prohibitiveren Charakter trage, als der spanische. Er
verlangte eine Herabsetzung der Zölle auf das Mass der Schmugg-
lerprämie, welches nach ihm bei Baumwollen- und Wollenwaa-
ren 30% beträgt.

Eine officiële Commission hat im Jahre 1864 ein Project
zu einem neuen Zollltarif ausgearbeitet, welches indess nur die
Zollförmlichkeit betrifft. Die neu erscheinenden russischen Werke
und Aufsätze ¹⁾ über die Schutzzollfrage findet man in Me-
show's bibliographischen Uebersichten, welche das Journal des
Justizministeriums alljährlich bringt. Die erste, 1865 erschienene,
bezieht sich auf die Jahre 1859—64, die zweite, 1866 erschienene
auf das Jahr 1865.

In den Verein. Staaten sind die Republikaner Schutz-
zöllner und die Demokraten, d. h. die Anhänger der Südstaaten
und der Sklaverei, Freihändler. Einen bedeutenden Freihändler
gibt es in Amerika nicht, daher fällt es Carey nicht schwer,
das Feld zu behaupten. In den Vereinigten Staaten wechseln
Finanz- und Schutzzollltarife alle Paar Jahr miteinander ab ²⁾.

Ueber die Geschichte der neuesten Handelspolitik ver-
schiedener Staaten sind zu vergl.: Richelot, o. c. II,
S. 412—427, Beer's Geschichte des Welthandels, Bd. III, das
Staatsarchiv von Aegidi und Klauhold, das Preuss. Handels-
archiv, das Journal des russischen Domänenministeriums, 1844,
O. Hübner, Die Zollltarife aller Länder, 1852, 2. Aufl., 1865,

1) Vgl. noch die Literaturangaben bei Nikolski, o. c. S. 70—73 und in
dem Pfaff'schen Kataloge der juristischen Abtheilung der Kais. öffentl. Bibliothek,
1863, S. 251—254 (russ.).

2) Vgl. H. Meier in Faucher's Viert. 1865, H. 1, Schmoller in den
Preuss. Jahrb. Mai und Juni 1866 und v. Hock, Die Finanzen und die Finanzge-
schichte der Verein. Staaten, 1866.

mit Fortsetz
Nr. 11, eine
sammenstellu
seler Zollref
Schrift von M

Viele F
mein volksw
Bedeutung d
politik in's r
Staaten, Eng
trotz dem S
lichen Blüth
polnische Re
den Beweis
Heil der Sta
mässige Ha
Wichtigkeit
der Gesam
der Volksw
liche Auss
wirthschaftl
stände und

Zweites K

§

Viele
die Nothwer

1) Eine
2) Vgl.
über medicinisc

Fortsetzungen, M. Block im Journal des Econ., 1859, 11, eine 1865 durch das Board of Trade ¹⁾ gemachte Zusammenstellung der europäischen Tarife, die Berichte des Brüsseler Zollreformcongresses von 1856 und die 1865 erschienene Schrift von Moser über den französischen und preussischen Tarif. Viele Freihändler und Schutzzöllner übertreiben die allgemeine volkswirtschaftliche und speciell industriell-commerzielle Bedeutung des von ihnen empfohlenen Systemes der Handelspolitik in's masslose, während doch einerseits die Vereinigten Staaten, England, Preussen u. s. w. zeigen, dass ein Volk sich aus dem Schutzzollsystem zu einer bedeutenden wirtschaftlichen Blüthe erheben kann, und Mecklenburg, das ehemalige dänische Reich, die Türkei und die wilden Völker andererseits den Beweis liefern, dass in der blossen Schutzzollosigkeit das Glück der Staaten nicht liegt. Die zweckmässige, oder unzweckmässige Handelspolitik eines Staats ist trotz ihrer relativen Wichtigkeit doch ein fast verschwindender Factor gegenüber der Gesammtheit der übrigen Factoren, von denen das Gedeihen der Volkswirtschaft abhängt. Diese Factoren sind: die natürliche Ausstattung des Landes und die Gesundheit seiner wirtschaftlichen, politisch-socialen und religiös-sittlichen Zustände und Institutionen ²⁾.

zweites Kapitel. Prüfung der nichtmercantilistischen Gründe für Erziehungszölle.

§ 6. Drei Fehlschüsse der Schutzzöllner.

Viele Schutzzöllner, auch List und Carey, führen für die Nothwendigkeit von Schutzzöllen auch solche Gründe an,

1) Einen Auszug giebt die Sammlung d. F.-M., 1865, H. 4.

2) Vgl. die Bemerkung von Smith (IV, 9) gegen Quesnay's Ansichten über medicinische und volkswirtschaftliche Diätetik.

elche nur die Nützlichkeit der Industrie im Allgemeinen beweisen. Wer so argumentirt, begeht mit einem Male nicht weniger als drei logische Fehler, nämlich eine Heterozetesis, weil die Industrie und die Schutzzölle verschiedene Dinge sind, und zwei petitiones principii, denn es sind ganz unbewiesene und unrichtige Sätze, dass die Industrie nur durch Staatsunterstützungen entstehen und zur Blüthe gelangen könne, und dass die Schutzzölle die beste, oder gar die einzig mögliche Form der staatlichen Unterstützung der Industrie seien ¹⁾. Kein verständiger Freihändler hat je geleugnet, dass in der ganzen gemässigten Zone und selbst in dem grössten Theile der heissen Zone eine, je nach dem Umfange und der natürlichen Ausstattung des Landes mehr, oder minder vollständige Reihe der mannigfachsten Industriezweige zu den wesentlichsten Voraussetzungen und Förderungsmitteln jeder höheren volkswirtschaftlichen und politischen Kultur gehört. Grade List selbst ist in das andere Extrem verfallen, indem er für die ganze heisse Zone die Möglichkeit einer lebenskräftigen Industrie leugnet und es einen thörichten Einfall nennt, bei dem gegenwärtigen Kulturstande Spaniens, Portugals, Neapels, der Türkei, Aegyptens und aller barbarischen, halbcivilisirten und heissen Länder vermittelst des Schutzsystems eine eigene Manufacturkraft pflanzen zu wollen ²⁾. List hat hierbei nicht blos die Blüthe der schutzzöllösen altindischen, baktrischen, hellenischen, arabischen und persisch-arabischen Industrie übersehen, sondern auch gänzlich vergessen, dass er selbst an einer andern Stelle ³⁾ seines Werkes behauptet hat, dass der 1681 vom Grafen Ereceira in Portugal angelegte Tuchschatz Zoll erstaunliche Erfolge gehabt habe, und dass die portugiesische Tuchindustrie nur zum Theil in

1) Vgl. selbst List, Das nationale System der polit. Oekonomie, 2. Auflage, 1842, S. 434.

2) O. c. S. 274 u. passim.

3) S. 108 und 116.

Folge der da
aber in Folge
1703 unterge
sich selbst v
behauptet, da
und seiner
Industrie ein
Folge gehab
Spaniens in
wird doch w
weit entfernt
len, dass al
verworfenen
theil nur g
jenen Länd
denn diese
im Anfang
auch die
mehreren
Mal aufge
niederliegende
keit nicht
stande der
gierung,
mit Ausna

Viele
Fehler. S
Schutzsystem
nur lebens
Frühgebun
selbst die

ge der damaligen Missregierung des Landes, hauptsächlich in Folge des englisch-portugiesischen Methuenvertrages von 1703 untergegangen sei. Auch hinsichtlich Spaniens hat List selbst widersprochen, indem er an einer anderen Stelle ¹⁾ behauptet, dass sogar das unzulängliche Schutzsystem Philipp's V. in seiner beiden nächsten Nachfolger in allen Zweigen der Industrie einen bedeutenden, unverkennbaren Aufschwung zur Folge gehabt habe. Dass aber der Kulturzustand Portugals und Spaniens in jenen Zeiten höher gestanden habe, als gegenwärtig, wird doch wohl kein Verständiger behaupten. Ich bin natürlich weit entfernt davon, mit diesen Bemerkungen leugnen zu wollen, dass alle Erziehungszölle, also auch die von List selbst verworfenen, absolut verwerflich sind, ich protestire im Gegentheil nur gegen die unhistorische Uebertreibung List's, dass in jenen Ländern eine lebenskräftige Industrie nicht möglich sei, wenn diesen Sinn haben die obigen Worte List's nach dem Anfange dieses § Gesagten. List müsste consequenter Weise auch die extreme und irrige Behauptung aufstellen, dass die in mehreren jener Länder existirenden Erhaltungszölle mit einem Mal aufgehoben werden müssten. Die Hauptursache des Niederkommens der Industrie in jenen Ländern ist in Wirklichkeit nicht ein unüberwindliches, im Klima, oder im Kulturzustande des Volkes begründetes Hinderniss, sondern die Missregierung, an welcher jene Länder zur Zeit List's litten und, mit Ausnahme Portugals und Neapels, noch gegenwärtig leiden.

Viele Freihändler begehen einen dem List'schen analogen Fehler. Sie werfen nämlich mit der Phrase um sich, dass das Schutzsystem stets und überall Industriezweige hervorrufe, die nur lebensunfähige Treibhauspflanzen, oder volkswirtschaftliche Frühgeburten seien. Einen Beweis für diese Behauptung, ja selbst die Anführung concreter Beispiele sind indess jene Autoren

1) S. 116.

jetzt stets schuldig geblieben, wenn man von dem eclatanten Falle des Zuckerschutzzolles ¹⁾ absieht, auf welchen der erste Vorwürfe allerdings vollständig passt. Andere Beispiele dieser Art werden sich schwerlich finden lassen ²⁾, ausser etwa irgend welchen volkswirtschaftlich ganz unbedeutenden

1) Die Schutzzöllner berufen sich auf die Vortheile der Runkelrübenzuckerindustrie für die Landwirthschaft und übersehen dabei gänzlich: 1) dass nachbig der fortgesetzte Zuckerrübenbau den Boden in hohem Grade entkräftet; dass der Bau solcher Rüben auch zu anderen Zwecken möglich ist, wie Engbeweist; 3) dass die angeblichen Vortheile dieser Industrie verschwindend sind gegen die ungeheuren, unwiderbringlich verlorenen Opfer, welche die der Volkswirthschaft und der Staatskasse auferlegt; 4) dass diese Industrie reussen zu einem massenhaften Aufkaufen der Bauerngüter führt. Vgl. Schöffle, -Oek., 1861 S. 253 u. Unsere Zeit, 1858 S. 553—571, wo u. A. folgender Spruch G. Hanssen's, einer der bedeutendsten landwirthschaftlichen Auctoren der Gegenwart, angeführt ist: „Der letzte Act des Dramas, oder sollen wir Tragödie nennen, ist noch nicht gespielt.“ Dabei ist zu beachten, dass Hanssen Uebrigens Schutzzöllner ist. Noch absurder sind die von dem Moskauschen Gutachten S. 104 und 105 vorgebrachten Gründe. Es heisst dort nämlich, dass Herabsetzung des Rohrzuckerzolles die Preise des Zuckers steigern werde (!), der kleinrussische Zucker 1854 die durch den Krieg hochgestiegenen Petersburger Zuckerpreise wieder auf das frühere Niveau herabgedrückt habe. Mit der Logik kann man auch beweisen, dass Russland in Treibhäusern Kaffeebäume bauen müsse. Das Gutachten übersieht ferner, dass selbst der zu Lande importirte Rohrzucker in Russland stets, auch 1854, ohne den Schutzzollzuschlag billiger gewesen wäre und noch sein würde, als der kleinrussische Zucker. Für die Agiosspeculationen mit dem Zucker werden von dem Gutachten als Argument für den Schutzzoll angeführt, weil sie mit dem Freihandel zunehmen würden; während doch Differenzgeschäfte unter allen Zollsystemen vorkommen, und jene Speculationen lediglich eine Folge der russischen Papiergeldentwerthung sind! Siehe nach Tengoborski, Etudes sur les forces productives de la Russie III. 70 schlecht organisirte Fabriken, die nur 1 Rubel, ja 50 Kop. vom Pud geben, während der Staat 3 Rubel 35 Kop. an der Steuer verliert. Schon da — 1853 — betrug der jährliche Verlust des Staates 4,110,000 Rbl. Wenn erwägt, dass seit 1853 das russische Volkseinkommen bedeutend gestiegen ist, dass ein mässiger Finanzzoll durch Zunahme der Consumption und Abnahme Schmuggels den Zollertrag bedeutend steigern würde, so kann man den jährlichen Verlust des Staats durch den Zuckerschutzzoll auf 6—8 M. veranschlagen, 9,3—12,5% des Deficits von 1866

2) Vgl. Schröter, Die Handelspolitik, 1843, S. 78. Dunckley o. c. behauptet dagegen, England sei seit dem Anfange dieses Jahrhunderts auf dem Wege, für eine Reihe reiner Agrikulturstaaten das ausschliessliche Industrie zu werden.

Luxusgewerbe
Eisenindustrie
führen, da
den ganzen
zweite Vor
klagten, da
Büchern ni
sich: dafür
die Natur
willkürlich
wenn man
schematisch
zweige fin
ackerbaut
Jäger-, F
vollständig
zweige ze
Sch
in wirth
Volke zu
desselben
aufmerksam

§ 7. W

Die
listischer
keit verla
sten, von

1)
2)
am Anfange

ausgewerben, denn für die continentale, z. B. die russische
 enindustrie lässt sich ein stricter Beweis dieser Art nicht
 ren, da täglich eine neue Steinkohlenentdeckung u. dergl.
 n ganzen Beweis umstossen kann. Noch unhaltbarer ist der
 eite Vorwurf. Als einige Freunde Lichtenberg's darüber
 agten, dass es so Vieles in der Natur gebe, wovon in unseren
 ichern nichts stehe, entgegnete Lichtenberg: „Trösten Sie
 h: dafür steht auch so Vieles in unseren Büchern, wovon
 e Natur und die Geschichte nichts wissen.“ Man muss un-
 illkürlich an diese Worte des berühmten Satyrikers denken,
 enn man bei List und jenen Freihändlern fortwährend ein
 hematisches Nacheinander der verschiedenen Productions-
 weige findet, während uns die wirkliche Geschichte bei allen
 ckerbautreibenden Völkern, aber selbst auch bei den rohesten
 äger-, Fischer- und Nomadenhorden ein mehr, oder weniger
 ollständiges Nebeneinander der verschiedenen Productions-
 weige zeigt ¹⁾.

Schutzzöllnerische Staatsmänner pflegen endlich, wenigstens
 n wirthschaftlicher Beziehung, gar nicht so hoch über ihrem
 Volke zu stehen, dass sie viel früher, als die Unternehmerklasse
 desselben auf neu einzuführende ausländische Industriezweige
 aufmerksam werden ²⁾.

§ 7. Widerlegung der scheinbar haltbarsten Gründe für Erziehungszölle.

Die meisten Schutzzöllner sind in eine Menge mercanti-
 listischer und anderer Extravaganzen verfallen. Die Gerechtig-
 keit verlangt daher eine Kritik der Partei mit den gemässigt-
 sten, von jenen extremen Lehren sich freihaltenden Schutzzöll-

1) Vgl. Hildebrand o. c. S. 73 u. 76 und Knies S. 251 u. 258.

2) Vgl. Roscher I, § 24 und Bastiat, Soph. éc. II, 15 und Harm. éc.
 am Anfange.

en, mit Roscher, Knies, J. S. Mill¹⁾ u. A., zu beginnen. Roscher²⁾ sagt z. B.: „Unmittelbar legt jede Prohibitivmassregel, jeder Schutzzoll dem Volksvermögen Opfer auf. — Dagegen ist es ebenso unzweifelhaft [?], dass ein zweckmässiges Schutzsystem — — eine heilsame Erziehungsmassregel bilden kann. Es werden aus dem Standpunkte einer höheren Weisheit die Kapitalien und Arbeitskräfte des Volkes in solche Kasse geleitet, die zwar für den Augenblick weniger einträglich und eben deshalb vom blossen Einzelinteresse nicht geachtet werden, für die Zukunft aber den allerhöchsten und wichtigsten Gewinn verheissen. Das anfängliche Opfer würde dem Opfer des Säemannes für die Ernte gleichen. — — Es wird dabei immer auf drei Punkte ankommen: dass eine unzweifelhafte Naturanlage für das beschützte Gewerbe vorhanden ist, dass aber augenblickliche Schwierigkeiten, z. B. Misstrauen der Kapitalisten, Unlust der Arbeiter, überlegene Concurrenz von Fremden u. s. w., diese Anlagen gefesselt halten, dass endlich die verlangten Opfer von dem zu machenden Gewinne bei dem Nutzen überwogen werden.“

Viele Freihändler begehen den grossen, auch von Bastiat theilten Fehler, diese scheinbar stärksten Argumente der Gegner wenig, oder gar nicht zu beachten, oder gar ungerechte Klagen monopolistischer Absichten u. dergl. zu erheben, statt auf hinzuweisen, dass die von Roscher geschilderten Schwierigkeiten nur dann nicht ohne Staatsunterstützung überwunden werden können, wenn der neue Industriezweig sogleich vordringend, oder ausschliesslich mit dem Kapital, der Intelligenz und der Arbeitskraft des eigenen Landes betrieben werden soll. Wenn ein in der Industrie zurückgebliebener Staat nur persönliche, sociale und mindestens auch communale Freiheit gewährt,

1) Damit soll natürlich nicht geleugnet werden, dass Mill in anderen Lehren extravagante Doctrinen aufgestellt hat.

2) In Rau's Archiv, II. Abth. 1848, S. 290 und 304.

so werden
dische Ka
willig ein
selbst vo
religiösen
sehr abe
kann, ha
Hugenott
D. Hum
Präponde
einem V
entwickel
mit die
möglich
Ländern
diesen
zen be
Gränze
ausger
Product
schiner
Recht
ten G

1
2
Manches
Ausspruc
Maschine
industriel
Producti
feilsten
in Sachs
Kapitalie
Ingenieu
gend, oc

o werden, von ihrer Selbstliebe getrieben, stets soviel ausländische Kapitalisten, Unternehmer, Techniker und Arbeiter freiwillig einwandern, als der Staat nur je brauchen kann, (um selbst von den, in der Vergangenheit häufigen politischen und religiösen Verfolgungen in anderen Staaten abzusehen). Wie sehr aber dadurch die einheimische Industrie gehoben werden kann, haben die flandrischen Tuchmacher in England und die Hugenotten in England und in Preussen gezeigt. Schon D. Hume hat die Meinung ausgesprochen, dass die gewerbliche Präponderanz in einer nothwendigen steten Wanderung von einem Volke zum anderen begriffen sei. Gerade eine sehr hoch entwickelte Industrie mache das Land geldreich, vertheuere damit die Lebensmittel und den Arbeitslohn: bis zuletzt die Unmöglichkeit eintrete, auf dem Weltmarkte mit den wohlfeileren Ländern zu concurriren und der Gewerbefleiss dann sich nach diesen übersiedele. Auch Roscher ¹⁾ stimmt Hume im Ganzen bei, obgleich er mit Recht hervorhebt, dass alle solche Gränzen durch die neueren Transportverbesserungen sehr hinausgerückt sind, und dass das hochkultivirte Land die theuereren Productivkräfte durch billigere, z. B. die Handarbeit durch Maschinenarbeit, ersetzen kann. Hume würde eben vollständig Recht haben, wenn er nur gesagt hätte, dass aus den angeführten Gründen eine mächtige Tendenz ²⁾ zur Ausgleichung der

1) I. § 263. Vgl. § 200 und 260.

2) Bastiat, *Soph. éc.* I. 4, führt folgenden, in der Handelskammer zu Manchester von einem dortigen Fabrikanten gethanen und mit Zahlen belegten Ausspruch an: „Vormals führten wir Zeuge aus; darauf — — Garn — —; sodann Maschinen — —; später Kapitalien — — und endlich unsere Arbeiter und unser industrielles Genie — —. Alle diese Faktoren verwertheten nacheinander ihre Productivkraft dort, wo sie es am vortheilhaftesten fanden, wo das Leben am wohlfeilsten und angenehmsten war, und man kann heute in Preussen, in Oesterreich, in Sachsen, in der Schweiz, in Italien ungeheure Fabriken sehen, die mit englischen Kapitalien gegründet sind, von englischen Arbeitern bedient und von englischen Ingenieuren geleitet werden.“ Dass jene englische Productivkräfte nicht vorwiegend, oder gar ausschliesslich durch die Schutzzölle jener Länder angezogen wor-

industriellen Niveauunterschiede der Völker existirt, dass diese Tendenz aber durch andere Tendenzen zum Theil paralysirt ist und nur die Wirkung hat, die zurückgebliebenen Völker zu drücken, aber nicht die vorgeschrittenen wieder herabzudrücken. Gerade bei hochkultivirten Völkern haben der Zinsfuss und der Unternehmerlohn eine Tendenz zum Sinken ¹⁾, und ungewöhnlich günstige Erwerbsgelegenheiten für mittlere und kleine Kapitalien, z. B. unbenutzte Naturkräfte, wie Wasserfälle u. dergl., werden immer seltener. Das zurückgebliebene Volk hat andererseits eine Reihe von Vortheilen voraus: die Nahrungsmittel, die Bau-, Brenn- und Beleuchtungsmaterialien, die Rohstoffe und die Arbeitskräfte sind bei ihm in der Regel billiger. Daraus kommt die Ersparung an den Transportkosten, welche die inländischen Fabrikanten beim Absatz ihrer Producte und bei dem Einkauf derjenigen Rohstoffe machen, welche die ausländischen Fabrikanten aus dem Inlande beziehen. Der Inländer besitzt ferner eine bessere Kenntniss der Absatzkreise und Consumptionssitten seines Volkes, während er theuer erkaufte ausländische Erfahrungen unentgeltlich benutzen kann. Selbst Mängel der staatlichen Entwicklung, wie Rechtsunsicherheit, ein entwerthetes Papiergeld u. dergl. haben eine Schutzzollwirkung, insofern sie auch natürlich der Industrie ungleich mehr schaden, als nützen. Das Agio wirkt auf dieselbe wie ein Schutzzoll, indem es eine Exportprämie, (besonders wenn der Einfuhrzoll in der Höhe erhoben wird), bis die Produktionskosten und Preise der inländischen Producte um das Agio gestiegen sind. Der Fabrikant leidet bei dem Verschwinden des Agios, weil viele Be-

weist der Umstand, dass jene Einwanderung sich auch der freihändigen Schweiz zugewandt hat. Viel schweizerisches Kapital ist in süddeutschen österreichischen Fabriken angelegt. An den letzteren hat sich auch der Adel reichlich betheiligte. Auch in Russland giebt es viele englische, französische, elsässische und rheinpreussische Fabrikdirectoren und Techniker, sowie auch ausländische Kapitalien in russischen Fabriken angelegt sind.

1) Vgl. Roscher, I. § 185 u. 196.

standtheil
seine Pro
Die
theilten,
Fehlschl
rend do
gert wer
auf ande
müsse,
Actienge
schaftlic

Di
der Ind
der Mü
gruppier
er sich
Auslan
Inland
terneh
zu ve
girter
man
wand

Bd. VI

Preisau
portwes
und L
Frage
nöthig
die m
den,
eine v

standtheile seiner Productionskosten noch hoch bleiben, wenn seine Producte schon im Preise gesunken sind ¹⁾).

Die Schutzzöllner ziehen gewöhnlich aus den oben mitgetheilten, überdies nur halbahren Prämissen Roscher's den Fehlschluss, dass der Staat Schutzzölle einführen müsse, während doch mit richtiger Logik aus jenen Prämissen nur gefolgert werden könnte, dass die Einführung neuer Industriezweige auf anderem Wege, als durch vereinzelte Privatkkräfte geschehen müsse, dazu würden sich aber am besten in- und ausländische Actiengesellschaften eignen, die man treffend als volkswirthschaftliche Versuchsformen bezeichnet hat ²⁾).

Die verschiedenen Massregeln, die der Staat zur Förderung der Industrie ergreifen kann ³⁾), lassen sich je nach der Grösse der Mühwaltung und der Geldopfer des Staats folgendermassen gruppiren. 1) Am kleinsten sind die Opfer des Staats, wenn er sich darauf beschränkt, durch einfache Darlegung der im Auslande wenig, oder garnicht bekannten Vorthteile, welche das Inland für einen neuen Industriezweig bietet, ausländische Unternehmer, oder Actiengesellschaften zur Einführung desselben zu veranlassen, ähnlich wie Kaufleute durch Uebersendung fingirter Rechnungen neue Geschäftsverbindungen anknüpfen. In manchen Fällen wird dies wohlfeile Mittel mit Erfolg angewandt werden können. 2), 3), 4) und 5) kann der Staat den

1) S. Wagner's trefflichen Art. „Papiergeld“ im Deutschen Staatswört. Bd. VII, 1861.

2) Schäffle, Nat.-Oek. 1861, S. 209.

3) Der Nutzen der technischen Unterrichtsanstalten, Gewerbeausstellungen, Preisaufgaben, Reisestipendien, einer guten Organisation des Credit- und Transportwesens u. s. w. ist evident, vgl. die bei Rau II. § 177(b) genannten Schriften und L. Schwabe, Die Förderung der Kunst in England und der Stand dieser Frage in Deutschland, 1866. Erfindungspatente sind dagegen verwerflich und nöthigenfalls durch nationale, oder internationale Belohnungen zu ersetzen, weil die meisten Erfindungen gewöhnlich fast gleichzeitig von Mehreren gemacht werden, und weil der erste Erfinder durch seinen Ruf einen grösseren Absatz, oder eine vortheilhafte Stelle erhalten wird.

abrikanten verzinsliche Vorschüsse machen mit, oder ohne
 ndung der Zinsen, oder sich als Actionär, oder Prioritäts-
 abiger bei Actiengesellschaften betheiligen. Alle diese
 derungsmittel der Industrie haben vor Schutzzöllen den
 ssen Vorzug, dass sich das Maximum der etwaigen Opfer des
 ats vorausbestimmen lässt ¹⁾. Diesem Vorzuge gegenüber
 t der Einwand wenig in's Gewicht, dass die nie ganz aus-
 benden, aber bei vorsichtiger Vertheilung der Vorschüsse nur
 bedeutenden Verluste des Staates von allen Steuerzahlern ge-
 gen werden müssten, während Schutzzölle nach Art einer
 ühr von den Consumenten getragen würden. Hierauf ist
 entgegen, dass Schutzzölle, die erfahrungsmässig in der
 gel viele Menschenalter dauern, von ihren einsichtigeren Ver-
 idigern nur für Gegenstände des Massenconsums empfohlen
 den, und dass sich die Vertheuerung einer Waare durch
 utzzölle indirect auf die meisten anderen Waaren fortpflanzt.
 Staatliche Zuschüsse ohne Ersatzverbindlichkeit sind natür-
 nie zu rechtfertigen. 7) Kann der Staat nach Analogie
 er landwirthschaftlichen Versuchsstationen in freier Con-
 renz stehende Staatsfabriken als industrielle Versuchsstationen
 nden. Eine tüchtige, freihändlerische Regierung eines wenig
 wickelten Volkes kann einen neuen Industriezweig sehr wohl
 her und besser kennen, als Privatleute. Einer solchen Re-
 rung wird es nicht schwer fallen, im In- und Auslande eine
 ügende Anzahl von tüchtigen Verwaltern zu finden, nament-
 wenn dieselben gleich den Arbeitern durch Tantiemen an-
 pornt werden und beim Verkaufe der Fabrik, der noch er-
 tem Lehrzweck stets erfolgen muss, ein Vorkaufsrecht er-
 ten, falls sie gleich viel zahlen, wie andere Käufer. Viele,
 besoldeten Directoren verwaltete Privat- und Actienfabriken
 eihen ja sehr gut auch ohne Schutzzölle, oder andere staat-

1) Vgl. Rau, II. § 226 (b) und Bastiat, Soph. éc. I, 5.

liche Unter-
 nur die M-
 Besitzern

Bei
 dustriell
 sein, das
 nannten
 diese No-
 Verhältn-
 die Einf-
 lassen, d-
 schädlic-
 Theil b-
 handlung

§ 8.

D-
 verstär-
 wollen,
 1
 seine g-
 barkeit
 Fabrik
 verlust
 setzt s-
 durch
 sind h-

1
 der Indu-
 achten S-
 cae, off-
 tialaviae,

che Unterstützungen. In Rheinpreussen und Westphalen soll nur die Minorität der freilich zollgeschützten Fabriken von ihren Besitzern selbst verwaltet werden.

Bei einem guten Regierungssystem wird es, selbst in industriell zurückgebliebenen Staaten, schwerlich jemals nöthig sein, dass der Staat zu einem der unter 2), 3), 4), 5) u. 7) genannten Förderungsmittel der Industrie greift. Sollte indess diese Nothwendigkeit eintreten, so ist, je nach den concreten Verhältnissen das eine, oder das andere jener Mittel zu wählen: die Einführung von Schutzzöllen ist indess jedenfalls zu unterlassen, denn dieselben sind für den Staat die überflüssigste und schädlichste Unterstützungsform der Industrie, wie ich zum Theil bereits gezeigt habe und im ganzen Verlaufe meiner Abhandlung noch zeigen werde.

§ 8. Die Schutzzölle und die Factoren des Kostenpreises.

Die einzelnen ungünstigen Umstände ¹⁾, gegen welche die verständigeren Schutzzöllner inländische Industriezweige schützen wollen, sind:

1) Natürliche Vorthelle des Auslandes in Bezug auf seine geographische Lage, seine Meeresgränzen und die Schiffbarkeit seiner Flüsse. Diese Umstände machen es den dortigen Fabrikanten möglich, durch häufige Rohstoffeinkäufe den Zinsverlust zu ersparen, dem die inländischen Fabrikanten ausgesetzt sind, die grosse Vorräthe halten müssen, was sich übrigens durch die billigeren Engrospreise zum Theil compensirt. Ferner sind hier zu nennen: das Beisammenliegen der Steinkohlen-

1) Vgl. § 7 passim, Roscher's treffliche Abhandlung über den Standort der Industriezweige in der Deutschen Viertelj. 1865, Heft 1, das Moskausche Gutachten S. 9 und B. de Boguslawski, De rebus et conditionibus, quae, ut fabricae, officinaeque oriantur, crescant, floreant, sunt necessariae. Diss. inaug., Vratislaviae, 1844.

nd Eisenlager, die Ersparung an Heiz-, Beleuchtungs- und Bekleidungsmaterial, die längere landwirthschaftliche Arbeitszeit, welche ein milderer Klima mit sich bringt, niedrigere Transportkosten, Productionsvorzüge für Roh- und Hülfsstoffe dergl. Die russischen Schutzzöllner berufen sich mit Unrecht darauf, dass die Hausindustrie der russischen Bauern denselben vollen Verwerthung ihrer Arbeitskraft im Winter unentföhrllich sei. Das angezogene Factum ist allerdings richtig ¹⁾, aber es beweist nichts für die Schutzzölle, denn die russische Hausindustrie, welche nach A. Korsak ²⁾ wichtiger, als die russische Fabrikindustrie ist, kümmert sich nach Tengoborski ³⁾ nicht um die Schutzzölle, obgleich sie an mancherlei anderen Uebelständen leidet, die durch Associationen u. dergl. zu beseitigen sind ⁴⁾. Tengoborski ⁵⁾ meint z. B., dass die Handleinnerei in Russland erst in sehr ferner Zukunft von der Maschinenspinnerei leiden wird. Mit der steigenden Kultur wird verdies das Viehmästen, der Fuhrmannsdienst, das Holzhauen u. s. w. einen grösseren Theil der Winterarbeitszeit der Bauern ausfüllen, als bisher.

Die oben erwähnten natürlichen Vorthelle des Auslandes müssen natürlich in Zukunft durch andere Factoren des Kostenheises aufgewogen werden, wenn ein Schutzzoll auch nur einen Schein von Berechtigung haben soll. Die neueren Verbesserungen der Technik und der Communicationsmittel haben indessen den Begriff Bodenständigkeit oder unzweifelhafte Naturanlage der Industrie zu einem sehr dehnbaren gemacht ⁶⁾.

1) Vgl. Tengoborski o. c. II. S. 194 u. 195.

2) Ueber die Formen der Industrie und über die Bedeutung der Hausindustrie im westlichen Europa und in Russland, 1861, S. 308 (russisch).

3) Tengoborski a. a. O.

4) Korsak o. c. S. 308 ff.

5) Tengoborski S. 313.

6) Vgl. B. Cotta, Deutschlands Boden, I. II. 1854. Der engl. Drucker Thomson gestand vor einer Commission des Parlaments, dass Frankreich in Druck-

2) Man
die Anlage
Rohstoffe a
theurer zu
land vorka
Credite ge
der Undich
ohne Ums

3) M
haben in d
besitzer o
Directoren
selbst we
unter den
tüchtige

4) A
übrigens
compensi
stellern
an den
auch nie
thun hat
Qualität
Zeit gefe
denn er

waaren dur
aber gegen
ler's Polyt
der Erbauu
kosten zahl
gezeichnete

1)
2)
3)

2) Mangel an Kapital und ein hoher Zinsfuss erschweren die Anlage neuer Fabriken und nöthigen die Fabrikanten, die Rohstoffe auf Credit zu nehmen und vielleicht um 15—20 % theurer zu bezahlen, wie es zu Tengoborski's ¹⁾ Zeit in Russland vorkam. Zugleich muss der Fabrikant in Russland lange Credit gewähren, schon wegen der grossen Entfernungen und der Undichtigkeit der Bevölkerung. Die Waaren bleiben lange ohne Umsatz unterwegs ²⁾.

3) Mangel an technischer Intelligenz. Schutzzölle haben in dieser Beziehung häufig die Wirkung, dass viele Grundbesitzer ohne technische Bildung Fabriken anlegen und dann Directoren halten müssen, die oft ungetreu und nachlässig, oder selbst wenig unterrichtet sind, obgleich es natürlich stets sowohl unter den Besitzern, als unter den Directoren auch ausgezeichnet tüchtige Männer giebt ³⁾.

4) Anfängliche Ungeschicklichkeit der Arbeiter, die übrigens durch die Niedrigkeit des Arbeitslohnes zum Theil compensirt wird. In dieser Beziehung herrscht bei vielen Schriftstellern eine grosse Begriffsverwirrung. Sie halten sich einfach an den absoluten Betrag des Arbeitslohnes, der direct, wenn auch nicht indirect, fast garnichts mit der Schutzzollfrage zu thun hat, statt z. B. zu sagen: eine Elle Tuch von der und der Qualität wird von einem englischen Arbeiter in der und der Zeit gefertigt, und dafür bekommt er so und soviel Arbeitslohn, denn er arbeitet so und so viel Stunden täglich und bekommt

waren durch seine sichere Witterung einen hohen Vorzug vor England habe, ihn aber gegen die äusseren Hülfsmittel Englands nicht geltend machen könne. Dingler's Polytechn. Journ. LIV, 270. Das französische Dep. Oberrhein musste vor der Erbauung der Eisenbahnen für seine Baumwolle und Steinkohlen hohe Frachtkosten zahlen, gleichwohl kamen die Spinnereien und Kattunfabriken dort in ausgezeichnete Blüthe. Rau, II. § 209 (c) Vgl. oben § 5.

1) II. S. 199. In neuerer Zeit soll sich dies etwas gebessert haben.

2) Vgl. Schipow in der „Sammlung des Fin.-Min.“ 1865, H. 9, S. 62.

3) Tengoborski S. 201.

n und den Tage-, oder Stücklohn, bei einem russischen Arbeiter stellt sich aber die Sache so und so, u. s. w. H. Rentzschgt z. B.: „Kapitalreichthum schliesst ganz selbst von billigen Arbeitskräfte aus ¹⁾“ und übersieht dabei, dass ein nominell hoher Arbeitslohn grossentheils durch die Tüchtigkeit und Geschwindigkeit der Arbeit compensirt werden kann. Für die Zukunft ist es freilich von Wichtigkeit, dass diese Eigenschaften nicht proportional den steigenden Preisen der Subsistenzmittel steigern lassen.

Eigenthümliche Verhältnisse existiren in dieser Beziehung Russland ²⁾. Günstig für die Industrie sind: die angeborene Geschicklichkeit der Russen und der niedrige Arbeitslohn, deren Resultat der Billigkeit des Getreides und der Verbindung von Landbau und Industrie ist ³⁾. Ungünstige Umstände sind dagegen der durch die Unterbrechung der Arbeit im Sommer und durch die vielen Feiertage ⁴⁾ herbeigeführte Zinsverlust der Fabrikanten. Die Zahl der das ganze Jahr hindurch in den Fabriken beschäftigten Arbeiter nimmt übrigens zu.

Die in diesem § referirten Gründe der Schutzzöllen sind nur eine nähere Ausführung der im vorigen § kritisirten Roscher'schen Begründung der Erziehungszölle und sind daher dort schon widerlegt ⁵⁾.

1) O. c. S. 772.

2) Vgl. das Mosk. Gutachten S. 8, Tengoborski, II, S. 200 u. 383, S. 66 und 76.

3) Dem Verf. der oben § 4 erwähnten Art. der Rigaschen Zeitung ist diese Verbindung ganz unbekannt, ja er leugnet sogar, dass sie in irgend einem Grade möglich sei.

4) In der katholischen Kirche beschränkte Clemens XIV. die übergrosse Zahl der Feiertage.

5) Vgl. auch die treffenden Bemerkungen Schäffle's, Nat.-Oek. S. 255 und 146 gegen eine künstliche, staatliche Ausgleichung der Rentenverhältnisse.

§ 9. Pro

1) b
theidigung
die englis
Schiffen
ihren Zw
vor dem
Schutzzöl
lich, wei
seine sel
kann, un
wie z. B
Gussstah
ich nich
europäisc
bar und
vorher k
material
und Oest
nur bei
Russland

Die
Gut eine
ben, mit
einer Ro
auch die
Kolonialw

1)
des amerika
2)
zinsen übrig

9. Prüfung der Smith'schen Ausnahmen von der Regel der Handelsfreiheit.

1) billigt Smith Schutzzölle, wenn eine Industrie zur Verteidigung des Landes nothwendig ist, und führt als Beispiel die englische Navigationsacte an, obgleich dieselbe den englischen Schiffen häufig die Hälfte der Fracht kostete und überhaupt ihren Zweck verfehlte ¹⁾, wie denn auch Crommwell's Furcht vor dem kleinen Holland eine Gespensterfurcht war. Auch Schutzzölle für die Kriegsmaterial-Fabrikation ²⁾ sind verwerflich, weil ein hermetisch abschliessbarer Duodezstaat ohnedies eine selbstständige Existenz nicht auf die Dauer behaupten kann, und grössere Staaten sich durch Einfuhr helfen können, wie z. B. Russland 1863 trotz seiner Schutzzölle Krupp'sche Russstahlkanonen eingeführt hat und noch gegenwärtig, wenn es nicht irre, Schiffspanzer einführt. Eine Coalition aller europäischen Nachbarn Russlands wider dasselbe ist kaum denkbar und kann sich unmöglich so rasch bilden, dass Russland vorher keine Zeit haben sollte, sich mit ausländischem Kriegsmaterial zu versehen, denn seine Nachbarn, besonders Preussen und Oesterreich, sind so uneinig, dass eine Coalition derselben nur bei einem Offensiv-, nicht aber bei einem Defensivkriege Russlands möglich wäre.

Die nationale Unabhängigkeit ist allerdings das höchste Gut eines lebensfähigen Staates, aber der Pseudobegriff derselben, mit dem die Schutzzöllner operiren, ist eine reine, nur auf einer Robinsonsinsel zu realisirende Chimäre. Jeder Verkehr, auch die Ausfuhr von Rohmaterialien und die Einfuhr von Kolonialwaaren (oben § 6 ⁵⁾) bringt eine gewisse gegenseitige

1) S. Wagner, im Handwört. von Rentzsch, S. 733 und die Berichte des amerikanischen Finanzministers von 1866 u. 1867.

2) Vgl. v. Hock, Die öffentl. Abg. a. a. O., dessen Rechnung mit Zinseszinsen übrigens unrichtig ist, s. v. Mohl, o. c. II, S. 372.

Abhängigkeit zu Wege, die übrigens schon dadurch fast paralytisch wird, dass fast alle Roh- und Industrieproducte von mehr als einem Volke geliefert werden. Die Schutzzöllner schlagen sich übrigens selbst, denn die Abhängigkeit ist offenbar auf Seite der letztgenannten Völker grösser, weil man z. B. in Kriegsezeiten die Einfuhr der meisten Gewerbszeugnisse viel leichter und länger entbehren kann, als jene der meisten Lebensmittel ¹⁾. Auch auswärtige Staatsanleihen begründen eine gegenseitige Abhängigkeit, trotzdem haben die Schutzzollstaaten Oesterreich, Russland und die V. Staaten sehr bedeutende ausländische Anleihen contrahirt, woran sie auch sehr Recht thaten, wenn sie überhaupt einmal leihen wollten, oder mussten ²⁾. Endlich treten bei den Militärschutzzöllen abermals die im § 6 aufgedeckten Fehlschüsse der Schutzzölle zu Tage ³⁾.

2) billigt Smith Schutzzölle, wenn im Lande selbst auf die Erzeugnisse des betreffenden Industriezweiges Steuern gelegt sind. Dies ist eine offenbare Inconsequenz, denn eine solche Steuer ist einfach ein Factor des Kostenpreises. List a. a. O. hat daher vollkommen Recht, wenn er gegen Smith einwendet, dass dann auch alle übrigen Nachtheile, welchen unsere Manufacturproduction im Vergleich mit der auswärtigen unterworfen ist, einen Grund zu Schutzzöllen abgeben müssten. Ueberdies ist es ganz falsch, blos eine einzige Steuer ins Auge zu fassen und nicht die gesammte Besteuerung des Landes, weil fast jede Steuer auf die Produktionskosten fast jeder Waare einwirkt, da der Preis einer Waare ein Bestandtheil des Kostenpreises vieler anderen Waaren ist. Smith widerlegt sich also selbst, indem er gleich darauf Schutzzölle zur Ausgleichung der ausländischen Besteuerung der nothwendigsten Lebensmittel verurtheilt. Es sind nur zwei Fälle möglich. Entweder erhalten die

1) Roscher, I. § 98.

2) S. Wagner's Art. „Staatsschulden“ im Deutschen Staatswört., Bd. X.

3) Z. B. bei List, S. 441.

Steuerzahle
Gegenleistu
Falle fällt
Falle sind
verwendet
Zinssumm
schuld zu
nisse sein
fälle einfa
trachten, l

Ausl
Besteueru
nicht aus
Völkerrec
durch int
dass der
und Kau
haltig, w
länder ih

In
Sampson
Handelsk
die Höhe
liche Sp
(§ 1) an
kappter S
nanzzoll
Der Einw

1)
1847, S. 50
2)
3)
des Fin.-M

uerzahler vom Staate äquivalente und mehr als äquivalente Gegenleistungen, oder sie erhalten dieselben nicht. Im ersten Falle fällt Smith's Grund von selbst weg, und im zweiten Falle sind überflüssige Steuern abzuschaffen und unproductiv verwendete productiv zu verwenden ¹⁾. Hat der Staat grosse Summen für eine grossentheils unproductiv verwandte Staatsschuld zu zahlen, oder muss er wegen „unabwandbarer“ Verhältnisse sein Militärbudget sehr anspannen, so sind solche Unglücksfälle einfach wie uncompensirbare klimatischen Mängel zu betrachten, bei welchen auch Smith Schutzzölle verwirft.

Ausländische Handelsreisende sind allerdings in Bezug auf Besteuerung ihren inländischen Collegen gleichzustellen ²⁾, aber nicht aus dem Smith'schen Motive, sondern aus Gründen des Völkerrechts und der Humanität, wobei Doppelbesteuerungen durch internationale Verträge zu verhüten sind. Der Einwand, dass der eine Staat mehr von ausländischen Handelsreisenden und Kaufleuten besucht werde, als der andere, ist nicht stichhaltig, weil eben dieser Umstand ein Beweis wäre, dass diese Ausländer ihre Arbeit besser, oder billiger leisten, als die Inländer.

In einen ganz ähnlichen Irrthum, wie Smith, verfällt Sampson S. Lloyd, der Präs. der Association der englischen Handelskammern ³⁾, wenn er auf die russischen Klagen über die Höhe des englischen Spirituszolles entgegnet, dass der englische Spiritus ebenso hoch besteuert sei, denn nach dem oben (§ 1) angeführten Polk'schen Satze ist dieser Zoll ein verkappter Schutzzoll, dessen Ersetzung durch einen mässigen Finanzzoll im Interesse des Fiscus und der Consumenten liegt. Der Einwand, dass nach englisch-schottischen Erfahrungen die

1) Vgl. Bastiat, *Soph. éc.* I, 5. Hermann in den *Münchn. gel. Anz.*, 1847, S. 506 u. v. Hock, a. a. O. verfallen in ganz ähnliche Fehler, wie Smith.

2) Vgl. das Mosk. Gutachten, S. XLII und Roscher, I, § 199.

3) S. den Auszug aus der Mitchell'schen Denkschrift in der Sammlung des Fin.-Min., 1866, H. 3, S. 329.

unksucht bis zu einem gewissen Grade im umgekehrten Verhältniss zur Höhe der Spiritusbesteuerung steht, wäre wohl nicht schädlich, weil durch die Hebung der arbeitenden Klassen und durch Mässigkeitsvereine jener Gefahr vorgebeugt werden kann. Dabei sind auch der technische Gebrauch des Spiritus, der englische Spiritusschmuggel und das heimliche Branntweinbrennen in Irland nicht zu vergessen. Auch der preussische Talgzoll, über dessen von der Berl. Denkschrift (S. 31) mit Unrecht gemachte Höhe das Mosk. Gutachten mit Recht klagt, ist ein wichtiger (und noch dazu ein landwirthschaftlicher!) Schutzzoll, der nicht einmal mit jenem sittenpolizeilichen Vorwande schönigt werden kann. Nach derselben Quelle ¹⁾ sollen die russischen Kaufleute sogar ein Verbot des russischen Spiritus erlangt haben [?].

3) lässt Smith Retorsionen zu. Er ist mit Recht der Ansicht, dass dieselben ausnahmsweise einen günstigen Erfolg haben können. Diese Massregeln sind nur dann rathlich, wenn der gegnerische Staat die Aufhebung seiner Schutzzölle bereits begonnen hat, und wenn mehrere Staaten zu gemeinsamen Retorsionen gegen denselben greifen. Aus diesen Gründen waren die Retorsionen Preussens, der V. Staaten u. s. w. wegen die englische Navigationsacte erfolgreich. Der retorquende Staat muss womöglich solche Waaren mit Verboten, oder Zoll erhöhungen belegen, die ein wichtiger Ausfuhrartikel des Gegners sind, aber zugleich für das Inland nicht allzu wichtig sind, oder auch aus anderen, wenn auch etwas theureren und schlechteren Quellen bezogen werden können ²⁾. List's Einwand ³⁾, dass eine Retorsion nur als integrirendes Glied eines Schutz Zollsystems einen Sinn habe, weil sie schutzbedürftige Fabriken hervorrufe, ist daher vollständig unrichtig. Eine Re-

1) S. XXXIII u. XXXV.

2) Vgl. Schön, o. c. S. 265.

3) S. 440..

torsion, die
eben sofort

4) ve
eines einm
der Human
ebenso sel
wirthschaf
zweig lebe

§ 10. W

So v
Mercantils
Erziehung
sigten Sch

Die l
theorie
auf folgen

1) „
Industrie
erlaubt.“
Der erste
zu jeder
zu überar
lassen, ü
dass ein
stände ³⁾

1)
nahme von

2)
sind freilie

3)

sion, die nach einigen Monaten noch nicht gewirkt hat, ist
en sofort aufzuheben. Vgl. auch unten § 25.

4) verlangt Smith mit Recht eine behutsame Abschaffung
des einmal bestehenden Schutzsystemes, die er eine Forderung
der Humanität nennt ¹⁾. Er hätte hinzufügen müssen, dass dies
ebenso sehr eine Forderung der Gerechtigkeit und des volks-
wirthschaftlichen Interesses ist, und dass der betreffende Industrie-
zweig lebensfähig sein muss, vgl. unten § 26.

10. Widerlegung der üblichsten, Smith'schen Gründe gegen Erziehungszölle.

So vernichtend die Kritik ist, welche Smith gegen das
Mercantilsystem richtet, so wenig können seine Gründe gegen
Erziehungszölle als eine genügende Widerlegung ²⁾ der gemäs-
sigten Schutzzolldoctrin angesehen werden.

Die lange Polemik Smith's, die als Uebertragungs-
theorie bezeichnet werden kann, lässt sich im Wesentlichen
auf folgende neun Sätze zurückführen.

1) „Keine Massregeln im Gebiete des Handels können die
Industrie einer Gesellschaft weiter treiben, als ihr Kapital es
erlaubt.“ In diesen wenigen Worten stecken mehrere Irrthümer.
Der erste besteht in der unklaren Vorstellung, dass jedes Volk
zu jeder Zeit soviel Kapital besitze, als es zur Zeit, ohne sich
zu überarbeiten und ohne eine productive Consumption zu unter-
lassen, überhaupt erwerben könnte. Es springt in die Augen,
dass ein Volk, welches von der Fesseln grosser socialer Uebel-
stände ³⁾ befreit wird, seine Kapitalproduction soweit vergrössern

1) List übersieht S. 439 und in allen seinen Schriften die vierte Aus-
nahme von Smith gänzlich.

2) List's Versuche, S. 241 u. 320, A. Smith (IV, 2) zu widerlegen,
sind freilich ebenfalls verfehlt.

3) Vgl. § 27. Grosse Erfindungen wirken ebenso.

n, dass sowohl die alten, als die neuen Productionszweige reichend mit Kapital versehen werden können. Dass es einem noch so gut regierten Staate je an Reformobjecten en könne, ist kaum denkbar, und noch weniger je in der klichkeit vorgekommen. Smith übersieht ferner, dass ein ser Theil des Kapitals reicher Länder die Tendenz hat, übergehend, oder für immer noch armen Ländern auszuwan- n¹⁾. Bei allen Völkern steigt endlich bis zu einem gewis- Grade die Kapitalproduction ungefähr in demselben Ver- nisse, wie die Gelegenheiten zu einer vortheilhaften Kapital- ge zunehmen. Dietzel²⁾ hat z. B. mit Recht hervorge- en, dass das disponible Kapital einer Volkswirtschaft ohne atsanleihen (und andere vortheilhafte Kapitalanlagen) zum il garnicht erspart, oder unproductiv verzehrt worden wäre. Uebertragungstheorie ist eben nur ein physikalisches Bild, r kein nationalökonomischer Beweis. Neue Stoffe zu schaffen mag allerdings kein Mensch, aber er kann sehr wohl durch vertragung und Verarbeitung von Stoffen neue Werthe schaffen. se Smith'sche Theorie führt zu den absurdesten und reac- ärsten Consequenzen: Smith müsste folgerichtig auch be- pten, dass jedes Creditgeschäft unproductiv sei, weil es ja s eine gewisse Art der Kapitalübertragung ist, und dass jeder e Productionszweig vom Uebel sei, weil er den alten Kapitalieht, also auch der Ackerbau, der ja oft damit begann, der adischen Viehzucht Kapital zu entziehen, die häufig der

1) S. oben § 7 und Roscher I, § 187.

2) System der Staatsanleihen, 1855, S. 79 u. 191. Nach Hermann's wirthsch. Unters., 1832, S. 539 steigerten die europäischen Eisenbahnbauten Zinsfuss nur um 1%. Auch der Lohnfond der Arbeiter und literarischen ucenten ist keine bestimmte Grösse, wie Smith, die neuere englische Natio- nomie und auch Roscher, I, § 178 annehmen. Siehe dagegen Roscher, 3 und 128, Carey passim, A. Held, o. c. S. 147 und Constantin Baron ngell, Die Principien des literarischen Eigenthums, 1866, S. 36. J. S. Mill, Ec. I, 5, § 1 u. 2 und I, 12, § 3 macht einige Concessionen.

Jagd und
hatte. Si
Wildenwin

Aus
aufblühen
durch Ka
dass der
Industriez
gilt von d
Ackerbau.
alten Pro
Kapital ü
fähige, od
viel Kap
sche Beh
künstliche
ungeschütz
kung der
wahrschein
schweizeri
hältnisse

Noch

1) A
gegen List
2) E
und 3) das
ausschliesslic
wortlich zu
sische Baum
weise begrü
blühen könn
haupt ein g
schen Rohm
ken. Der
Handelssper
fürchten si

agd und Fischerei denselben angeblichen Schaden zugefügt hätte. Smith's Ideal müsste also eine blos occupatorische Wildenwirthschaft sein.

Aus dem Gesagten folgt, dass ein ohne Schutzzölle kräftig aufblühender neuer Industriezweig den alten Productionszweigen durch Kapitalentziehung sehr wenig, oder garnicht schadet, und dass der etwaige Schaden gegenüber dem Nutzen des neuen Industriezweiges garnicht in Betracht kommen kann. Dasselbe gilt von der ungeschützten Industrie überhaupt gegenüber dem Ackerbau. Aber selbst eine Schutzzollindustrie schadet den alten Productionszweigen ¹⁾ ungleich weniger dadurch, dass sie Kapital überträgt, als dadurch, dass sie durch lebensunfähige, oder schlecht angelegte und geleitete Fabriken ungeheuer viel Kapital vergeudet (s. unten § 19), denn die freihändlerische Behauptung, dass eine geschützte Industrie durch den künstlichen Reiz rascher und plötzlicher emporschiesse, als eine ungeschützte, ist ganz unbewiesen. Die verweichlichende Wirkung der Schutzzölle macht vielmehr a priori das Gegentheil wahrscheinlich ²⁾. Wie rasch ist z. B. nicht die ungeschützte schweizerische Baumwollindustrie trotz vielfach ungünstiger Verhältnisse aufgeblüht.

Noch weniger begründet ist die Klage anderer Freihändler,

1) Auch Knies, S. 295 und Mühlhausen, o. c., 1866, S. 172 heben dies gegen List hervor.

2) Es ist z. B. eine Abgeschmacktheit, mit der Berl. Denkschrift (Seite 2 und 3) das russische Schutzzollsystem unter Ignorirung der Leibeigenschaft u. s. w. ausschliesslich, oder in erster Linie für das Darniederliegen des Ackerbaus verantwortlich zu machen. Auch Tengoborski's Vorwurf, II, S. 206, dass die russische Baumwollindustrie der Leinenindustrie Kapital entzogen habe, ist nur theilweise begründet. England beweist, dass beide Industriezweige nebeneinander blühen können. Dieser wohlwollende und sonst so scharfsinnige Autor hegt überhaupt ein grosses Vorurtheil gegen die Baumwollenindustrie wegen ihres ausländischen Rohmaterials, ohne an ihre Blüthe in England und in der Schweiz zu denken. Der ausländische Ursprung dieses Rohstoffes ist fast ganz gleichgültig, weil Handelssperren, oder ein zweiter amerikanischer Bürgerkrieg nicht mehr zu befürchten sind.

die Schutzzölle den alten Productionszweigen Arbeiter entgegen, denn das in- und ausländische Angebot steigt bei Arbeitskräften noch vielmehr im Verhältniss zur Nachfrage, als das Kapital ¹⁾.

Smith behauptet ²⁾, dass die Bedachtnahme auf seinen eigenen Vorthheil jeden Menschen nothwendiger Weise dahin führen werde, dass er diejenige Kapitalanlage vorziehe, welche für die Gesellschaft die erspriesslichste sei. Diese Behauptung, die er übrigens bald darauf durch ein frequently einschränkt, erleidet reichliche Ausnahmen ³⁾ durch Indolenz, Misstrauen, verfehlte Speculationen, Betrüger u. s. w. und beachtet das scheinbar so richtige Roscher'sche Argument für Erziehungszölle garnicht. Der Schutzzöllner könnte einfach entgegnen, dass ein neuer Industriezweig eine jener gemeinnützigen Anstalten sei, welche dem Privatinteresse wegen mangelnder Kostendeckung nicht ertüchelt werden, und dass Smith selbst ³⁾ solche Leistungen dem Staat zuweise.

Als Beispiel zu dem zweiten Satze führt Smith ³⁾ und behauptet, dass jeder Mensch sein Kapital soviel als möglich in der Industrie stecke und folglich möglichst auf die Unterstützung des einheitlichen Gewerbflusses verwende, und dass Jeder, der dies thue, die Industrie natürlich so zu leiten suche, dass ihr Product einen möglichst grossen Werth erhalte. Der dritte Satz ist wahr ⁴⁾, der vierte nur bedingt wahr (s. unten § 19), aber beide thun nichts zur Sache. ⁵⁾ sagt Smith, es sei thöricht, dass ein Staatsmann Privatleuten Vorschriften geben wolle, auf welche Weise sie ihre Kapitalien anwenden sollten. Dieser Einwand ist nur auf socialistische Patriarchien, aber nicht auf Schutz-

1) S. Smith, I, 8.

2) Vgl. Roscher, I, § 11 u. 65.

3) V, 1, 2. Vgl. List S. 253.

4) Das von Smith angeführte Beispiel ist übrigens unrichtig, siehe Osiner, Beleuchtung der Manuf.-Philos. des Dr. List, 1842, S, 133.

zollstaate
in die In
fabriken

6) v

mit einer
ins Hand
diesen hi
tiges An
Bezirksa
Verbesser
stand un
dass der
lebensfäh
theilung,
früher d
waren, ha
Nähe zu

8)

unmitte
kommen
man bei
der einf
dann ger
abgewi
geschütz
noch wo

1)

Volks- und

2)

Logik könn

Geldopfer,

kosten ein

Smith, U

3)

ollstaaten, denn ein Schutzzoll zwingt Niemand, sein Kapital in die Industrie zu stecken. Vgl. auch das oben § 7 über Staatsfabriken Gesagte.

6) und 7) vergleicht Smith ein schutzzöllnerisches Volk ¹⁾ mit einem Schneider und einem Familienvater, die einem Schuster ins Handwerk pfuschen wollen. Ein Schutzzöllner könnte gegen diesen hinkenden Vergleich mit Recht protestiren und als richtiges Analogon den Fall heranziehen, dass eine Commune einen Bezirksarzt so lange besoldet, bis, zum Theil eben durch diese Verbesserung des Medicinalwesens, die Bevölkerung, der Wohlstand und die Gewöhnung an ärztliche Hülfe so gestiegen sind, dass der Arzt von seinem Honorar allein leben kann. Eine lebensfähige neue Industrie ist kein Rückschritt in der Arbeittheilung, sondern ein Fortschritt in derselben. Während wir früher die Kunden des entfernteren Arztes und Fabrikanten waren, haben wir jetzt den Vortheil, diese Producenten in unserer Nähe zu haben.

8) wendet Smith gegen die Schutzzölle ein, dass ihre unmittelbare Wirkung eine Verminderung des Nationaleinkommens ist ²⁾, und übersieht dabei die triviale Wahrheit, dass man bei Schutzzöllen, wie bei dem einfachsten Geschäfte, oder der einfachsten Erziehung die Kosten und den Gewinn erst dann genau berechnen kann, wenn das Geschäft vollständig abgewickelt ist. Smith selbst sagt kurz vorher, dass eine geschützte Waare mitunter nach einer gewissen Zeit im Inlande noch wohlfeiler hergestellt werden könne, als im Auslande.

1) Smith selbst hebt übrigens passim mehrere Unterschiede zwischen der Volks- und Privatwirthschaft hervor.

2) Mit dieser von M. Wirth noch kürzlich gegen Carey gehrauchten Logik könnte man auch beweisen, dass die von der Anti-Corn-Law-League gebrachten Geldopfer, zu denen allein Cobden 200,000 Thaler beitrug, oder die Erziehungskosten eines Thaer und Arkwright unproductiv gewesen seien. Vgl. selbst Prince-Smith, Ueber Handelsfeindseligkeiten, 1843, S. 73.

3) Vgl. Rau im Archiv Bd. V, S. 278.

9) sagt Smith, dass es thöricht sein würde, in Schottland
ronen in Treibhäusern zu ziehen. Vgl. gegen diesen schlech-
Witz oben § 6.

Eine ebenso hohle Phrase ist freilich die List'sche Gegen-
stellung von Tauschwerthen und productiven Kräf-
ten. Die Arbeit hat allerdings neben ihrem wirthschaftlichen
Zwecke noch einen höheren, unvergänglich persönlichen. Wenn
man indess von dieser Wahrheit absieht, die mit der Schutz-
frage nichts zu thun hat, da die Freihändler nicht Müssiggang
und Indolenz, sondern Selbsthülfe predigen, so ist es durchaus
richtig, dass alle ungestört wirkenden productiven Kräfte nur
eine Wirkung haben können (Gebrauchs- und Tausch-) Werthe
zu erzeugen, die ihrerseits wieder die productiven Kräfte ver-
stärken. Eine productive Kraft, die keine Werthe producirt,
ist eine *contradictio in adjecto*. List übersieht fortwährend,
dass nicht jedes Opfer eines Erziehers, oder Säemannes *eo ipso*
productiv ist, weil eine Erziehung und eine Ernte aus
vielerlei Ursachen fehlschlagen können.

6tes Kapitel. Widerlegung der mercantilistischen Gründe für Schutzzölle.

§ 11. Die Schutzzölle und die Handelsbilanz.

„Plus un pays est riche et prospère, plus il contribue à la
richesse et à la prospérité des autres.“ Napoleon III., 1860.

Smith ¹⁾ unterscheidet mit Recht zwei verschiedene Bi-
lanzen der Volkswirthschaft, nämlich die Bilanz der Aus- und
Einfuhr oder die Handelsbilanz und die Bilanz der nationalen
Production und Consumption. List's Behauptung, dass Smith
die Existenz der Handelsbilanz leugne, ist völlig unrichtig:
Smith zeigt nur, dass die Handelsbilanz sich nicht einmal an-

1) IV, 3, 2 u. II, 3.

nähernd
streben,
möglichst
bei met
im Um
Waare,
durch i
sie am
meisten
oder au
günstige
Dieser S
für Sch
ten Vo
existire
früher i
türkisch
mangel
der bes
so kann
wonnen
des La
Münze,
schwer
auf ei
bei un
produc

Auch C
S. 246

zur Ze
erschre

nähernd berechnen lässt ¹⁾, und dass das mercantilistische Bestreben, durch eine günstige Handelsbilanz den anderen Völkern möglichst viel Gold und Silber zu entziehen, absurd ist, weil bei metallischer Währung kein Volk mehr, oder weniger davon im Umlauf erhalten kann, als es braucht, weil eine so kostbare Waare, wie die Edelmetalle, stets rasch von dort wegströmt, wo durch ihre Menge entwerthet ist, und dort hinströmt, wo sie sie am höchsten bezahlt wird. Dagegen irren Smith und die meisten Nationalökonomen allerdings, wenn sie stillschweigend, oder ausdrücklich voraussetzen, dass der Freihandel niemals ungünstige Folgen für das Kapitalwesen eines Volkes haben könne. Dieser Satz erleidet vielmehr eine Ausnahme, die indess nichts für Schutzzölle beweist. Wenn nämlich in einer unentwickelten Volkswirtschaft grosse fast mühelos bezogene Einkommen existiren z. B. durch das Bestehen der Leibeigenschaft, wie früher in Russland, oder durch spanische Latifundien, oder durch türkische Beamtenerschleppungen u. s. w., und wenn ferner wegen mangelnder localer Selbstverwaltung ein beträchtlicher Theil der besitzenden Klassen materialistischer Genusssucht fröhnt, — so kann es vorkommen, dass nach dem Sprüchwort: „wie gewonnen, so zerronnen“ ein grosser Theil des Productivkapitals des Landes für ausländische Luxuswaaren in der Form von Münze, oder Barren zum Lande hinausgeht ²⁾. Eine solche Verschwendung kann sich zwar auch auf inländische Waaren, oder auf eine zahlreiche Dienerschaft u. dergl. richten, aber grade bei unentwickelten Völkern sind die ausländischen Industrieproducte in der Regel besser, billiger und vor Allem fashio-

1) IV, 3, 1. Vgl. Rau, I, § 418—429 und Bastiat, *Soph. éc.* I, 6. Auch Graf Cancrin, *Die Oekonomie der menschlichen Gesellschaften*, 1845, S. 246 und 247 giebt dies zu.

2) Die Zahl der jährlich subhastirten adeligen Güter in Russland war schon zur Zeit der Leibeigenschaft, also vor der gegenwärtigen Krisis des Grundbesitzes, erschrecklich gross, vgl. v. Haxthausen, *Studien*, III, S. 49.

bler, als die inländischen. Das Geldwesen des Landes kann dess davon nicht leiden ¹⁾, weil die Edelmetalle eine so unentbehrliche Waare sind, dass das Volk lieber Anderes entbehren, als an ihnen Mangel leiden wird. Sobald also die Edelmetalle durch eine starke Ausfuhr derselben im Lande theurer werden, so werden sie sofort wieder dahinzurückströmen, wenn es nicht etwa durch die factische Doppelwährung eines entwertheten Papiergeldes daran gehindert werden. Selbst im letzten Falle ist aber nur das Papiergeld, und nicht die Handelsbilanz, Schuld an der Zerrüttung des Geldwesens. Das einzige rationelle Heilmittel gegen eine ungünstige Handelsbilanz dieser Art ²⁾ sind natürlich wirthschaftliche und politische Reformen, welche die Bilanz der nationalen Production und Consumption wieder herstellen. Schutzzölle und Einfuhrverbote würden nur durch den Reiz des Verbotenen den Luxus noch steigern und einen starken Schmuggel schaffen. Selbst in solchen abnormen Ausnahmefällen wird der Freihandel sowohl volkswirthschaftlicher, als in politischer Beziehung mehr nützen, als schaden. Man denke z. B. nur an die kulturfördernde Wirkung, welche der auswärtige Handel seit den ältesten Zeiten gehabt hat, und welche von List fälschlich der Industrie zugeschrieben wird, die sogar von den altorientalischen Priesterstaaten gepflegt wurde, welche den materiellen und geistigen Verkehr mit dem Auslande möglichst hinderten.

Da durch die Aufhebung der Leibeigenschaft in Russland und durch die gegenwärtige Ackerbaukrise alle russischen Grundbesitzer, also auch der verschwenderische Theil derselben,

4) Grade umgekehrt verhält es sich mit auswärtigen Staatsschulden, siehe Wagner a. a. O.

5) Die Grösse des Verlustes lässt sich nicht einmal annähernd berechnen, es betone nur, dass ein solcher Verlust überhaupt möglich ist. Vgl. Smith, III, K. H. Rössler's Volkswirtschaftslehre, 1864, S. 593 u. A. Held, S. 402. u. I, § 421 (b) und Archiv I, S. 32 und Smith, II, 2 verkennen dies.

zur Einsch
unrichtig,
Niedrigkeit
delsbilanz
sache kan
geringen E
vielen Rei
Wechselku
scheinung
nationalen
können d
treten, di
wenn sie
verschwin
die merc
sein müss
seines W

Die
den russi
gebrauch
Osiaand
mit Rec
ches Bu
einen ga
sischen
schon d
fuhr fre

1)
2)
3)
4)
5)
zu dem

zur Einschränkung ihrer Ausgaben gezwungen sind, so ist es unrichtig, die aus der Papiergeldentwerthung entspringende Niedrigkeit des Wechselkurses ¹⁾ durch eine ungünstige Handelsbilanz zu erklären, wie die Laien häufig thunn. Diese Ursache kann nur in der Vergangenheit einen, wahrscheinlich geringen Einfluss auf den Wechselkurs geübt haben. Auch die vielen Reisen ins Ausland sind nicht Schuld an dem schlechten Wechselkurse, denn sonst müsste sich in England dieselbe Erscheinung zeigen. Auch in solchen Staaten, wo die Bilanz der nationalen Production und Consumption normal und günstig ist, können durch Missernten vorübergehend Erscheinungen eintreten, die den oben erwähnten Vorgängen ganz analog sind, wenn sie natürlich auch mit dem Getreidemangel von selbst verschwinden. List ²⁾ zieht daraus fälschlich den Schluss, dass die mercantilistische Handelsbilanz doch keine blosse Chimäre sein müsse, als welche er sie doch selbst an anderen Stellen seines Werkes anerkennt.

Die russische Handelskrise von 1820 und 21, welche von den russischen Schutzzöllnern als Popanz gegen den Freihandel gebraucht wird, hat mit der Schutzzollfrage nichts zu thun. Osian der ³⁾, dessen Schrift über den Handelsverkehr von Rau ⁴⁾ mit Recht „eine im Ganzen sehr schätzbare und verdienstliche Buch“ genannt wird, sagte 1842: diese Krise „hatte — — einen ganz anderen Grund, als die Ueberschwemmung der russischen Märkte mit englischen Manufacturwaaren. Dieser setzte schon die damalige russische Zollgesetzgebung, welche die Einfuhr fremder Fabrikate nichts weniger als begünstigte ⁵⁾, einen

1) Vgl. die Berliner Denkschrift, S. 29.

2) S. 407. Vgl. Bastiat, *Le libre échange*, 21.

3) O. c. S. 148. Vgl. Tooke-Asher, o. c., 1858, I. S. 71.

4) Archiv, Bd. V, S. 113.

5) Obgleich der russische Tarif von 1819 für seine Zeit und im Vergleich zu dem von 1822 noch liberal genannt werden muss.

tarken Damm entgegen. Russland hatte in den Jahren 1817 und 18 eine beispiellose Getreideausfuhr, wodurch es grosse Massen Metall vom Auslande zog, und wodurch die Landbesitzer zu einem plötzlichen und ungewohnten Wohlstande gelangten. Uebrigens erhielt Russland für eine Anleihe, die es im Jahre 1818 zum Behuf der Einziehung von Papiergeld machte vom Auslande beträchtliche Massen von Metall. Nun traten aber Umstände ganz entgegengesetzter Art ein. Die fremden Länder hatten gute Ernten und bedurften daher nicht mehr der Hülfe Russlands, wodurch dessen Ausfuhr sehr empfindlich litt. Auf der anderen Seite war das Bedürfniss der Landeigenthümer durch die gemachten Gewinne gesteigert, und es wurden besonders mehr Luxusgegenstände eingeführt. So wanderten u. A. grosse Summen Geldes, welche Russland für Getreide von Frankreich erhalten hatte, auf die Leipziger Messe zur Bezahlung französischer Seidenwaaren. Es fand auf diese Weise ein Uebergang von einem ausserordentlichen Zustande zu einem natürlichen statt, der im Anfang immer manches Schmerzliche mit sich führt. Uebrigens würde nach der Lehre der Erfahrung die Natur sich von selbst geholfen haben, ohne dass es einer Verschärfung des russischen Douanensystems bis zu seiner gegenwärtigen — — Strenge bedurft hätte.“

Die meisten russischen Schutzzöllner wenden gegen den Freihandel, oder eine Schutzzollverminderung ein, dass die ausländischen Fabrikanten uns dann mit ihren Waaren überschwemmen würden, ähnlich wie der Zollverein in Folge des preussisch-französischen Handelsvertrages mit französischen Waaren überschwemmt worden sei ¹⁾. Diese Behauptung ist eine Absurdität. Da im verunglückten Russland, wie oben erwähnt, jenes abnorme Uebergewicht der Einfuhr nicht mehr möglich ist, und da die Ausländer uns

1) Diese Unmöglichkeit ist natürlich auch im Zollverein nicht eingetreten, siehe den Schutzzöllner A. Held S. 2 und Unsere Zeit, 1865.

nichts sch
verkaufen,

Die

huldigen

mus, den

dass ein

müsste, w

Meer wer

und die E

es sei ein

Geschäfts

Silberabfl

bilanz sei

der durch

Doppelwä

währung

schen den

Handelspr

wird das v

das ander

gesetzliche

Ausland

metalle u

einem La

noch ein

Auch die g

land zu lei

Dies

Moskause

lich über

1)

2)

wört. Bd. V

chts schenken werden, so können dieselben uns nicht mehr verkaufen, als sie ihrerseits von uns kaufen.

Die meisten französischen und russischen Schutzzöllneruldigen mit Carey noch immer jenem stupiden Mercantilismus, den Bastiat a. a. O. sehr gut persiflirt, indem er sagt, dass ein Volk sich nach dieser Lehre unermesslich bereichern müsste, wenn es all sein Kapital hinter einer Zollstätte in's Meer werfen würde, denn die Ausfuhr wäre dann ungeheuer und die Einfuhr = 0. Das Moskausche Gutachten sagt z. B. ¹⁾, es sei ein nationalökonomischer ABC-Satz für jeden praktischen Geschäftsmann (soll heissen unwissenden Routinier), dass der Silberabfluss aus Russland eine Folge der ungünstigen Handelsbilanz sei, während derselbe doch eine unausbleibliche Folge der durch die Papiergeldentwerthung herbeigeführten factischen Doppelwährung ist. Wenn bei der rein metallischen Doppelwährung von der Regierung ein gewisses Preisverhältniss zwischen den Gold- und Silbermünzen vorgeschrieben wird, und der Handelspreis der rohen Metalle hiervon merklich abweicht, so wird das wohlfeilere von beiden häufiger zu Zahlungen gebraucht, das andere aber, welches im Welthandel höher steht, als in der gesetzlichen Würdigung, aus dem Umlaufe gezogen und in das Ausland gesendet. Aus demselben Grunde fliessen die Edelmetalle und selbst die Kupfermünzen in's Ausland, wenn in einem Lande neben der gesetzlichen Gold-, oder Silberwährung noch ein entwerthetes Papiergeld als zweite Währung existirt ²⁾. Auch die grossen Zinszahlungen, welche Russland in Silber in's Ausland zu leisten hat, werden von dem Gutachten gänzlich übersehen.

Dies sind allerdings nationalökonomische ABC-Sätze, die Moskauschen Schutzzöllner, welche die Anmassung haben, öffentlich über die Handelspolitik eines grossen Staates zu reden,

1) S. XXX.

2) S. Wagner's Artikel: „Münze“ und „Papiergeld“ im Deutschen Staatswört. Bd. VII, Rau, II, § 233 und Schäffle, Nat.-Oek. S. 108.

haben aber bewiesen, dass ihnen, gleich ihren grossen Meister List, das ABC der Wissenschaft nicht ganz geläufig ist. *Ex lingua leonem*. Schon Roscher hat List daran erinnert, dass auch von der Grammatik einer Wissenschaft der alte Satz gilt: *malitiosa est bestia, graviter ulciscens contemptum sui*. Aehnlich machen List und Carey den Freihandel für die amerikanischen Handels- und Bankkrisen verantwortlich, während doch beide mit der Handelspolitik nichts zu thun haben und deshalb in Ländern mit den verschiedensten Zollsystemen gleich stark auftreten ¹⁾. Carey's Prämissen sind überdies unrichtig: 1858 existirten z. B., die Transportkosten ungerechnet, in den Vereinigten Staaten Schutzzölle von 5, 20, 30 und 40%, während er behauptet, dass damals der Freihandel geherrscht habe. Endlich berufen sich die Schutzzöllner darauf, dass die Engländer zu Schleuderpreisen greifen, wenn sie von einem Artikel zu viel producirt haben, oder eine aufkeimende ausländische Concurrenz ersticken wollen. Hierauf ist zu entgegnen, dass die Urheber eines so gewagten Experiments stets der leidendste Theil sind, so dass eine lebensfähige, in freier Concurrenz aufblühende Industrie des Auslandes dadurch nie gefährdet werden kann. Aber selbst in einem Schutzzolllande können durch ein solch einen luftreinigenden Gewittersturm nur einige lebensunfähige Fabriken umgerissen werden, deren Eingehen als dann um cessans für die Volkswirtschaft ein ebenso grosser Gewinn ist, wie der Zusammensturz schwindlerischer Firmen in einer Handelskrisis. Dazu kommt noch der grosse Gewinn, den die Konsumenten durch die billigen ausländischen Waaren machen ²⁾.

Vgl. zu diesem ganzen § unten § 20.

1) Vgl. Wagner's Beiträge zur Lehre von den Banken, Leipzig, 1857, am Schluss und dens. im Handwört. von Rentzsch, Art. „Krisen.“ Tooke, Fullerton, Wilson und Wagner sind Carey vollständig unbekannt. Er beklagt z. B. die 1819 (!) geschehene Wiederaufnahme der Baarzahlungen der englischen Bank und erklärt daraus die landwirthschaftliche Krisis von 1820—1830!

2) Die von Hock (Die öff. Abg.) gegen Schleuderpreise vorgeschlagene

§ 12.

Im täglichen Leben für die Gebrauchsarbeit verschaffen, wie im Umstand, dass die Arbeit spricht, v. l. lichkeit viel Lohn betrogen Missdeutung. heit führen so besser stel quantitativ un oder Tausch

Die Zü selbst Herm kommen da ist eins der Schultern B aufgedeckt z

„herausfordern sein, da die E nicht dupiren

1) „G 1755, I, § 43 pol., T. II, I Mercantilist e fels, Grunds S. 17, 199, 3 Seite durch Dies nennt merischen St. Chama neue Arbeit

2) S

§ 12. Der Schutzzoll und die nationale Arbeit.

Im täglichen Leben braucht man oft den Ausdruck „Arbeit“ für die Gebrauchs- und Tauschwerthe, welche man sich durch Arbeit verschafft. Jene Phrase ist natürlich ebenso bildlich zu nehmen, wie etwa der Satz: die Sonne geht auf. Schon der Umstand, dass man auch im täglichen Leben von unnützer Arbeit spricht, wenn Jemand aus Unkenntniss, oder Ungeschicklichkeit viel Zeit und Mühe vergeudet hat, oder um seinen Lohn betrogen worden ist, hätte jeden Nationalökonom vor einer Missdeutung jenes Bildes bewahren und auf die triviale Wahrheit führen sollen, dass ein Individuum, oder ein Volk sich um so besser steht, mit je weniger Arbeit und Kapital es sich ein quantitativ und qualitativ genau bestimmtes Mass von Gebrauchs- oder Tauschwerthen verschaffen kann ¹⁾.

Die Zünftler und fast alle Mercantilisten, z. B. Carey, ja selbst Hermann, nehmen indess jene Redensart wörtlich und kommen dadurch natürlich zu den absurdesten Resultaten. Es ist eins der grössten Verdienste von A. Smith, auf dessen Schultern Bastiat steht, dieses *πρῶτον ψεῦδος* jener beiden Secten aufgedeckt zu haben, welches Bastiat ²⁾ treffend *Sisyphismus*

„herausfordernde Fabrik“ würde ein unwirksames und überflüssiges Schutzmittel sein, da die Engländer sich durch eine so leicht zu durchschauende Kriegslist doch nicht dupiren lassen würden.

1) „Gesetz der Oekonomie der Kräfte“ bei Justi, Staatswirthschaft, 1755, I, § 431, *principe de la moindre action* bei M. Chevalier, *Cours d'éc. pol.*, T. II, Leç. 23. Vgl. A. Held, S. 153. Trotzdem vertheidigte Justi als Mercantilist ewige Zubussen bei Gold- und Silberbergwerken (I, S. 246). Sonnenfels, *Grundsätze der Polizei-, Handlungs- und Finanzwissenschaft*, 1765, Bd. II, S. 17, 199, 329 entscheidet die Handelsbilanzfrage darnach, ob und auf welcher Seite durch den Handel eine grössere Anzahl von Menschen beschäftigt wird. Dies nennt er die Bilanz des Vorthells im Gegensatze zur trügerischen numerischen Bilanz, d. h. der Handlungsbilanz im gewöhnlichen Sinne des Wortes. St. Chamans lobt verheerende Kriege und den Brand von London, weil sie viel neue Arbeit schafften, vgl. Bastiat, *Harm. éc.*, VI.

2) *Soph. éc.*, I, 3. Auch das Mosk. Gutachten, S. XXXII und XXXIII,

nennt. Viele Schutzzöllner, selbst Hermann a. a. O., verlangen, dass man vorzugsweise die eigenen Landsleute und die einheimische Gewerbsthätigkeit beschäftigen müsse, statt die Industrie fremder Völker zu nähren und zu unterstützen. Hierauf ist zu entgegnen, dass die Alternative keineswegs darin besteht, unsere eigenen Landsleute, oder Fremde, sondern nur die eine, oder die andere Klasse unserer Landsleute zu beschäftigen. Die eingeführte Waare wird fast immer ¹⁾ direct, oder indirect mit den Erzeugnissen unserer einheimischen Production bezahlt, während zugleich diese Production erfolgreicher gemacht wird, insofern wir mit demselben Aufwande von Arbeit und Kapital mehr von einem Artikel erhalten ²⁾.

Bastiat ³⁾ ist unermüdlich, den vielgestaltigen Proteus des Sisypismus in allen seinen Gestalten zu entlarven.

Carey, ein Erzsisyphist, macht die Freihändler auch für das Elend Irlands und des Proletariats, insbesondere des englischen, verantwortlich, während das Elend des zollgeschützten Proletariats in Frankreich, Deutschland u. s. w. ebenso gross ist. Grade in England haben der Staat und die Gesellschaft in den letzten freihändlerischen Decennien mehr für die arbeitenden Klassen gethan und relativ grössere Erfolge erzielt,

und sogar H. A. Helferich, Wann ist ein Schutzzoll zu Gunsten solcher Gewerbszweige gerechtfertigt, für welche ein Land natürlich minder gut ausgerüstet ist, als das Ausland? Tübingen, 1844, huldigen dem Sisypismus.

1) Mit einziger Ausnahme des § 11 erwähnten Falles.

2) Vgl. J. S. Mill.

3) Er lässt z. B. die französischen Lichtfabrikanten, um ein Gesetz petitioniren, dass die Fensterladen den ganzen Tag geschlossen werden müssten, um dem Volke mehr Arbeit zu verschaffen (I, 7). Mit demselben Argumente lässt er einen Minister ein Gesetz vorschlagen, dass alle Menschen sich künftig nur der linken Hand bedienen dürften (II, 16). Er erzählt ferner von einem chinesischen Kaiser, der einen Kanal verschütten liess, um den Fuhrleuten u. s. w. mehr Arbeit zu verschaffen (II, 7). Das letzte Beispiel ist nicht gänzlich aus der Luft gegriffen, sondern ein Journal von Bordeaux hat aus diesem Grunde im Ernst verlangt, dass die Eisenbahnen bei Bordeaux eine Lücke haben sollten (I, 17). Vgl. I, 2 u. 11 und passim. Auch Graf Cancrin war deshalb gegen Eisenbahnen (Kautz S. 658).

als jemals frühe
nen Strömung
Bunde mit mäc
gestürzt haben
ist, rührt haupt
dors der Woh
Staatsraths (K
schwächeren F
dessen Wieder
lung Englands

Auch da
heranzieht, ist

Herma
gen Arbeits
Schutzzölle, v
den, irgend e
beitern zu G
Die Höhe de
frage und v
nehmer ab,
gisst auch,
Schlechtigke
wieder para
Jahre 1858

1) Vg

2) Vg

regierung in
cher a. a. O
den werde, v
im heutigen J
haben könnte

3) V

Näherinnen

4) v

5)

als jemals früher ¹⁾ und zwar eben in Folge jener liberal-humanen Strömung und aufgeklärten Nationalökonomie, welche im Bunde mit mächtigen Interessen das englische Schutzzollsystem gestürzt haben. Dass noch soviel Elend in England vorhanden ist, rührt hauptsächlich davon her, dass das Land seit den Tutors der Wohlthat eines monarchisch - geistesaristokratischen Staatsraths (King in Council), eines selbstregierenden, die schwächeren Klassen schützenden Königthums entbehrt, auf dessen Wiederherstellung übrigens die ganze neueste Entwicklung Englands mit wachsender Schnelligkeit hindrängt ²⁾.

Auch das Interesse der Frauenarbeit, welches Carey heranzieht, ist kein Grund für Schutzzölle ³⁾, vgl. oben § 6.

Hermann verlangt Schutzzölle gegen einen zu niedrigen Arbeitslohn in einem concurrirenden Staate, als wenn Schutzzölle, welche den Arbeitern als Consumenten stets schaden, irgend eine Garantie dafür böten, dass sie auch den Arbeitern zu Gute kommen und nicht bloss den Fabrikanten ⁴⁾. Die Höhe des Arbeitslohns hängt vom Angebot, von der Nachfrage und von der richtig rechnenden Humanität der Unternehmer ab, aber nicht von den Schutzzöllen. Hermann vergisst auch, dass ein schlecht bezahlter Arbeiterstand durch die Schlechtigkeit seiner Arbeit jenen Vortheil für die Unternehmer wieder paralysirt. Eine französische Circularnote aus dem Jahre 1858 und mehrere Autoren ⁵⁾ haben dagegen mit Recht

1) Vgl. Gneist, Adel und Ritterschaft in England, 1853, S. 101.

2) Vgl. Gneist passim und C. v. Noorden, Die parlamentarische Parteilregierung in England in H. v. Sybel's Hist. Zeitschr., 1865, H. 3. Auch Faucher a. a. O. meint, dass die Manchesterpartei sich mit dem Königthum verbünden werde, wenn er auch mit Unrecht diese Eventualität beklagt, während doch im heutigen England Stuartische Tendenzen weder zu befürchten sind, noch Erfolg haben könnten.

3) Vgl. Roscher, I, § 250, wo noch der wohlthätige Export englischer Näherinnen nach Australien zu erwähnen gewesen wäre.

4) Vgl. Bastiat, Soph. éc., I, 12, Le libre échange 15, 17 und 46.

5) Vgl. Bluntschli's Allg. Staatsr., R. v. Mohl's Gesch. d. Staatsw., I.

internationale Verträge zur Regelung der Arbeitszeit, der Kinderarbeit, der Sicherheitsverkehrungen u. s. w. in den Fabriken vorgeschlagen.

Schliesslich ist zu erwähnen, dass die von Carey für alle Länder und von Hermann, R. v. Mohl und L. Stein nur für gewisse Fälle vertheidigten ewigen Schutzzölle ebenfalls ein Ausfluss der Sisyphestischen Irrlehre sind, mit der sie von selbst fallen, und dass es einer der Hauptmängel Bastiat's ist, dass er fälschlich voraussetzt, dass alle Schutzzöllner ewige Schutzzölle vertheidigen, während doch Say, List, Roscher u. s. w. sich jener Absurdität nie schuldig gemacht haben.

Viertes Kapitel. Die Anlegung der Schutzzölle.

§ 13. Die Berechnung des Schutzzollbedürfnisses.

Roscher ¹⁾ behauptet: „ein „„gleichmässiger Zollschutz u. s. w.““ für alle Productionszweige ist ungereimt; die Bevorzugung des einen setzt nothwendig eine entsprechende Benachtheiligung anderer voraus.“ Diese Auslegung ist unhaltbar, die verständigeren Schutzzöllner meinen nicht τὸ ἴσον κατ' ἀριθμὸν, sondern τὸ ἴσον κατ' ἀξίαν ²⁾, d. h. eine Beschützung jedes Industriezweiges nach dem Masse seiner Schutzbedürftigkeit ³⁾. Trotzdem ist diese Aufgabe schon deshalb eine mala crux interpre-

S. 135, dess. Staatsrecht, 1860, S. 617, Kosegarten's N.-Oek. 1856, S. 285, Bluntschli's Staatswört. Bd. III, S. 491 und Wagener's Staatslex. Bd. II. S. 487. Ein Entwurf zu einem solchen Gesetze findet sich in H. Gelzer's Protest. Monatsblättern, Bd. VII, S. 387 ff. und X, S. 291 von dem elsassischen Fabrikanten D. Legrand. Bei den Kindern müssen je zwei Arbeiterschaaren sich ablösen, vgl. Mohl's Polizeiwiss. 3. Aufl.

1) II, § 159.

2) Bekanntlich die Aristotelische Formulirung des aristokratischen und demokratischen Principis.

3) Vgl. z. B. List, S. 431 und 434.

tum für die S
dazu gehören
und inländisc
zu bringen.
Kosten und C
weniger mögl
einmal versu
Berechnungen
die Bemerku
durch den F
thanen erst
Schutzzölle
stimmten St
nicht stören
Mann, der a
Stück vom
haupt zuläs
gut mit eine
welt einige
Zollsätze m
currenz de
Consumtio
Beziehung
Trägheitsa
Eine
Schutzzöl
Ländern
gesproche
in versch
schieden
nur an

tum für die Schutzzöllner, weil eine übermenschliche Einsicht dazu gehören würde, um alle Factoren des Kostenpreises der aus- und inländischen Industrie auf den zutreffenden Zolldruck zu bringen. Eine Vorausberechnung der volkswirtschaftlichen Kosten und Gewinnste einer Schutzzollmassregel ist aber noch weniger möglich. Die Schutzzöllner haben daher auch nicht einmal versucht, anzugeben, wie ein Staatsmann jene beiden Berechnungen anstellen soll. List ¹⁾ beschränkt sich z. B. auf die Bemerkung, dass die Regierung eines ganz rohen Volkes durch den Freihandel das Consumtionsbedürfniss ihrer Unterthanen erst wecken müsse. Darauf soll die Nation geringe Schutzzölle einführen, die allmählig und nach einer vorausbestimmten Stufenleiter steigen, um auf die bestehenden Zustände nicht störend zu wirken. Dieser Vorschlag erinnert an jenen Mann, der aus Schonung seinem Hunde alle Tage nur kleines Stück vom Schwanze abhackte. Wenn Erziehungszölle überhaupt zulässig wären, was sie nicht sind, so könnten sie ganz gut mit einem Male eingeführt werden, nur müsste die Geschäftswelt einige Monate vorher davon benachrichtigt werden. Die Zollsätze müssen nach List steigen, sobald die auswärtige Concurrenz den grösseren Theil, oder das Ganze des jährlichen Consumtionszuwachses gewinnt. Diese schon in statistischer Beziehung fast unausführbare Massregel würde offenbar eine Trägheitsassecuranz sein.

Eine zweite, noch viel grössere Schwierigkeit für die Schutzzöllner liegt in dem Umstande, dass in allen grösseren Ländern die Factoren des Kostenpreises oder, schutzzöllnerisch gesprochen, die Schutzbedürftigkeit der einzelnen Industriezweige in verschiedenen Gegenden ebenso verschieden, ja noch viel verschiedener sind, als im In- und Auslande. Man denke z. B. nur an die Unterschiede zwischen Posen und der Rheinprovinz,

1) S. 25, 26, 137 u. 27.

Mecklenburg und Sachsen, Altbaiern und der Pfalz, der Lombardei und der Militärgränze u. s. w. Welche Vorzüge hat nicht Moskau durch seine centrale Lage an der Gränze der wichtigsten Productionszonen Russlands vor vielen anderen Gouvernements! Es war daher nicht inconsequent ¹⁾, dass die deutschen Schutzzöllner, z. B. die baierischen und württembergischen, von der allmäligen Zollvereinigung der deutschen Staaten grosse Nachtheile erwarteten, die indess nicht eintraten. Die Schutzzöllner Riehl und B. Cotta o. c. schildern ausführlich, wie sehr individualisirt die verschiedenen Gegenden Deutschlands sind, und alle grossdeutschen und sogar mehrere nationalgesinnte Autoren führen als ein Hauptargument gegen den deutschen Einheitsstaat den Satz an, dass derselbe die localen Eigenthümlichkeiten Deutschlands vernichten würde. Diese Behauptung beruht zwar auf einer wahrhaft Carey'schen Verwirrung der Begriffe ²⁾, und auch Riehl übertreibt stark. Trotzdem ist es vollkommen richtig, dass Kapital, Bildung, technische Intelligenz und Geschicklichkeit, Steinkohlen, Eisen u. s. w. u. s. w. sowohl in Deutschland, als in allen anderen Ländern sehr ungleichförmig unter die einzelnen Gegenden vertheilt sind. Sowohl die Freihändler, als die Schutzzöllner haben diesen hochwichtigen Punkt ³⁾ oft ignorirt. Die Letzteren werden sich auch hüten, selbst auf diesen wunden Punkt ihrer Doctrin hinzuweisen. Wenn sich indess die Freihändler die Mühe nehmen würden, detaillirtes Material über diesen Gegenstand zu sammeln, so würde sich zeigen, dass die Schutz-

1) Dagegen war es sehr inconsequent, dass List die ungarische Schutzcollagitation gegen Oesterreich missbilligte, s. Kautz S. 737.

2) Vgl. meine Kritik der Parteien in Deutschland vom Standpunkte des Freist'schen Engl. Verf u Verw. R. Berlin, 1865, S. 331—340.

3) Schon die berühmte, von Tooke und Baring (Lord Ashburnton) verfasste Merchantpetition von 1820 hebt denselben hervor (s. Tooke-Asher 3d. I.). Vgl. Bastiat, Le libre échange, 26 und 63. Sehr inconsequent sind R. v. Mohl, Poliz. 1865, II, S. 356 und 360 u. A. Held, S. 156, 171 u. 172.

zöllner consequen
Dörfchen und S
chinesischen Zol
ja nach ihrer I
und Volkseinko
wie Schutzzölle
„nationales“ Sy
das Ideal der
wäre ²⁾, d. h. w
system und e
besässe, die so
halb der Sta
Schulze-De
Beide hätten
um Menschen
stutzen. Das
schichte verp
Die gr
bergs, die I
und Europa
aber es lie
Schutzzölln
die verhält
liger Weis
die ungehe
dischen C
doch nach

1)

2)

3)

Wagner,
oder man
was unmö

zöllner consequenter Weise verlangen müssten, dass das kleinste Dörfchen und Städtchen in mittelalterlicher Weise durch einen chinesischen Zollcordon abgesperrt würde. Die Kosten könnten ja nach ihrer Lehre kein Hinderniss sein, weil ja das Staats- und Volkseinkommen durch eine so „wohlthätige“ Massregel, wie Schutzzölle noch viel rascher steigen müssten ¹⁾. List's „nationales“ System würde nur dann einen Sinn haben, wenn das Ideal der vulgären Nationalitätsdoctrin realisirt worden wäre ²⁾, d. h. wenn jeder Staat ein in sich abgeschlossenes Flusssystem und eine Race, Sprache, Religion, Flora und Fauna besässe, die sonst nirgends in der Welt vorkämen, aber innerhalb der Staatsgränzen vollkommen homogen wären. Was Schulze-Delitzsch von Lassalle sagt, passt auch auf List. Beide hätten gleich bei der Schöpfung mit thätig sein müssen, um Menschen und Welt für ihre Ideen von Haus aus zuzustutzen. Das ist nicht geschehen, und so ist die ganze Geschichte verpfuscht!

Die grossdeutsch-demokratischen Schutzzöllner Württembergs, die Partei des „Beobachters“, wollen ganz Deutschland und Europa in Duodezrepubliken zerlegen. Dies ist Wahnsinn, aber es liegt Methode darin, die man bei den gemässigten Schutzzöllnern vergebens sucht ³⁾. Die letzteren wollen nur die verhältnissmässig wenigen Fabriken schützen, welche zufälliger Weise von ausländischer Concurrrenz „leiden“, und dabei die ungeheure Majorität der Fabriken, welche von der inländischen Concurrrenz „leiden“ ganz ohne Schutz lassen, während doch nach allen Statistikern in allen grösseren Ländern, selbst

1) Roscher, Grundriss S. 129, erkennt dies.

2) Vgl. Fröbel's Politik, 1864, Bd. II, S. 116.

3) Ganz analog ist die Inconsequenz der Gegner der Bankfreiheit, denen Wagner, Beiträge S. 127, mit Recht entgegnet: „Entweder lasse man Freiheit, oder man controlire auch die übrigen Creditformen [Wechsel, Anweisungen u. s. w.], was unmöglich ist.“

in England, der Umsatz des Binnenhandels den des auswärtigen Handels ungeheuer überwiegt. Nach Pitt war z. B. das Verhältniss in England wie 10 zu 1 ¹⁾.

Selbst innerhalb der einzelnen Ortschaften müssten die Schutzzöllner zünftlerische Schutzmassregeln gegen diejenigen Vorthelle verlangen, welche ein Producent durch sein grösseres Kapital, seine besondere Begabung, oder die günstige Lage seines Geschäftslocals u. s. w. geniesst.

Auch die russischen Schutzzöllner müssten folgerichtig die Wiederherstellung der Binnenzölle verlangen, obgleich natürlich keine heutige Regierung und am wenigsten eine so aufgeklärte und reformfreundliche Regierung, wie die russische, ein solches Verlangen erfüllen würde, das von der öffentlichen Meinung mit Recht als separatistisch bezeichnet werden würde.

Trotzdem klagten nach Mühlhausen ²⁾ viele schutzzöllnerisch gesinnte Tuch-, Metallwaaren und Papierfabrikanten über die 1850 erfolgte Aufhebung der Zolllinie gegen Polen. Diese Schutzzöllner hatten also so wenig Patriotismus, dass sie ein höchwichtiges Staatsinteresse, nämlich die Verschmelzung Polens mit dem übrigen Reiche, ihrem Egoismus opfern wollten, dessen Kurzsichtigkeit sich bald zeigte, indem die polnischen Fabriken den russischen schon wegen der schlechten Wege keinen Abbruch thaten, während die russischen Tuchfabriken, durch die polnische Concurrenz angespornt, grosse Fortschritte machten.

So ist der Patriotismus desjenigen Theiles der Schutzzollpartei beschaffen, welcher alle Freihändler, also auch Männer wie H. v. Treitschke und Katkow, des falschen Kosmopolitismus zu beschuldigen pflegt, während dieser Vorwurf doch nur auf den extremsten Theil der Manchesterpartei passt, und

1) S. Murhard, Pol. des Handels, I, S. 196, Roscher I, § 8, R. v. Mohl, II, S. 383 und Hausner's Vergl. Statistik, 1865.

2) O. c. 1866, S. 173.

die Freihandel
besteht (vgl. s
kannt, dass ei
und dass das
dem Staatswe
den Patriotis
aus ihren har
Sittlichkeit,
Staats. Der
sten Hebel
dazu bei, di
heiligen All
Lehre, dass
politischen
Mercantilis
zöllner con
Voltaire
ohne dass
Streitigkei
zöllner de
russischen
botene H
und sagt
für den

1)
1866 dati
Frieden u

2)
die russi
Ursachen

3)
losopher
richtet
schiede

die Freihandelspartei aus Männern aller politischen Richtungen besteht (vgl. § 5). Kein verständiger Freihändler hat je verkannt, dass ein Universalstaat stets eine Chimäre bleiben wird, und dass das Wohl und Wehe jedes Staatsbürgers gliedlich mit dem Staatswohl zusammenhängt. Es ist überhaupt thöricht, den Patriotismus, oder Egoismus der Einzelnen und der Völker aus ihren handelspolitischen Ansichten abzuleiten, statt aus ihrer Sittlichkeit, ihrer Intelligenz und dem Regierungssysteme des Staats. Der Freihandel ist aber allerdings einer der mächtigsten Hebel der Kulturfortschritte der Menschheit, er trägt viel dazu bei, die Völker der Erde mehr und mehr zu einer grossen heiligen Allianz zu vereinigen ¹⁾. Jeder Freihändler predigt die Lehre, dass die wohlverstandenen wirthschaftlichen und politischen Interessen der Völker harmonisch sind, während die Mercantilisten mit ihrer Handelsbilanztheorie und die Schutzzöllner consequenter Weise zu der blasphemischen Behauptung Voltaire's gelangen müssten, dass kein Land gewinnen könne, ohne dass ein anderes verliere. An wieviel Nationalvorurtheilen, Streitigkeiten und verheerenden Kriegen tragen nicht die Schutzzöllner den grössten Theil der Schuld! Noch 1854 beklagten die russischen Schutzzöllner die durch die Blokade der Küsten gebotene Herabsetzung der Zölle an der europäischen Landgränze, und sagten offen, dass nach List die Kriegszeit die beste Zeit für den inneren Handel sei (!) ²⁾ ³⁾.

1) Der Kaiser Alexander II. sagt sehr schön in seinem vom 17. August 1866 datirten Briefe an den Präs. d. V. Staaten: „die gütige Vorsehung will, dass Frieden und Einigkeit zwischen den Völkern herrschen.“

2) Mühlhausen, S. 174. Damit soll natürlich nicht gesagt werden, dass die russischen Schutzzöllner den Krymkrieg veranlasst haben, der aus ganz anderen Ursachen hervorging.

3) Roscher I, § 98 erkennt, dass nicht der Kosmopolitismus der Philosophen, sondern der Particularismus der Staaten Griechenland zu Grunde gerichtet hat, ähnlich wie der Particularismus der socialen Klassen und der verschiedenen Gegenden in Deutschland einst die Staatseinheit, die Staatsmacht und

Die Freihändler aller Völker sind daher principiell vollkommen einig, während die Schutzzollparteien aller Völker sich gegenseitig widersprechen. Thiers predigt z. B. den Russen den Freihandel ¹⁾, den das Mosk. Gutachten den Chinesen empfiehlt, während List ²⁾, ganz im Widerspruch mit seinen russischen Adepten, wechselseitigen Zollconcessionen der vier continentalen Grossmächte das Wort redet.

Ebenso uneinig sind auch die schutzzöllnerischen Vertreter verschiedener Industriezweige desselben Volkes. Ich meine den berühmten Streit über die Halbfabrikate ³⁾, den die Schutzolldoctrin gar nicht schlichten kann, weil es unmöglich ist, die volkswirthschaftliche Wichtigkeit eines Industriezweiges auf einen entsprechenden Zolldruck zu bringen. Jeder Industriezweig will in der Regel freie Einfuhr des Rohmaterials und der Halbfabrikate, die er braucht, und einen Schutzzoll für seine eigenen Ganzfabrikate, den der inländische Fabrikant von Halbfabrikaten ebenfalls beansprucht. Dieser Kampf, der sich hauptsächlich um Garn, ungedruckte Zeuge, rohe aus Erzen bereitete Metalle, Leder, Rohzucker u. s. w. dreht, wird in der Wirklichkeit nach dem Gutdünken der Regierung, oder nach der politischen Stärke der einzelnen Interessen entschieden.

Die wirthschaftliche Freiheit zerstört hat. Die Schutzzolldoctrin ist aber nichts anderes, als die unbewusste oder bewusste handelspolitische Erscheinungsform des Particularismus, vgl. Gneist, Adel, S. 96 und Bastiat passim.

1) Thiers sagte 1847 in der Kammer: „Chez les Russes la liberté du commerce est nécessaire pour échanger leurs produits avec avantage.“ (Bastiat, ph. éc. II, 15).

2) S. 448.

3) Vgl. Bastiat passim, J. G. Hoffmann's Lehre vom Gewerbebetriebe, S. 42, Rau II, § 213 a und die lange, auf Frankreich bezügliche Liste bei Lacroix, Geschichte des Handels, 1848, S. 172. Nach M. Chevalier in der Revue des deux mondes, 1856, Bd. XVI, S. 643, ist das Verhältniss der bei der Halb- und Ganzfabrikation beschäftigten Arbeiter: in der Tüllindustrie 1:12, in der Baumwollindustrie 1:8, 5... bis 10 und in der Eisenindustrie 1:50.

Diese B
auswärtiger M
fen, weil sie
Waaren sch
Verkehr ¹⁾.

temporär zu
quacksalberi
Gunsten Oe
wahre Hind
zwischen be
wirthschaftl
bisherigen

Auch
die trockner
Schutzzöll
Schutzzoll
sischen Se
Ausfuhr l
mit Balla

gens zum
lands seh
luminös
Herabset

Au
zöllen a
dischen
Gegens

1
Dönnig
2
Denksch

§ 14. Differenzialzölle.

Diese Begünstigungen und Benachtheiligungen einzelner auswärtiger Nationen werden heutzutage fast allgemein verworfen, weil sie das begünstigende Volk zwingen, die betreffenden Waaren schlechter, oder theurer zu kaufen, als beim freien Verkehr ¹⁾. Nur zu Retorsionszwecken sind die Differenzialzölle temporär zulässig (vgl. § 9). Viele Grossdeutsche verlangen quacksalberischer Weise Differenzialzölle des Zollvereins zu Gunsten Oesterreichs und übersehen dabei gänzlich, dass das wahre Hinderniss des Aufschwunges der Handelsbeziehungen zwischen beiden Theilen so zu sagen in der allgemeinen volkswirtschaftlich-politischen Diät Oesterreichs liegt, d. h. in seinem bisherigen Regierungssystem.

Auch die Differenzialzölle zu Gunsten des Imports über die trockene Gränze Russlands sind verwerflich. Die russischen Schutzzöllner heben mit Recht hervor, dass dieselben wie ein Schutzzoll des preussischen Seehandels zum Nachtheil des russischen Seeimports wirken ²⁾. Auch die russische Rhederei und Ausfuhr leiden dadurch, weil jetzt der grössere Theil der Schiffe mit Ballast kommt. Der letztgenannte Uebelstand rührt übrigens zum Theil auch davon her, dass die Ausfuhrartikel Russlands sehr voluminös und seine Einfuhrartikel sehr wenig voluminös sind. Schon aus diesem Grunde ist also eine starke Herabsetzung, oder besser die Aufhebung der Eisenzölle räthlich.

Auch Durchfuhrzölle können den Charakter von Schutzzöllen annehmen, wenn die betreffenden Waaren mit den inländischen in einem Hinterlande concurriren. Praktisch ist dieser Gegenstand übrigens von geringer Bedeutung, weil die Durch-

1) Smith IV, 6; W. Beer, Die Gefahren der Differenzialzölle, 1848 und Dönniges, Die Differenzialzollfrage, 1848.

2) Vgl. das Mosk. Gut. S. XXXVIII, das Rigasche Gut., die Berliner Denkschr. S. 32 und die Köln. Ztg. 1865, N. 173.

rzölle mit Recht fast überall abgeschafft, oder auf eine ganz geringe Controlgebühr reducirt sind ¹⁾).

Ebenso verwerflich sind die jetzt fast überall abgeschafften Ausfuhrzölle, mögen dieselben nun als Schutzzölle wirken ²⁾, oder nicht. Auch Ausfuhrzölle auf Düngmaterialien und Lumen machen davon keine Ausnahme, denn alle Ausfuhrzölle haben nur die Wirkung, zum Schaden der Volks- und Weltwirthschaft die Production des betreffenden Artikels einzuränken. Liebig rath mit Recht den inländischen Landwirthen und Papierfabrikanten, die Ausfuhr jener Waaren nur dadurch zu verhindern, dass sie dieselben selbst aufkaufen. Jene Schutzzölle lehren übrigens, dass nur das wohlverstandene, nicht auch das kurzsichtig-egoistisch aufgefasste Interesse der Consumenten mit dem Freihandel zusammenfällt. Auch das englische Maschinenausfuhrverbot war verwerflich, indem es der Weltwirthschaft, also indirect auch England, und ganz direct den englischen Consumenten ausländischer Urproducte und Rohstoffe schadete (s. § 18).

Ausfuhrprämien sind ebenfalls absurd, schon wegen der heimlichen Wiedereinfuhr, obgleich noch heute in England einige Ausfuhrprämien existiren ³⁾).

§ 15. Rückzölle und Exportbonificationen.

Rückzölle, d. h. die volle, oder theilweise Erstattung des Wertes eines als Ganzfabrikat wieder ausgeführten ausländischen Rohfabrikats sind verwerflich ⁴⁾, sowohl wegen des unvermeidlichen Unterschleifs und der Unzweckmässigkeit eines Zolles auf Rohfabrikate, als aus den oben (§ 9) gegen die zweite Smith'sche

1) Vgl. Rau II, § 310, 311 und III § 457.

2) Vgl. Rau III, § 454—456.

3) S. Smith IV, 5, List S. 434 und Rau II, § 299.

4) Vgl. Rau II, § 299 und 307, List S. 435 und Smith IV, 4.

Ausnahme von
selbe gilt von
ficationen m
angeführte Gr
in England s
fahung Engl
häfen und Fr

List ²⁾

noch in der
Schutzzölle
der Zunahme
nischen Ge
Nation stei
Kapitale, d
geist im I
Verhältnis
Ueberschü
arbeiten i
einen Se
Gesetzge
fuhrzölle
Kapitalie
ferner m
einer In
erweckt
Schutzz
die Sch
Kapita

Grundri

Ausnahme von der Handelsfreiheit angeführten Gründen. Dasselbe gilt von Rückaccisen, die man gewöhnlich Exportbonifikationen nennt. Der von Smith zu Gunsten der Rückzölle angeführte Grund, dass ohne dieselben die betreffenden Waaren in England selten eingeführt worden wären, ist durch die Erfahrung Englands und anderer Länder widerlegt worden. Freihäfen und Freilager sind dagegen nützliche Einrichtungen ¹⁾.

§ 16. Die Höhe der Schutzzölle.

List ²⁾ sagt: „Ist die zu beschützende Manufacturkraft noch in der ersten Periode ihrer Entwicklung, so müssen die Schutzzölle sehr gemässigt sein, sie dürfen nur allmählig mit der Zunahme der geistigen und materiellen Kapitale, der technischen Geschicklichkeiten und des Unternehmungsgeistes der Nation steigen“ und zwar „in dem Verhältniss, in welchem die Kapitale, die Gewerbsgeschicklichkeit und der Unternehmungsgeist im Inneren wachsen, oder von aussen zufließen, in dem Verhältniss, in welchem die Nation ihre früher exportirten Ueberschüsse an Rohstoffen und Urproducten selbst zu verarbeiten im Stande ist.“ List verwickelt sich hier abermals in einen Selbstwiderspruch, denn ohne Prophetengabe kann der Gesetzgeber, der nach List die Scala der steigenden Einfuhrzölle voraus bestimmen soll, das erwähnte Wachsen der Kapitalien u. s. w. doch nicht voraus wissen. Da der Staat ferner nach List die ersten, d. h. die schwierigsten Anfänge einer Industrie mit niedrigen Schutzzöllen hervorrufen kann, so erweckt er selbst die Vermuthung, dass man auch ganz ohne Schutzzölle auskommen könne. Jedenfalls wäre es aber thöricht, die Schutzzölle zu erhöhen, wenn bei niedrigen Schutzzöllen die Kapitalien u. s. w. schon rasch wachsen und zufließen.

1) Vgl. Rau II, § 308 u. 309, das Mosk. Gut. S. XXXVII u. Roscher, Grundriss S. 131.

2) S. 261, 432, 433 und 26.

Besonderen Schutz verlangt List¹⁾, von seinem Standpunkte aus mit Recht, für die wichtigsten Industriezweige, wie die Wollen-, Baumwollen- und Leinenindustrie und den geringsten Schutz für Luxusartikel. Mit Ausnahme der grossen deutschen Gegner des preussisch-französischen Handelsvertrages, theilen fast alle Schutzzöllner diese Ansicht, darunter auch Carey. Schutzzölle auf Luxuswaaren sind die allerunvernünftigste Art der Schutzzölle. Die Luxusgewerbe, welche in der Regel nur gesteigerte Geschicklichkeit der Arbeiter erfordern, sind volkswirtschaftlich von geringer Bedeutung und zum Theil sogar schädlich. Ueberdies werden Schutzzölle grade bei diesen Artikeln durch Einschmuggeln am leichtesten umgangen, so dass der Grund von selbst wegfällt, dass man die Reichen durch solche Schutzzölle besteuern müsse, was vielmehr durch Finanzzölle auf diese Artikel geschehen müsste.

Ueber die numerische Höhe der Schutzzölle lehrt List²⁾: „Im Allgemeinen dürfte anzunehmen sein, dass da, wo eine Gewerbsindustrie bei einem anfänglichen Schutze von 0—60% nicht aufkommen und bei einem fortgesetzten Schutze von 20—30% sich nicht auf die Dauer behaupten kann, die Grundbedingungen der Manufacturkraft fehlen.“ (Vgl. § 25).

Rau³⁾ entgegnet hierauf treffend: „Die Prämie, für welche der Schmuggler eine Waare hereinbringt, ist das wahre Maxi-

1) S. 259 und 434.

2) S. 433.

3) Archiv, Bd. V, S. 383. L. Stein, System I, 549 will 12—15% und ausserdem noch einen Finanzausgleichszoll. Der österreichisch-englische Handelsvertrag von 1865 setzte 25% als Maximum fest. Oslander, Der Handelsverkehr I, S. 61, theilt Rau's Ansicht über die Schmugglerprämie, verlangt aber II, S. 158 u. 224 15—20% als Maximum. Bastiat, Soph. éc. Introd., schlägt für Frankreich vor, dass die Gegenstände der ersten Nothwendigkeit einen Werthzoll von 5% zahlen sollen, die Gegenstände der Bequemlichkeit (convenance) 10% und Luxusgegenstände 15—20% (!). Alle drei Sätze sind zu hoch, besonders aber der dritte und der erste (vgl. oben § 25). An einer anderen Stelle (II, 11) schlägt Bastiat für alle aus- und eingeführten Waaren, auch für Rohstoffe, 5% vor und übersieht dabei sowohl die Schädlichkeit von Ausfuhrzöllen, als den Polk'schen Satz (§ 1).

mum des Sch
Käufer, ohne
rend ein glei
währte.“ Ra
ximum eines
rechnung der
zolles¹⁾ dar
Werthe der
des Rohstoff
ben vom Zo
Artikels an
Schutz anze
feinen Sorte
zöllner beha
genannten
den Hambu
Werthzölle

1) Vgl.
übersieht, da
abziehen muss

2) D
fast jeder ein
meist sehr bi
facturwaaren
bezieht, die
ben der rus
näher, als
hierauf mit
der Eingang
rechnen. I
nach den e
Werthzölle
Wollenwaar
waaren 25
115 (z L.
113 und 1
82, Rauch
Man sieht

mum des Schutzes, nicht der Tarifsatz, und sie belästigt die Käufer, ohne zu einer nützlichen Verwendung zu dienen, während ein gleich hoher Zoll wenigstens eine Staatseinnahme gewährte.“ Rau stellt daher im Allgemeinen 10—15% als Maximum eines Schutzzolles auf. (Vgl. oben § 5). Bei der Berechnung der Höhe eines als Gewichtszoll angelegten Schutzzolles ¹⁾ darf man natürlich nicht einfach die Procente vom Werthe der Waare berechnen, sondern man muss den Werth des Rohstoffs und Halbfabrikats abziehen und die Zölle derselben vom Zolle, und dann kommt es noch auf die Natur des Artikels an, ob der Quotient einen grösseren, oder geringeren Schutz anzeigt, d. h. es müssen die ordinären, mittleren und feinen Sorten wohl unterschieden werden. Die russischen Schutzzöllner behaupten z. B., dass die Berliner Denkschrift den letztgenannten Umstand nicht berücksichtigt habe, indem sie nach den Hamburger Waarenpreisen die russischen Gewichtszölle auf Werthzölle reducirt ²⁾.

1) Vgl. Faucher's Viertelj. 1863, Bd. III, S. 209. Selbst Czoernig übersieht, dass man bei den Staatsmonopolen ganz ähnlich den Preis der Waare abziehen muss, da er keine Steuer ist.

2) Das Rig. Gut. sagt z. B.: „die Denkschrift übersieht, dass Hamburg fast jeder einheimischen Industrie entbehrt, daher auch die schweren, ordinären, meist sehr billigen Manufacte einführt, während Russland von den meisten Manufacturwaaren vorzugsweise die leichten und feinen Qualitäten aus dem Auslande bezieht, die geringeren Qualitäten aber selbst producirt. Die betreffenden Angaben der russischen Handelsstatistik kommen mithin der Wahrheit jedenfalls viel näher, als die Angaben der Denkschrift.“ Die Nat.-Ztg. 1866, Nr. 38 entgegnet hierauf mit Recht, dass die amtlichen russischen Preise keineswegs die Preise an der Eingangsstation zur Basis haben, sondern auch schon die Gebühren hinzurechnen. Der Economist, 1866, Nr. 74 (und die Allg. Ztg. 1866, Nr. 131) berechnen nach den englischen Waarenpreisen für folgende Waaren die beigesetzten russischen Werthzölle: für Baumwollgewebe 60 (58), gedruckte Baumwollwaaren 73 (86), Wollenwaaren, Kleider 56 (92), Peterhams 43, unvermischte Stoffe 73, Leinenwaaren 25 (12,5), roher Zucker 88 (zu Lande 103, zur See 185), raffinirter Zucker 115 (z. L. 102, z. S. 127), Thee 105 (schwarzer z. L. 80, z. S. 92, andere Sorten 113 und 122), Salz 500 (!), Kaffee 97 (z. L. 41, z. S. 43), Tabak 76% (in Blättern 82, Rauchtabak 210). Die eingeklammerten Zahlen sind die der Berl. Denkschr. Man sieht, dass beide Berechnungen stark abweichen.

§ 17. Gewichts- und Werthzölle.

Die neuere Theorie und Praxis, auch List, Carey und die russischen Schutzzöllner, verwerfen fast ausnahmslos mit Recht die Werthzölle, die nur von den grossdeutschen Vertheidigern der Luxusgewerbe, z. B. von Schöffle und von Hock (s. oben § 16), und von Osiander ¹⁾ empfohlen werden. List behauptet dagegen, dass die Engländer deshalb für Werthzölle in ausländischen Staaten seien, weil Zolldefraudationen dann leichter seien. In England wurden 1853 viele Werthzölle in Gewichtszölle umgewandelt, die im englisch-französischen Handelsvertrage von 1860 verabredeten Umwandlung der übrigen englischen Werthzölle wurde indess später aufgegeben. Der Zollverein verliess das Werthzollsystem 1838. Frankreich und Belgien halten noch an demselben fest.

§ 18. Die Dauer der Schutzzölle.

Die gemässigten Schutzzöllner geben keinen bestimmten Termin für dieselbe an, während einige Sisyphesten (oben § 12) ewige Schutzzölle verlangen, vgl. § 19 und 25.

1) Graf Cancrin, Die Oek. S. 239, Schipow in der Samml. d. F.-M. 1865, H. 9, S. 67, das Mosk. Gut. S. XXXVI und das Rig. Gut.

2) Beleuchtung, S. 21 und 75. Osiander vertheidigt ebenfalls Luxus-
zölle. Auch Mühlhausen betrachtet die Werthzölle als die beste, aber sehr schwer ausführbare Form der Zölle.

Die

§ 1

Obgle

hoc alle v

den Schut

können ¹⁾,

und imme

ten. Ein

Wunder,

massregel

und der

Zöglinge

normalen

wisses A

den Sch

föhrbar,

1)

Zahl von

übersehe

den, s. 1

2

pläne an

Zweiter Abschnitt.

Die Wirkungen der Schutzzölle.

§ 19. Die Schutzzölle und die Consumenten.

Obgleich die Schutzzöllner mit einem post hoc, ergo propter hoc alle wirthschaftlichen Fortschritte eines Schutzzolllandes den Schutzzöllen zuschreiben und nicht genug davon reden können ¹⁾, so dementiren sie sich doch selbst, indem sie immer und immer noch nicht reif zur Handelsfreiheit zu sein behaupten. Ein solcher Erfolg des Schutzsystems ist auch gar kein Wunder, wenn man bedenkt, dass Schutzzölle eine Erziehungsmassregel sind, deren Plan sich nicht voraus feststellen lässt und der überdies von der Trägheit und Gewinnsucht vieler Zöglinge mitbestimmt wird, wie z. B. in Frankreich. In allen normalen Fällen hat ein Erzieher, oder Almosengeber ein gewisses Aufsichtsrecht ²⁾ über den Fleiss seiner Zöglinge. Bei den Schutzzöllen ist dasselbe dagegen praktisch kaum durchführbar, und es würde auch gar nicht den Beifall der Zöglinge

1) Die russischen Schutzzöllner berufen sich z. B. auch auf die grosse Zahl von Preismedaillen, welche russische Aussteller 1862 in London erhielten und übersehen dabei, dass dort auch viele Preismedaillen für Rohstoffe vertheilt wurden, s. Hausner, o. c.

2) Selbst die Socialisten erkennen dies an, so verrückt ihre Organisationspläne auch sind.

halten, die meist nur Schutzzollrechte beanspruchen, aber hinsichtlich ihrer Pflichten dem laissez faire huldigen. Schon in der Landwirthschaft ist das obrigkeitliche Taxationssystem der Hypotheken ¹⁾ äusserst schwierig durchzuführen, die Bevormundung jedes Unternehmers, der eine geschützte Fabrik anlegen will, wäre indess nur in einer socialistischen Patriarchie ²⁾ möglich. Wenn dagegen ein Staat tüchtige Techniker besitzt und die sog. Administrativjustiz den ordentlichen Gerichten und einem tüchtigen Staatsrath überwiesen ist, so hat der Staat das Recht und die Pflicht, die Einführung bewährter neuer Maschinen und Productionsmethoden den technisch zurückgebliebenen geschützten Fabriken anzubefehlen. Fehlt dem Besitzer das nöthige Kapital dazu, so muss er die Fabrik verkaufen, oder eingehen lassen.

Die Erfahrung aller Schutzzollländer zeigt aber, dass in Folge der Schutzzölle viele Fabriken ³⁾ an ungünstigen Orten, mit hochverzinslichem geborgtem Kapital, mit schlechten Maschinen ⁴⁾ angelegt werden und mit schlechtem Rohmaterial ⁵⁾ arbeiten, und dass diese Treibhauspflanzen überdies wegen der technischen Unkenntniss des Unternehmers häufig nachlässigen Verwaltungen überlassen werden müssen; wenn es auch natürlich

1) S. Roscher II, § 131.

2) Marlo, o. c. II, 1, S. 435 sagt daher nicht ganz mit Unrecht: „Das Protectionssystem ist und bleibt eine socialistische Massregel, die ihre Bedeutung als Bestandtheil einer neuen, von der liberalen gänzlich verschiedenen socialen Ordnung gewinnt.“ Vgl. die oben § 4 citirten Abh. von Bastiat.

3) Vgl. Tengoborski II, S. 229, III, S. 43, 97, II, S. 201.

4) Vgl. Tengoborski III, S. 180, 194, 219, II, 334, M. Chevalier der Revue d. d. m. S. 622 und Examen du système protecteur, 1852, S. 398, Hipow a. a. O. über die russische Leinenindustrie und Rau, Archiv V, S. 367, 380 und 383.

5) Vgl. über die russische Wolle und Seide Tengoborski I, S. 472, S. 361, 406, III, 13 und das Mosk. Gut. S. 295. Die russischen Tuch- und Seidenfabrikanten sollten Coalitionen bilden und ihren Lieferanten erklären, dass sie so lange ausländisches Rohmaterial beziehen würden, bis jene Mängel abgeheilt seien.

in allen Sc
Theil glänz
Die Häufig
allgemeiner
land giebt
und geleit
blieben na
gegen and
Fabriken,
groben Le
dagegen t
die französ
hibitiver
zelnen U
wenig, o
folgt, da
geschützt
ist. Der
und schl
Reingew
ungeheu
kommt
Schutzz
Opfern
aus der
nichts
Specul
import
Zucker
nach
Kapita

in allen Schutzzollländern mehr, oder minder zahlreiche, zum Theil glänzende Ausnahmen von dieser Regel gab und giebt. Die Häufigkeit dieser Ausnahmen hängt hauptsächlich von der allgemeinen und technischen Bildung des Volkes ab. In Russland giebt es z. B. verhältnissmässig vielmehr schlecht angelegte und geleitete Fabriken, als im Zollverein. Auch in England blieben nach Huskisson die Wollen- und Seidenfabriken ¹⁾ gegen andere, vom Verbotssystem weit weniger begünstigte Fabriken, z. B. gegen die Kattunfabriken, zurück. Die deutschen groben Leinenwaaren, Baumwoll- und Wollenwaaren werden dagegen trotz der Schutzzölle ausgeführt. Dasselbe erreichten die französischen und Wiener Shawlfabrikanten trotz fast prohibitiver Schutzzölle ²⁾. Die so sehr verschiedene Lage der einzelnen Unternehmer wird gewöhnlich, selbst von Bastiat, wenig, oder garnicht beachtet, obgleich aus jenen Erfahrungen folgt, dass das übliche Geschrei über zu hohe Gewinnste der geschützten Fabrikanten in jenen zahlreichen Fällen unbegründet ist. Der grosse Verlust, den die Consumenten durch theuere und schlechte Waaren leiden, ist nur zum kleinsten Theil ein Reingewinn solcher Unternehmer und zum grössten Theil eine ungeheure Kapitalvergeudung, die keinen Menschen zu Gute kommt ³⁾, mag der Staat nun diese Fabriken bei der nächsten Schutzzollherabsetzung preisgeben, oder mit noch grösseren Opfern Decennien lang erhalten. Die Schutzzöllner kommen aus dem Dilemma nicht heraus, dass niedrige Erziehungszölle nichts helfen, und hohe Erziehungszölle zu solchen verfehlten Speculationen führen.

1) Vgl. den Report of the select committee of the House of Commons on import duties, 1840 und Rau II, § 209.

2) Hermann, a. a. O. S. 520.

3) Prince-Smith, Ueber Handelsfeindseligkeiten, 1843, S. 71 sagt: „Die Zucker-, Baumwollenwaaren-, Eisen- und Tuchfabrikanten [des Zollvereins] vernichten nach der mässigsten Berechnung 30 M. Th. jährlich, oder $\frac{1}{3}$ des angewandten Kapitals.“

Die Schutzzöllner, z. B. List, nehmen von solchen That-
 chen gewöhnlich gar keine Notiz, sondern sie setzen, trotz
 der sonstigen Geringschätzung der deductiven Methode, a priori
 voraus, dass die innere Concurrenz und vorausbestimmte Herab-
 setzungen der Schutzzölle genügen würden, um die Industrie
 vor Stagnation und Uebervortheilung der Consumenten zu be-
 wahren. Die innere Concurrenz hat indess erfahrungsmässig
 jene Uebelstände nicht verhütet. In Frankreich verbanden
 sich vielmehr die geschützten Fabrikanten zu förmlichen Coa-
 litionen, um technische Verbesserungen nur nach ihrem Gut-
 finden einzuführen und den Consumenten die Preise vorzu-
 schreiben. Reingewinne von 40% waren daher gar nicht selten,
 die von einem dieser Herren selbst als „unverschämt“ bezeich-
 net wurden ¹⁾. Auch das zweite Argument List's ist nicht
 haltbar, denn das Schutzsystem ging fast überall aus dem Pro-
 hibitivsystem hervor, welches Jahrhunderte lang fast unange-
 tastet geherrscht hatte. Auch bei der Abschaffung der Schutz-
 zölle sind vorausbestimmte Zollherabsetzungen selten vorgekom-
 men. Dieselben sind auch garnicht empfehlenswerth, sie haben
 vielmehr eine ganz analoge Wirkung, wie jene absurde Vorschrift
 der Dritteldeckung bei den Zettelbanken: das vorgeschriebene
 Minimum der Leistung wird nämlich in der Regel zum Maximum,
 und bei den Schutzzöllen wird selbst das Minimum nicht immer
 eingehalten, weil die Schutzzöllner sich gewöhnlich darauf ver-
 lassen, dass der Staat ihnen, schon aus Rücksicht auf ihre Ka-
 talien und Arbeiter, immer neue Termine bewilligen werde.
 Eine Garantie der Stetigkeit der Gesetzgebung liegt überdies
 jenem Vorschlage nicht, denn der absolute, oder constitutionelle
 Gesetzgeber kann ja den Termin wieder verändern. Die einzig

1) Vgl. M. Chevalier in der Revue d. d. m. S. 623 und 626, J. S. Mill
 u. Carey, Die Grundlagen der Socialwiss. Bd. I, 1863, S. 566 und Roscher I,
 113. Auch in Russland ist die innere Concurrenz schwach, weil man mit Leich-
 tigkeit 8–10% von seinem Kapital ziehen kann (Tengoborski III, S. 97).

wahre Garan-
 Staatsrathe
 Gneist's.
 wenn der
 kleinen Jah

Einer
 tectionisten
 die Schutzz
 bringen, au
 Uebel, wel
 Masse des
 welchen d
 Auch die
 system di
 Ländern
 Retorsion
 zweige le
 einige Ell
 zerischen
 sischen
 Waaren
 sischer
 aus Rus
 des Seg
 systems
 darin ⁴⁾
 dort ka

ne voit
 dass m
 kleiner

wahre Garantie jener Stetigkeit liegt in einem wohlbesetzten Staatsrathe im Sinne Smith's, des Freiherrn v. Stein und Gneist's. Nur dann ist jener Vorschlag List's zweckmässig, wenn der Staat die angekündigte Schutzzollherabsetzung in kleinen Jahresquoten vornimmt.

Einer der wirksamsten Fehl- und Trugschlüsse der Protectionisten besteht in der Nichtbeachtung der Wahrheit, dass die Schutzzölle das wenige Gute, welches sie einzelnen Individuen bringen, auf einem Punkte concentriren, während sie das grosse Uebel, welches sie der Volkswirthschaft zufügen, auf die ganze Masse des Volkes vertheilen ¹⁾. Man denke z. B. an den Schaden, welchen der Zuckerschutzzoll der Rhederei Deutschlands zufügt. Auch die englischen Enquêtes zeigten, dass durch das Verbotssystem die Ausfuhr englischer Waaren nach den betreffenden Ländern einigermassen vermindert wurde, und dass dieselben Retorsionsmassregeln ergriffen und sich auf solche Industriezweige legten, die früher England eigen waren. Als Frankreich einige Elberfelder Waaren verboten hatte, verdrängten die schweizerischen und Elberfelder wohlfeilen Seidenwaaren die französischen von fremden Märkten. Seit Russland die deutschen Waaren prohibirt, entschlägt sich auch Deutschland vieler russischer Waaren. Namentlich zieht es nicht mehr so viel Juften aus Russland, sondern bereitet sie selber ²⁾. Auch die Ausfuhr des Segeltuches und der Leinwand nahm in Folge des Verbotsystems bedeutend ab ³⁾. Der Grund dieser Erscheinungen liegt darin ⁴⁾, dass ein Volk unter übrigens gleichen Umständen lieber dort kauft, wo es mit einem Kapital zwei Geschäfte machen

1) Vgl. Bastiat passim, besonders seine Abh.: *Ce qu'on voit et ce qu'on ne voit pas*. Die Vertheidiger der Latifundien übersehen ganz ähnlicher Weise, dass man auf zu grossen Gütern die fehlende Bevölkerung nicht sieht, auf zu kleinen hingegen die dürftige sieht (Bülau).

2) Osiander II, S. 5, Schön, o. c. S. 256.

3) Mühlhausen, S. 172.

4) Tengoborski, IV, S. 3.

ann, weil die Bezahlung mit Waaren bequemer ist, als mit Vechseln. Ueberdies braucht es seine Schiffe nicht mehr mit Ballast hinschicken und gewinnt so an der Fracht.

Auch die inländischen Urproducenten, Kaufleute und nicht-geschützten Industriellen leiden durch die Schutzzölle, welche von Prince-Smith treffend Theuerungszölle genannt werden, indem die Consumenten nun weniger Geld zum Einkauf anderer inländischer Waaren übrig behalten. Die Schutzzölle erzeugen eben eine künstliche Theuerung fast aller Waaren, indem fast jede geschützte Waare direct, oder indirect ein Factor des Kostenpreises fast aller übrigen Waaren ist.

§ 20. Die Schutzzölle und der Ackerbau.

Auch die Ausfuhr der Urproducte, z. B. des Getreides, des Holzes, der Wolle, des Talges, des Leders, der Leinwand, des Lanfes und anderer russischer Waaren leidet durch die Schutzzölle ¹⁾ aus den oben (§ 19) angegebenen Gründen.

Da die moderne Industrie sich nur an verhältnissmässig wenigen Punkten zu concentriren pflegt, so gewinnen trotz der Eisenbahnen nur verhältnissmässig wenige Landwirthe durch die Schutzzölle ²⁾, während sie und die übrigen Landwirthe in ihrer Eigenschaft als Consumenten und Exporteure verlieren. In einem grösseren Lande können überdies die Gränz-, Meer- und Flussanwohner ihr Getreide oft vortheilhafter ins Ausland verkaufen, als nach entfernteren, oder gebirgigen inländischen Gegenden. Auch Carey's Gerede von der Transportsteuer ist nicht stichhaltig. Er versteht darunter das Plus, welches dem Landwirthe der Transport seiner Rohproducte und der von ihm gekauften Industrieproducte nach und von einem entfern-

1) Mühlhausen a. a. O., Tengoborski IV, S. 5 und 6.

2) Mothes, der Ackerbau und die Schutzzölle, 1848, und Bastiat, Le

teren Markt
Wahrheit,
theil der Pr
es den Pro
jener Koste
standtheil
die Landwi
Transportk
Tuch, ausz
aber versch
übersieht.
Ackerbau
sitze der
andere Gr
Die
erschöpft
Staaten
könnte, s
Nicht Sch
netz sind
mangel
und die
Theil d
Bei gu
Gesetz
eine en
völker
Länder
libre é
Schutzz

teren Märkte kostet. Carey verkennet gänzlich die triviale Wahrheit, dass die Transportkosten eben einfach ein Bestandtheil der Produktionskosten und des Marktpreises sind, und dass es den Producenten und Consumenten auf den Gesamtbetrag jener Kosten und jenes Preises, nicht auf einen einzelnen Bestandtheil derselben ankommt. Gewiss ist es vortheilhaft für die Landwirthe, ihren Getreideüberschuss virtualiter mit kleineren Transportkosten in der Form von Manufacturwaaren, z. B. von Tuch, auszuführen ¹⁾, — die Schutzzölle und die Industrie sind aber verschiedene Dinge, was Carey hier zum tausendsten Mal übersieht. Trotz des Schutzsystems ist z. B. in Russland der Ackerbau der Gouvernements Moskau und Wladimir, der Hauptsitze der Industrie, wenig vorgeschritten, was freilich auch andere Gründe hat ²⁾.

Die Einwände, dass der Boden durch die Handelsfreiheit erschöpft werde, und dass es den vorzugsweise ackerbauenden Staaten in Folge dessen an Absatz für ihre Producte fehlen könnte, sind bereits oben § 2, 11, 19 und 20 widerlegt worden. Nicht Schutzzölle, sondern ein dichtes Strassen- und Eisenbahnnetz sind nöthig, um den gleichzeitigen Kornüberfluss und Kornmangel der einzelnen russischen Gouvernements auszugleichen und die Getreideausfuhr, welche jetzt nur einen unbedeutenden Theil der inneren Consumption ausmacht, zu verzehnfachen ³⁾. Bei guten Transportmitteln muss nach dem Malthusischen Gesetz jede Steigerung der russischen Getreideproduction sofort eine entsprechende in- und ausländische Vermehrung der Bevölkerung und der Nachfrage hervorrufen. Die Ausfuhr eines Landes hängt von den Produktionskosten, einschliesslich der

libre échange, 7 u. 8. Dabei ist noch zu beachten, dass die Industrie ohne Schutzzölle viel kräftiger aufgeblüht wäre.

1) Smith III, 3.

2) Tengoborski II, S. 190.

3) Vgl. Tengoborski IV, S. 257.

Transportkosten, von der Concurrenz anderer Länder und von der Nachfrage ab, aber nicht von Schutzzöllen, die vielmehr, wie gesagt, die Ausfuhr vermindern.

Das Carey'sche Märchen, dass England, als überwiegende Industriemacht, bei voller Handelsfreiheit die übrigen Völker sich gegenüber in die Lage des platten Landes gegenüber einer grossen Fabrik- und Handelsstadt versetzen würde, wird schon durch die Hume'sche Wanderungstendenz der Industrie (oben 7) widerlegt. Der Gipfel der Absurdität ist aber die mercantilistische Befürchtung, dass ein Volk von einem anderen in allen Productionszweigen unterboten werden könnte, denn alle seine Bedürfnisse von Fremden erhalten, hiesse nur sie alle geschenkt erhalten ¹⁾.

§ 21. Die Schutzzölle und der Zollertrag.

Jeder Schutzzoll hat zunächst die Aufgabe, die Einfuhr schuttpflichtiger Waaren zu beschränken, d. h. mit anderen Worten den Zollertrag zu schmälern. Diese sonnenklare Wahrheit wird trotzdem von einigen Schutzzöllnern geleugnet, ja sie behaupten sogar, dass beim Schutzsystem der Zollertrag grösser sei, als beim Finanzzollsystem, was nur ausnahmsweise durch störende Einflüsse geschehen kann, die mit der Handelspolitik nichts zu thun haben, wenn ein solcher Fall überhaupt einmal vorkommt.

Der Schmuggel an der preussischen und österreichischen Gränze Russlands ist bekanntlich ungeheuer ²⁾. Die Nat.-Ztg. (1866, Nr. 102 u. 116) und die Allg. Ztg. (1866, Nr. 74) gaben, wahrscheinlich nach den Büchern der preussischen Schmuggel-securanzcomptoire, an, dass an einem Drittel der preussisch-

1) Roscher I, § 200, Bastiat, Le libre échange, 37.

2) S. Mitchell's Denkschrift und die Sammlung d. F.-M. 1865, H. 11, 155—157.

russischen Gr
1860 11,510,0
N.-Ztg. schät
schen Gränze
nur 27 Mill.
abgingen. I
Verlust des
der Zollbetra
mark gab s
Jan. 1867 3
Der Schmug
gegen den be
currenz der
Bei einem
gemässigten
vollständig
Schmuggel
des Zollbe
förmliche
Nachbarsta
wirksamer
tigen Gr
dringends
ein solche
schutzzöll
strie dur
Bei
Mittelpre
zollten V
1)
Vorschlag
kanten be
2)
3)

russischen Gränze der Schmuggel der russischen Staatskasse 1860 11,510,000 und 1861 10,490,000 Rbl. entzogen hat. Die N.-Ztg. schätzt daher den Schmuggel an der ganzen europäischen Gränze auf 33 Mill. Rbl., während 1866 der Zollertrag nur 27 Mill. Rbl. betrug, wovon 8,5 Mill. für Erhebungskosten abgingen. Ein Petersburger Nationalökonom meint, dass der Verlust des Staats durch den Schmuggel mehr als die Hälfte der Zollbetrages ausmacht (N.-Ztg. 1867, Nr. 37), und Graf Bismark gab sogar im preussischen Abgeordnetenhouse am 13./25. Jan. 1867 36 Mill. Rbl. an, d. h. 56,2⁰/₀ des Deficits von 1866. Der Schmuggel demoralisirt ¹⁾ überdies weit hinaus die Gränzgegenden beider Staaten, weil die redlichen Kaufleute die Concurrenz der geschmuggelten Waaren nicht aushalten können. Bei einem rationellen Finanzzollsysteme, ja selbst bei einem gemässigten Schutz Zollsysteme, würde dagegen der Schmuggel vollständig wegfallen, wenn kein Zoll höher wäre, als die Schmuggelprämie (vgl. oben § 5 und 16). Der grösste Theil des Zollbeamtenheeres und viele den Handel belästigende Zollförmlichkeiten würden dann wegfallen können, besonders da der Nachbarstaat als Aequivalent für ein solches System stets einen wirksamen Zollcartell und eine Zusammenlegung der beiderseitigen Gränzzollämter zugestehen wird. Es liegt daher im dringendsten Interesse der russischen Finanzen, dass Russland ein solches System adoptirt, von dem Rau trotz seines gemässigt schutzzöllnerischen Standpunktes anerkannt, dass es der Industrie durchaus nicht schaden würde.

Bei starkem und regelmässigem Schmuggel bildet sich ein Mittelpreis zwischen den Preisen der geschmuggelten und der verzollten Waaren ²⁾. Hiernach ist die Ansicht Schipow's ³⁾ zu

1) Auch die Zollbeamten werden von den Schmugglern bestochen. Der Vorschlag des Mosk. Gut., den Zollämtern Bevollmächtigte der geschützten Fabrikanten beizugeben, würde zu Missbräuchen der entgegengesetzten Art führen.

2) Hermann, Staatsw. Unt. S. 83 ff.

3) Samml. d. F.-M. 1865, H. 9, S. 65.

berichtigen, dass sich der Preis der geschmuggelten Waaren nur nach dem Preisunterschiede auf beiden Seiten der Gränze und nicht nach dem Zolle richte. Auch die Mitchell'sche Denkschrift giebt an, dass z. B. die russischen Tuchfabrikanten durch den Schmuggel gezwungen werden, billiger zu verkaufen, als sie ohne denselben verkaufen würden.

§ 22. Die Schutzzölle und die Geschichte.

Auch die Schutzzöllner, z. B. Knies, gestehen heutzutage in der Regel zu, dass List's bekanntes Stufenschema eine Chimäre ist ¹⁾ (vgl. oben § 6). Die übrigen historischen „Beweise“ der Schutzzöllner sind ebenso wenig stichhaltig. Sie pflegen Pelagianischer Weise grosses Gewicht darauf zu legen, dass das Schutzsystem, welches sie überdies bei dieser Gelegenheit mit dem von ihnen selbst verworfenen Prohibitivsystem verwechseln, eine so lange Dauer und so weite Verbreitung bei den modernen Völkern gehabt habe, während doch das vox populi, vox Dei ²⁾ ein durchaus unzulässiger Massstab für die Beurtheilung der Vernünftigkeit einer Institution ist. Es ist allerdings richtig, dass gerade die grössten englischen Fürsten Eduard I., III., Heinrich VIII. und die Königin Elisabeth ³⁾ Schutzzölle eingeführt haben, andererseits ist es indess eine bekannte Thatsache, dass selbst die grössten Denker sich von den Irrthümern ihrer Zeit nicht ganz emancipiren können. Man denke z. B. nur an Luther's Ansichten über den Wucher. Es ist ferner zu-

1) R. v. Mohl, Poliz. II, S. 375 nennt es dagegen unwiderleglich.

2) Vgl die lange Liste altersgrauer Absurditäten und Unsittlichkeiten, welche der Deutschamerikaner Lieber (On civil liberty and selfgovernment, 1838) gegen dies Sophisma ins Feld führt. Schon Phokion fragte bestürzt seine Freunde, ob er denn eine Dummheit gesagt habe, als das Volk von Athen diesem Staatsmanne einst Beifall klatschte.

3) Nicht jene Schutzzölle, sondern die gleichzeitige Berufung und Einwanderung flandrischer Industrieller hatten eine günstige Wirkung auf die englische Industrie.

zugeben, da
dienstvolle
beibehalten
Patriotische
schiedene
z. B. aus f
Die Protec
einigen F
den ist.
deren ganz
tigen Entw
teten z. B.
der Inquis
Wunden v
bequemer,
Toleranz u
Den franz
sich ferner
der Regier
Englands
auf fremd
noch grei
Auch in
Kammern
Wer

systems
nur in w
der Indu

1)
der Heyd

2)
und Portug

3)

zugeben, dass ausgezeichnete, in anderen Beziehungen sehr verdienstvolle Finanzminister ¹⁾ das Schutzsystem eingeführt, oder beibehalten haben. Dies hebt aber das eben Bemerkte nicht auf. Patriotische Absichten und richtige Ansichten sind sehr verschiedene Dinge. Gerade die besten römischen Kaiser waren z. B. aus falschem Pflichtgefühl die eifrigsten Christenverfolger. Die Protectionisten verkennen ferner, dass das Schutzsystem in einigen Fällen aus ganz anderen Motiven eingeführt worden ist. Die spanischen mercantilistischen Staatsmänner, deren ganzes System auf Niederhaltung der freien und allseitigen Entwicklung der Volkskräfte gerichtet war, betrachteten z. B. die Schutzzölle als ein Wunderelixir, um alle von der Inquisition ²⁾ u. s. w. der Volkswirthschaft geschlagenen Wunden wieder zu heilen. Aehnlich war es in Oesterreich viel bequemer, das Schutzsystem beizubehalten, als durch religiöse Toleranz u. s. w. fremde Arbeiter und Kapitalien herbeizuziehen. Den französischen ultracentralistischen Staatsmännern empfahl sich ferner das Schutzsystem schon dadurch, dass es die Macht der Regierung ungeheuer erhöhte, und in der Parteiregierung Englands war es den Parlamentsmitgliedern sehr bequem, sich auf fremde Kosten den Ruf eines gewiegten Staatsmannes, oder noch greifbarere Zeichen der Erkenntlichkeit zu verschaffen ³⁾. Auch in Frankreich hat noch Bastiat die schutzzöllnerische Kammermajorität den grössten Theil der Presse bestochen.

Wenn man das Gewicht aller jener Ursachen des Schutzsystems bedenkt, so wird man es ganz natürlich finden, dass nur in wenigen Fällen für eine freihändlerische Entwicklung der Industrie Raum übrig blieb. Dass eine solche indess mög-

1) Wie Colbert, Graf Cancrin, der Freiherr v. Bruck, Baron von der Heydt u. A.

2) Es ist unglaublich, aber wahr, dass das Rig. Gut. behauptet, Spanien und Portugal seien durch Handelsverträge mit England arm geworden!

3) Vgl. Smith IV, 2.

ch ist, beweisen das Aufblühen der schweizerischen Industrie ¹⁾. Insbesondere der Baumwollenindustrie, der russischen Maschinenindustrie ²⁾ u. s. w. Die Gründe, welche List ³⁾ anführt, um das Beispiel der Schweiz zu entkräften, nämlich dass dieselbe keine grosse Nation bilde, kein Küstengebiet habe, dass die Abgaben dort gering seien, dass die Lage des Landes günstig sei, und dass diese Industrie (auch die Baumwollenindustrie?) eine Luxusindustrie sei, — passen sämmtlich nicht auf die ungehützte russische Maschinenindustrie und auf die sich um Schutzzölle garnicht kümmernde russische Hausindustrie.

Alle s. g. historischen Beweise der Schutzzöllner sind nach dem Schema der Fehlschlüsse *post hoc, oder cum hoc, ergo propter hoc* gearbeitet ⁴⁾. Die meisten Schutzzöllner, z. B. Carey, schliessen stereotyp: das und das Volk hat Schutzzölle gehabt und seine Industrie ist aufgeblüht, folglich ist diese Blüthe die Folge der Schutzzölle, und das und das Volk hat keine, oder zu niedrige Schutzzölle gehabt, und bei ihm sind die und die Uebel vorgekommen, folglich ist der Freihandel daran schuld. Mit dieser Logik kann man die grössten Absurditäten beweisen, z. B. dass alle Sünden und Fehlgriffe der Menschen und alle Verheerungen durch Naturkräfte zum heutigen Wohlstande dieser, oder jener Nation beigetragen haben (vgl. oben S. 12). Carey leitet z. B. die französische Finanznoth, welche eine Hauptursache der französischen Revolution war, einfach aus dem Edenvertrage von 1786 ab. Aehnlich nennt Carey ⁵⁾ den Frieden von 1815 ein grösseres Unglück, als den Krieg, weil jener der Continentsperre ein Ende machte. Ein deut-

1) S. Rau's Archiv, V, S. 407, Cherbuliez's Rede auf dem Brüsseler Freihandelscongresse von 1856, Baer, Die Industrie der Schweiz, 1859, Em-
minghaus, Die schweiz. Volksw. I. II, 1859 u. Schöffle (Tüb. Z. 1864, S. 478)

2) S. Butowski's Nat.-Oek. II, S. 370 (russisch).

3) S. 442.

4) Vgl. Bastiat, Soph. éc. II, 8.

5) Lehrb. d. Volksw., deutsch von Adler, S. 263 und 294.

scher Freihand
gezahlt, indem
propter hoc für
rufene Baumw
phantastischer
nämlich den I
sociale Ersche
Medicin gilt ei
Universalrece
Erscheinung
wickeltste Na

Die Sch
länder, welc
ihrer indust
ihrer Grösse
der Benutzu
haben aller
diese Ansch
um auf die
lich nicht
ihnen unbe
Leser Bu c
bin, wird z
werflichkei

1) V
vier Arten de
2) S.

scher Freihändler hat den Schutzzöllnern mit gleicher Münze gezahlt, indem er sie allen Ernstes mit einem *post hoc, ergo propter hoc* für die durch den amerikanischen Krieg hervorgerufene Baumwollennoth verantwortlich machte. Carey kennt phantastischer Weise nur zwei Ursachen socialer Vorgänge, nämlich den Freihandel und die Schutzzölle, während doch jede sociale Erscheinung tausend Ursachen ¹⁾ hat. Schon in der Medicin gilt ein Arzt mit Recht für einen Barnum, der nur ein Universalrecept für alle Krankheiten hat. Die einfachste sociale Erscheinung ist aber hundert Mal verwickelter, als die verwickeltste Naturerscheinung.

Die Schutzzöllner, z. B. List, behaupten oft, dass die Engländer, welche selbst hauptsächlich durch die Schutzzölle zu ihrer industriellen Blüthe gelangt seien ²⁾, jetzt diese Staffel ihrer Grösse absichtlich verläumdten, um andere Nationen von der Benutzung desselben Weges abzuhalten. Die Engländer haben allerdings hundert Mal ärgere Dinge begangen, aber diese Anschuldigung List's duftet zu sehr nach der Lampe, um auf die Manchestermänner zu passen, deren Art es wahrlich nicht ist, über eingebildete relative Berechtigungen einer ihnen unbequemen Institution zu grübeln. Kein unbefangener Leser Buckle's, dessen entschiedenster Gegner ich übrigens bin, wird z. B. leugnen, dass Buckle fest an die absolute Verwerflichkeit der Schutzzölle glaubt.

1) Vgl. Wagner's Art. „Statistik“ im D. Staatsw. Bd. X. über die vier Arten der statistischen Induction.

2) S. dagegen oben § 19 und Rau, Archiv S. 391.

Dritter Abschnitt.

Die Aufhebung der Schutzzölle.

§ 23. Die relative Berechtigung der Erhaltungszölle.

„Wir alle ohne Ausnahme sind Freihändler, aber wir Alle sind nicht Freihändler ohne Ausnahme.“

Gladstone (Hamburger Corresp. 1860, Nr. 157).

Schon A. Smith erkennt die relative Berechtigung der Erhaltungszölle an, und von der anderen Seite giebt kein Geringerer, als Hermann ¹⁾ zu, dass die Gründe für Erhaltungszölle „nicht auch ebenso überzeugend sind“, wenn es sich um Erziehungszölle handelt. Es ist eine falsche Consequenzmacherei, wenn die Manchestermänner ²⁾ behaupten, dass jeder Gegner aller Er-

1) In den Münch. gel. Anz. S. 550. Vgl. auch Cancrin's Tagebuch, Bd. I, S. 61.

2) Trotzdem hat Cobden für seine, 1862 gegründete algierische Baumwollen-, Land- und Ueberrieselungsgesellschaft von der französischen Regierung Ausfuhrprämien, zehnjährige Steuerfreiheit und Zollfreiheit für die eingeführten Maschinen angenommen. Die Prämien werden nach Cobden's Berechnung binnen Kurzem das ganze Anlagekapital ersetzen (!). Die Gesellschaft zahlt ihren Actionären sofort Zinsen. (L. Bucher, Die Lond. Industrieausst. von 1862, 1863 S. 155). Dieser Schutzzoll war natürlich durchaus verwerflich, schon wegen des voraussichtlich nahen Endes des amerikanischen Krieges und der bekannten Mängel der ultracentralistischen französischen Kolonialpolitik. Aehnlich sagte P. J. Stahlberg, einer der Verf. der Berliner Denkschrift, in einer Vertheidigung öffentlicher, aus Staatsmitteln begründeter Freilager (entrepôts réels): „Wollen Sie einer volkswirtschaftlichen Theorie zu Liebe, welche lehrt, dass jede Anlage sich selbst

ziehungs
fordern
plötzliche
vollkom
qualitati
handelt,
nämlich
zu lasse
allmählig
frorener
Hunger
sche un
sicht e
z. B. u
gewähr
unvollk
als ein
denke
Logari
D
in der
eine K
reif se
einer
und w
lich b
die zw
erhalter
Deutsc
faire,
anzuerl
sind, d
und da

ziehungszölle die plötzliche Aufhebung aller Erhaltungszölle fordern müsse. Der Vergleich mit der allerdings zweckmässigen plötzlichen Einführung neuer Maschinen ¹⁾ passt nicht. Ein unvollkommenes Werkzeug und eine complicirte Maschine sind qualitativ verschiedene Dinge, während es sich hier nur darum handelt, einen schon bestehenden Einfluss auf die Industrie, nämlich die ausländische Concurrenz, stärker als bisher wirken zu lassen, ähnlich wie der Arzt einen chirurgischen Verband allmählig abnimmt und einem Halbverhungerten, oder Halberfrorenen Nahrung, oder Wärme nur vorsichtig zuführt, obgleich Hunger und Kälte absolute Uebel sind. Auch manche politische und religiöse Reformen müssen ja mit der grössten Vorsicht eingeführt werden: Wilhelm III. von England war es z. B. unmöglich, mit einem Schlage volle Religionsfreiheit zu gewähren. Auch in der Mathematik ist es ja räthlicher, ein unvollkommenes, aber fast beendiges Verfahren fortzusetzen, als ein vollkommeneres ganz von Neuem zu beginnen. Man denke z. B. an eine verwickelte Multiplication ohne und mit Logarithmen.

Die relative Berechtigung der Erhaltungszölle liegt eben in der so sehr verschiedenen Lage der einzelnen Unternehmer: eine Klasse von Fabriken desselben Industriezweiges wird stets reif sein für die volle Handelsfreiheit, während andere noch einer kürzeren, oder längeren Dauer des Zollschatzes bedürfen, und wieder andere nie concurrenzfähig werden können. Natürlich braucht der Staat bei Schutzzollherabsetzungen nur auf die zweite Klasse von Fabriken Rücksicht zu nehmen.

erhalten muss — — Ihre reellen Interessen aufgeben — — ?“ (Verh. des dritten Deutschen Handelstages, 1865 S. 108). Richtiger wäre es gewesen, das *laissez faire*, die Manchesterliche Carricatur wahrer wirthschaftlicher Freiheit, garnicht anzuerkennen und zu sagen, dass Entrepôts eine jener gemeinnützigen Anstalten sind, die das Privatinteresse oft wegen mangelnder Kostendeckung nicht errichtet, und dass Smith mit Recht für solche Fälle die Staatshülfe vertheidigt.

1) Dict. de l'éc. pol. Art. „Liberté du commerce.“

Navigationen acten können mit einem Mal aufgehoben werden, weil concurrenzunfähige Schiffe Mobilien sind, die leicht an Ausländer verkauft werden können.

§ 24. Enquêtes. Ueberflüssige Erhaltungszölle.

Handelspolitische Enquêtes haben die Aufgabe, die erwähnten Verhältnisse, die Höhe der Schmugglerprämien und dergl. zu constatiren. Trotz des Missbrauches, der von den französischen Schutzzöllnern mit Enquêtes getrieben worden ist, sind alle Verständigen darüber einig, dass eine gute Gesetzgebung auf keinem Gebiete des Staatslebens ohne gründliche Enquêtes möglich ist, wie solche z. B. in England der Aufhebung der Schutzzölle und der Navigationsacte vorangingen. Die Hinzuziehung aller Sachverständiger, auch der Zollbeamten, Kaufleute, Consumenten und nationalökonomischen Fachmänner ist dabei selbstverständlich. Dagegen war es ein grosser Fehler, dass bei der Abschliessung des preussisch-französischen Handelsvertrages solche Untersuchungen unterlassen worden sind. Dadurch ist es gekommen, dass einige, nach dem eigenen Geständniss der geschützten Fabrikanten überflüssige Schutzzölle unberührt geblieben sind ¹⁾. Auch in anderen Ländern kommen noch überflüssige und übertrieben hohe Erhaltungszölle vor, z. B. die deutschen und belgischen Tuchsutzzölle ²⁾. Fast die ganze französische Industrie brauchte schon 1856 keine Schutzzölle mehr, weil sie schon damals grosse Waarenmengen exportirte und seit dem Vertrage von 1860 noch mehr exportirt ³⁾. Auch die russischen Seidenzeuge werden stark exportirt und nach Mitchell in Südeuropa oft als Lyoner Waaren verkauft.

1) Schöffle in der D. Viertelj. a. a. O.

2) Rau, II, § 208 (a).

3) M. Chevalier in der Revue d. d. m. S. 621, 625, 629, Samml. d. F.-M. 1866, H. 10, S. 97.

Fal
in der K
krieg de
fahrun
nutzen.
Idées Na
klärte z
ihr Gew
delsfrei
werth,
nahme
wider d
ähnlich
zöllner
die Ve

die Bo
nalen
Knie
die si
hoheit
zollhe
„Tout
mann
Wilh
klage
ich d

dustrie

Falsche, oder bona fide irrende Zeugen widersprechen sich in der Regel. Diese alte, noch neuerdings durch den Bürgerkrieg der Carey'schen und List'schen Schule illustrierte Erfahrung müssen die Freihändler bei den Enquêtes gehörig ausnutzen. *Divide et impera*, oder wie Napoleon III. in seinen *Idées Napoléoniennes* sagt: *l'un après l'autre!* Huskisson erklärte z. B. im Parlament, dass die Fabrikanten, welche er über ihr Gewerbe vernommen, im Allgemeinen erklärt haben, Handelsfreiheit sei im höchsten Grade für das Staatswohl wünschenswerth, aber ihr besonderer Industriezweig erheische eine Ausnahme ¹⁾. Auch Herr von Kerstorff, der bekannte Agitator wider den preussisch-französischen Handelsvertrag, machte eine ähnliche Erfahrung, als er 1862 eine Anzahl auserlesener Schutzzöllner nach Frankfurt a. M. berief. Wie weiland Bileam, segnete die Versammlung Dasjenige, was sie verfluchen sollte.

§ 25. Die Aufhebung der Erhaltungszölle.

Der extreme, egoistische Theil der Schutzzollpartei, der die Besteuerung des Volkes zum Besten einer Klasse mit nationalen Phrasen verkleidet, und den M. Chevalier, Schöffle, Knies u. A. mit den mittelalterlichen Feudalherren vergleichen, die sich Partikel der Souveränität, darunter auch der Finanzhoheit des Staats, angemasst hatten, — pflegt bei jeder Schutzzollherabsetzung mit jenen preussischen Feudalen zu klagen: „*Tout le pays sera ruiné!*“ Hierauf hat ein umsichtiger Staatsmann nur eine Antwort, nämlich diejenige, welche Friedrich Wilhelm I. jenen, über ihre Heranziehung zur Grundsteuer klagenden Frondeurs gab: *Nihil credo*, aber das *credo*, dass ich das nie *poswolam* der Junker ruiniren und die *souverainité*

1) In der Regel pflegen indess die Schutzzöllner den Schutz aller Industriezweige zu verlangen.

wie einen rocher de bronze stabiliren werde ¹⁾. Durch das regelmässige Fehlschlagen ihrer schrecklichen Prophezeiungen haben sich die extremen Schutzzöllner fast um allen Credit bei den Regierungen und bei der öffentlichen Meinung gebracht. Bei der Gründung des Zollvereins, bei dem französisch-englischen und französisch-preussischen Handelsvertrage und bei unzähligen anderen Zollreformen erhielten die schutzzöllnerischen Behauptungen solche Dementis von der Erfahrung ²⁾. Auch in Russland klagten die Schutzzöllner, als 1854 die Zölle an der Landgränze ermässigt wurden. Ebenso klagten die Tuchexporteure und die Eisen- und Baumwollenindustriellen, als 1861 das Verbot der Theeeinfuhr zur See aufgehoben und 1857 die Eisen- und Baumwollschutzzölle herabgesetzt wurden, — alle diese Klagen erwiesen sich aber als grundlos ³⁾. Die Protectionisten übersehen schon den wichtigen Umstand, dass jede Verminderung eines Schutzzolles in den Kassen der Consumenten einen entsprechenden Betrag disponibel macht, den sie gewöhnlich zum Ankauf derselben und anderer inländischer Industrieproducte verwenden ⁴⁾.

Der Massstab der Herabsetzung der Schutzzölle ⁵⁾ lässt

1) Bei dem oben Gesagten verkenne ich natürlich nicht im Mindesten, dass eine tüchtige Geistes- und Ehrenamtsaristokratie ein unentbehrliches Element jeder gesunden absoluten, constitutionellen und republikanischen Verfassung ist, und dass die Fabrikaristokraten, Männer wie Peel, Gladstone u. A., ein integrierender Theil der Aristokratie sind. Vgl. Gneist und meine oben § 13 citirte Schrift passim.

2) Rau, II, § 209 (i), oben § 11 u. § 24 ²⁾ u. Bastiat, Soph. éc. II, 17.

3) Oben § 13 und Mühlhausen S. 174 ff. Auch die Herabsetzung der österreichischen Eisenzölle (1852) wirkte nach Hock wohlthätig.

4) Bastiat, Soph. éc. I, 2 u. II, 17. Er sagt mit Recht, der Freihandel sei ein solcher Kampf, in welchem für einen schwächlichen gefallenen Krieger sofort zwei lebensfrische Krieger auferstehen.

5) Die Berl. Denkschr. schlägt S. 26 25% als Maximum für die russischen Schutzzölle vor, während die englischen Handelskammern (bei Mitchell) und A. Gling, der Director der Petersburger Tüllfabrik, 20—25% vorschlagen (Samml. d. F.-M. 1865, H. 12, S. 227).

sich nicht
bedürftig
chenden
§ 21 erw
in klein
keine S
angelegt
gleitet,
ein gros
zu ande
Arbeite
folgte I
Soldate
gegang
sphäre
leicht
Leicht
Baum
kampf
zollhe
Methu
an. S
suiten
jenes
angele
Straf
ihrer
Frem
Schu

sich nicht aus dem Wesen der Sache ableiten, weil die Schutzbedürftigkeit sich nicht einmal annähernd auf einen entsprechenden Zolldruck bringen lässt. Wenn indess das oben § 21 erwähnte System bereits adoptirt ist, so hat die allmälige, in kleinen Jahresquoten erfolgende Aufhebung der Schutzzölle keine Schwierigkeiten mehr. Selbst das Eingehen der schlecht angelegten Fabriken ist nicht von so grossen Nachtheilen begleitet, wie die Schutzzöllner gewöhnlich annehmen, denn ein grosser Theil des stehenden und umlaufenden Kapitals kann zu anderen Zwecken verwandt werden. Dasselbe gilt von den Arbeitern. Bereits A. Smith ¹⁾ hebt hervor, dass die 1763 erfolgte Entlassung von hunderttausend englischen Matrosen und Soldaten ohne merkliche Störung der Volkswirtschaft vorübergegangen ist. Ein Volk, welches an die erfrischende Atmosphäre der wirtschaftlichen Freiheit gewöhnt ist, findet sich leicht in neue Verhältnisse. Die Schweizer gehen z. B. mit Leichtigkeit von der Leinen- zur Seiden- und von dieser zur Baumwollenindustrie über, während in Deutschland der Todeskampf der Handleinspinnerei noch immer fort dauert ²⁾.

Als Beispiele für die angeblichen Gefahren einer Schutzzollherabsetzung führen die Protectionisten gewöhnlich den Methuenfall (oben § 6) und die Aufhebung der Continentsperre an. Sie vergessen dabei gänzlich, dass schon die damalige Jesuitenherrschaft über Portugal hinreicht, um die Beweiskraft jenes Falles zu entkräften, und dass nach 1815 nur schlecht angelegte Fabriken des Continents untergingen, zur gerechten Strafe für die Indolenz und die unpatriotische Kurzsichtigkeit ihrer Unternehmer, welche an eine ewige Dauer der Napoleonischen Fremdherrschaft geglaubt hatten. Die übrigen Fälle, welche die Schutzzöllner anführen, sind nichtssagende Beweise à la Carey.

1) IV, 2.

2) Baer, o. c. S. 223.

Es ist selbstverständlich, dass der Staat aus Humanitätsrücksichten den von der ausländischen Concurrenz momentan leidenden, oder zur Ergreifung eines anderen Gewerbes gezwungenen Fabrikanten und Arbeitern mit Unterstützungen beistehen kann und soll ¹⁾. Eine Rechtspflicht dieser Art liegt dem Staate jedoch durchaus nicht ob. Eine solche kann nur behauptet werden, wenn man wie Prince-Smith ²⁾ zwei ganz verschiedene Fälle verwechselt, nämlich die Aufhebung gewerblicher Realrechte und die Aufhebung der Schutzzölle. Bei jener ist der Staat allerdings zu einer Entschädigung verpflichtet, weil die Käufer von Realrechten nur dem Willen des Staats gehorcht haben. Sie hatten eben durchaus keine andere Möglichkeit, das betreffende Gewerbe im Inlande zu betreiben, und hätte X das Realrecht nicht gekauft, so hätte Y es kaufen müssen. Der Staat zwingt dagegen Niemand, eine geschützte Fabrik anzulegen, noch weniger zwingt er aber Jemand, sie schlecht anzulegen und schlecht zu leiten. Ein Mensch, der eine landwirthschaftliche Unterstützung, oder eine Börse, oder eine Lehranstalt des Staats schlecht benutzt hat und etwa bankrott wird, müsste nach jener Theorie auch einen Anspruch auf eine Staatsentschädigung haben. Der Staat soll also nach Prince-Smith die mühevoll erworbenen Ersparnisse der Steuerzahler als Prämien an die Indolenz und Ungeschicklichkeit vertheilen. Dies erinnert geradezu an die Aufhebung des geschäftlichen Risico durch Herrn Lassalle ³⁾. Prince-Smith und sein ungenannter Nachbeter in der Rigaschen Zeitung a. a. O. sind auch die beiden einzigen Autoren, die je auf diese absurde Idee gekommen sind.

1) Bastiat, Soph. éc. II, 6.

2) O. c. S. 71 und 82. Prince-Smith behauptet auch (S. 55 u. 82), dass die inländische Concurrenz den Gewinn der geschützten Fabrikanten auf den Gewinn anderer Gewerbe herabdrücke, und dass „selbst eine geringe Verminderung des Eingangszolles sie ruiniren wird“ (!!), siehe dagegen oben § 19.

3) Vgl. die gleichnamige Broschüre von Schulze-Delitzsch u. Mohl's Poliz. II, S. 285.

Di
dient d
Manche
über G
schen
kann z
dass H
einen
Schutz
Industr
verlang
der all
erwäge
deutsche
feindl
besteh
nirten
Tabak
bis 18
über
Manch
wurde
lonien
dem
dieser
Aus
Schlu
seien
dass
sten

Die allmälige Aufhebung der englischen Schutzzölle verdient das ungemischte Lob nicht, welches ihr die deutschen Manchestermänner in der Regel spenden, während sie List über Gebühr tadeln und als einen Vertreter der handelspolitischen Reaction, oder wenigstens Stagnation schildern. Niemand kann z. B. durch jene Phrasen auf die Vermuthung kommen, dass Huskisson 1825 das Verbot fremder Seidenwaaren durch einen Zoll von 30 % ersetzte, d. h. durch das Maximum des Schutzes, den List für einen seit längerer Zeit bestehenden Industriezweig verlangt! Für die deutsche Baumwollspinnerei verlangte List sogar nur einen bis 15 % steigenden Schutzzoll, der allmähig auf 10 und 5 % sinken sollte. Dabei ist noch zu erwägen, dass die englische Industrie damals im Ganzen der deutschen überlegen war, dass England seit Jahrhunderten von feindlichen Heeren verschont geblieben war u. s. w. Noch heute bestehen in England Schutzzölle auf Getreide, Hopfen, raffinirten Zucker, auf Bretter und auf verarbeiteten Tabak. Der Tabakzoll ist noch sehr bedeutend und der Getreidezoll betrug bis 1864 2 % ¹⁾. Auch die Privilegien des Mutterlandes gegenüber den Kolonien bestehen noch fort, obgleich sie von der Manchesterpartei mit Recht bekämpft werden ²⁾. Erst 1865 wurde z. B. der Zollverein im Verkehr mit den britischen Kolonien nicht nur der meistbegünstigten Nation, sondern selbst dem Mutterlande gleichgestellt, ein Zugeständniss, welches in dieser Ausdehnung bisher keinem Lande gemacht wurde. Aus diesen Thatsachen darf natürlich nicht der anglomane Schluss gezogen werden, dass Schutzzölle doch etwas Gutes seien, sondern nur der bereits anderweitig feststehende Schluss, dass in England selbst die nothwendigsten Reformen die schwersten Kämpfe zu bestehen haben, wenn ihnen mächtige Klassen-

1) Vocke, o. c. S. 326 und 352.

2) Vgl, Cobden's Bradford's Rede bei Bastiat, Cobden et la ligue.

interessen und Vorurtheile entgegenstehen. Gneist ¹⁾ rechnet das „überwuchernde System von Schutzzöllen und indirecten Steuern“ mit Recht zu den schlimmen Folgen der Parteiregierung.

§ 26. Handelsverträge.

Der Umstand, dass die fortschreitende Aufhebung der Schutzzölle noch immer in der Regel auf dem Wege internationaler Verträge erfolgt, zeigt, dass schutzzöllnerische Vorurtheile noch immer sehr mächtig sind. Jede Herabsetzung eines Schutzzolles wird noch immer von Vielen als ein Opfer angesehen, welches der Staat den Ausländern bringt und das durch eine Gegenconcession aufgewogen werden muss, während doch alle gemässigten Schutzzöllner, wie z. B. List und Roscher, zugeben, dass jeder Schutzzoll Opfer kostet. Folglich ist jede Aufhebung eines Schutzzolles, wenn sie ohne beträchtlichen Schaden für die Industrie erfolgt, ein reiner Gewinn für das Volk, wenn es natürlich auch noch vortheilhafter ist, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, d. h. für die eigene Zollreduction auch eine ausländische Zollreduction zu erhalten. Diese einfachen Sätze wurden noch 1862 von vielen Gegnern des preussisch-französischen Handelsvertrages übersehen ²⁾.

§ 27. Volkswirtschaftliche und finanzielle Reformen, die in Russland mit der Aufhebung der Schutzzölle Hand in Hand gehen müssen.

„Es giebt wohl kaum eine mögliche Verbesserung menschlicher Angelegenheiten, die nicht unter anderen wohlthätigen Folgen direct, oder indirect eine günstige Wirksamkeit auf die Productivität der Industrie hätte.“

J. S. Mill, Pol. Ec. V, 10, 1.

Ein näheres Eingehen auf diesen Gegenstand, über den ich im Laufe der nächsten Jahre zu schreiben gedenke, gehört

1) Das engl. Verf. R. II, S. 397.

2) Vgl. dagegen Rau, II, § 210 (a), Mohl, II, S. 398 u. 401 u. Rentzsch's Handw. S. 451 und 452.

natürlich
sung a
De
gemach
sterblich
dankba
wird,
König,
gründe
million

D
liegt e
und C
sischer
heben
Fortda
auslän
Trägh
Folge
an Co
mange

gen m
in Ru

russisc
schaft

Baron

gegen

überse

der Sta
Lehrb.

natürlich nicht hierher, sondern nur eine beispielsweise Hinweisung auf die wichtigsten dieser Reformen.

Der grösste handelspolitische Fortschritt ¹⁾, den Russland je gemacht hat, ist — die Aufhebung der Leibeigenschaft, das unsterbliche Verdienst Alexander's des Befreiers, dem die dankbare Nachwelt gewiss den Beinamen des Grossen verleihen wird, denn er hat Grösseres geleistet, als jener makedonische König, der mit dem Schwerte ein ephemeres Reich im Osten gründete, — er hat mit dem Schwerte des Geistes ein Achtzig-millionenreich dauernd der Kultur und Humanität gewonnen.

Der Schwerpunkt der russischen Finanz- und Handelsfrage liegt eben in der Frage, auf welche Weise man die Steuer- und Consumtionsfähigkeit und den Bedürfnissmassstab der russischen Bauern, d. h. der ungeheueren Majorität der Bevölkerung, heben kann. Wenn dies gelingt, so würde sich, selbst bei der Fortdauer des gegenwärtigen Tarifs, die Consumption der in- und ausländischen Industrieproducte verzehnfachen. Die bisherige Trägheit und Bedürfnisslosigkeit des russischen Bauern ist eine Folge der Leibeigenschaft, der Feldgemeinschaft, des Mangels an Communicationsmitteln und Bildung, der Trunksucht, des mangelhaften Steuersystems u. s. w. In allen diesen Beziehungen muss Wandel geschafft werden, wenn Handel und Wandel in Russland gedeihen sollen.

Eine der wichtigsten Ursachen des schlechten Standes der russischen Staats- und Volkswirthschaft ist die Feldgemeinschaft der Bauern. Ich will hier nicht die bekannten, vom Baron Nikolaus von Bistram ²⁾ sehr gut resumirten Gründe gegen dies Institut wiederholen, sondern nur auf den häufig übersehenen ungeheueren Schaden hinweisen, welchen der auf

1) Vgl. die Berl. Denkschr. S. 22.

2) In seiner trefflichen Dorpater Preisschrift über „die rechtliche Natur der Stadt- und Landgemeinde.“ St. Petersburg, 1866. S. 60—68. Vgl. Carey, Lehrb. S. 312.

diese Weise künstlich hervorgerufene Mangel an Arbeitern den Gutsbesitzern, den Fabrikanten und der ganzen Volkswirthschaft zufügt. Auch die wichtige politische Seite der Frage verdient Beachtung. Die Erfahrung hat gezeigt, dass dies halb-socialistische Institut eine der wichtigsten Ursachen war, welche zwar nicht die Bauern, aber einige unreife Halbgebildete zur Giftpflanze des Nihilismus geführt haben. Eine rasche, obligatorische ¹⁾ Aufhebung der Feldgemeinschaft ist daher dringend vom Staatsinteresse geboten.

Ebenso nothwendig ist die consequente Durchführung der wirthschaftlichen Freiheit, zu der natürlich auch die vollständige Emancipation der Juden ²⁾ gehört, und eine durchgreifende Reform des Steuerwesens ³⁾. Es kommt dabei zunächst darauf an, die Kopfsteuer und alle Steuerfreiheiten abzuschaffen und ein tüchtiges Communalsteuersystem einzuführen ⁴⁾. Communalsteuern müssen nach Gneist überwiegend Grundsteuern sein, und umgekehrt, deshalb ist der Grundbesitz höchstens bis zur Hälfte seiner ohnehin viel geringeren Steuerkraft zur Staatsgrundsteuer heranzuziehen. Grade für Länder wie Russland ist ein tüchtiges Selfgovernment im Sinne A. Smith's, des Freiherrn v. Stein und Gneist's besonders wohlthätig ⁵⁾. Der Letztere

1) Vgl. Hanssen's Bemerkung bei Roscher II, § 78 ⁴⁾.

2) Die Rigasche Zeitung ist eine eifrige Vorkämpferin dieser Reform, welche wegen des Einflusses der europäischen Börsen- und Zeitungsjuden auch dem Credit Russlands sehr nützlich sein würde. Mit Ausnahme der Schutzzoll- und Papiergeldfrage vertritt diese Zeitung überhaupt gesunde wirthschaftliche Grundsätze.

3) Vgl. die Berichte der Allerhöchst bestätigten Steuerreformcommission (14 B. 1860—66) Bd. IV, Th. I, H. 2, S. 35 und Bd. X, Th. I, S. 10

4) Vgl. die treffliche Abh. von Woronzow-Weljaminow im Russki Westnik, April 1863 und Baron Bistram. Beide Autoren sind Gneistianer.

5) Vgl. Smith V, 1, 3, 1 am Schluss, Korsak's Bemerkung in seiner Uebers. von Kolb's Statistik, die Aufsätze von Wüsiniski und Kapnist über Gneist's Werk im R. Westnik, 1858, Bd. XIV und 1863, Bd. XLVIII, die Uebersetzung der Gneist'schen Abh. über das Repräs.-Syst. in England (daselbst 1865 Juni und August) und viele Artikel der Moskauschen Zeitung. Auch Bluntschli

definirt
meinden
höheren
meisten
in merce
letzter
friedigt
Ricard
durch R
sind ab
valente
ungerec
befreien
In ein
nicht
noch
Müssi
arbeit
Ehren
fleckt

(incon
werde
die m
Erleic

Gesch.
schrift,
Charak
englisch
Frankr
die a. F

1865,

definirt dasselbe als „die Verwaltung der Kreise und Ortsgemeinden nach den Gesetzen des Landes durch Ehrenämter der höheren und Mittelstände mittels Communal-Grundsteuern.“ Die meisten Nationalökonomien und die Pseudoliberalen verkennen in mercantilistischer Weise, dass die Bedürfnisse des Staats in letzter Instanz nie durch Geld, sondern nur durch Arbeit befriedigt werden können. Selbst die aufgespeicherte Arbeit, die Ricardo mit Recht Kapital nennt, behauptet ihr Dasein nur durch Reproduction, d. h. durch neue Arbeit (J. S. Mill). Steuern sind aber begrifflich, wie historisch nichts Anderes, als Aequivalente für persönliche Dienste, folglich ist es genau ebenso ungerecht, leistungsfähige Staatsbürger von Ehrenämtern zu befreien¹⁾, als es ungerecht ist, sie von Steuern zu befreien. In einem wohlregierten Staate erhalten übrigens die Bürger nicht bloß für ihre Steuern, sondern auch für ihre Ehrenarbeit noch werthvollere Gegenleistungen. Durch Ehrenämter wird Müßiggang verhütet und ein Theil der Arbeitszeit productiv arbeitender Menschen noch productiver verwendet, denn ohne Ehrenämter ist eine gute, von Willkür und Corruption unbefleckte, den Volkswohlstand fördernde Verwaltung nicht möglich.

Ferner müsste eine allgemeine Lohn- und Einkommensteuer (income-tax) als Inbegriff der einzelnen Schatzungen eingeführt werden²⁾. Endlich sind noch zwei Steuerreformen zu erwähnen, die mit geringen Kosten den Steuerpflichtigen eine ungeheure Erleichterung verschaffen und dadurch auch die Steuerfähigkeit

Gesch. der Politik, 1864, S. 588 und C. v. Noorden in H. v. Sybel's Hist. Zeitschrift, 1865, H. 1 S., 14 heben den „im guten Sinne des Wortes conservativen Charakter“ der Gneist'schen Staatslehre hervor. Vgl. noch M. Sarudnū, Das englische Communalwesen mit einer Charakteristik der entsprechenden Institutionen Frankreichs und der gegenwärtigen Reformen in Russland, 1865 (russisch). Auch die a. Berichte, Bd. X, a. a. O. nennen Gneist „einen der besten Staatsrechtslehrer.“

1) Vgl. Gneist, II, S. 1293 und 1302.

2) Vgl. die treffenden Bemerkungen Schipow's in der Samml. d. F.-M., 1865, H. 9, S. 60 über die Nachtheile der gegenwärtigen Gildensteuern.

derselben bedeutend heben würden. Die bestehende, aus dem Jahre 1775 datirende Eintheilung Russlands beruht nämlich lediglich auf der Einwohnerzahl von 1775. Ein Raum, auf dem 3—400,000 Menschen wohnten, wurde ein Gouvernement, ein solcher, auf dem 20—30,000 Menschen wohnten, ein Kreis genannt. Die Kreisstädte sind mitunter fast blos von einigen Beamten und deren Anhängseln bewohnt, während es in der Nähe natürliche, althistorische Mittelpunkte des localen Verkehrs giebt. Ein Bauer, der in Steuer-, oder Justizangelegenheiten in seine entfernte Kreisstadt fahren muss, wohnt daher oft einer anderen Kreisstadt viel näher. Deshalb wäre es sehr zweckmässig, die Gouvernements- und Kreiseintheilung zu reformiren ¹⁾.

Die Domänen müssten verkauft ²⁾, und die Schulden des Staats, unter Vermeidung von Lotterieanleihen, mit einer sogleich zu erwähnenden Ausnahme nur im Auslande contrahirt werden (vgl. oben § 11). Im Zusammenhange mit allen diesen Reformen begonnen, wird auch die Wiederherstellung der Silberwährung durch Steuern und Anleihen keine unüberwindlichen Schwierigkeiten mehr bieten ³⁾. Dann müsste der Staat ewige Renten emittiren, die in Geld bezahlt, aber nach einer Combination der Korn-, Kleider- und Edelmetallpreise berechnet würden ⁴⁾. Solche Renten würden die Begründung eines besitzli-

1) Und reisende Steuereinnehmer anzustellen.

2) Vgl. das bekannte Werk von Mikszewicz und die Balt. Mon. Bd. II, H. 1.

3) Vgl. Wagner in der Baltischen Monatsschrift, 1867, Bd. 15. Das Mosk. Gutachten verwechselt Geld und Kapital, indem es S. XVI behauptet, der russische Discout stehe hoch, weil nicht genug Papiergeld vorhanden sei, vgl. Roscher I, § 121 und 179. Wie soll ferner die Entwerthung eines Dinges möglich sein, wenn die Nachfrage das Angebot übersteigt! Vgl. Wagner a. a. O. S. 174 und 168. Das Gutachten spricht sich auch gegen die Einziehung der Papierrubel aus (S. XXIII), weil dadurch Geldmangel entstehen könnte. Da es jenen Schutzzöllnern nicht unbekannt sein kann, dass Silberrubel und einlösliche Banknoten dann die Stelle des Papiergeldes vertreten würden, so haben wir hier wieder eine schöne Probe des kurzsichtigen Egoismus der extremen Schutzzöllner, vgl. oben § 7.

4) Vgl. Roscher I, § 129.

chen B
durch
eines T
Reform
anschli
riesigen
bedürfn
legirter
A
sind so
M
sische
rineet
men
verw
dass
würde
durch
meine
sellsc

land ei

die We
den An
inneren
vermehr
durch i
Legoy
autonom
organis
internat

delstagn
doch ar

chen Bauernstandes sehr befördern, weil viele Gutsbesitzer nur durch die Furcht vor einer Geldentwerthung von dem Verkaufe eines Theiles ihrer Ländereien abgehalten werden. An jene Reformen müsste sich auch die Einführung der Bankfreiheit anschliessen, weil in allen Staaten, besonders aber in einem riesigen Reiche, ein System kleiner Banken die localen Creditbedürfnisse viel besser befriedigt, als die Filialen grosser privilegirter Banken es thun könnten ¹⁾.

Auch die Eisenbahn-, Chaussee- und Strassenbauten sind soviel als möglich mit ausländischen Kapitalien auszuführen.

Mehrere russische Journale ²⁾ haben zur Heilung der russischen Finanznoth eine starke Reduction des Militär- und Marineetats vorgeschlagen, die z. B. 1866 42,9% der Reineinnahmen des Staats absorbirten. Es ist hier nicht der Ort, auf diese verwickelte Streitfrage einzugehen, soviel leuchtet indess ein, dass jene Massregel den Industriellen ausserordentlich nützen würde, wenn sie ohne eine Verletzung der Staatsinteressen durchführbar ist. Die Nützlichkeit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht und der Begünstigung der Mässigkeitssellschaften ist dagegen evident.

Die Berl. Denkschrift ist unbekannt ³⁾ mit verschiedenen

4) Wagner, Beitr. S. 142. Die Berl. Denkschr. S. 30 empfiehlt Russland eine Nachahmung der Peelsacte (!).

5) Der Russki Westnik, die russ. Petersburger Ztg., die Börsenztg. und die Westj. Eine kurze Uebersicht der über Militärreformen in Europa existirenden Ansichten möge hier Platz finden. Einige Autoren wollen aus Gründen der inneren, oder äusseren Sicherheit des Staats die stehenden Heere erhalten, oder noch vermehren. Andere Publicisten und Staatsmänner wollen die Heere u. Kriegsschiffe durch internationale Verträge vermindern, z. B. Lord Palmerston, Sir R. Peel, Legoyt, M. Block, Engel und Faucher. Dasselbe Ziel wollen Andere durch autonome Reformen erreichen. Unter den Anhängern der schweizerischen Milizorganisation finden sich ebenfalls Vertreter beider Arten der Reform, nämlich der internationalen und der autonomen, z. B. die russ. Petersb. Ztg. von 1864.

6) Der ungenannte Verf. des Artikels in der Lithogr. Corresp. des Handelstages behauptet, dass die Hanseaten Freihändler gewesen seien, während sie doch arge Monopolisten waren. Dieser Herr, dem nicht blos Sartorius' Geschichte

theils angebahnten, theils verwirklichten Reformen, wie das Rigasche Gutachten treffend hervorhebt. Ueber einige Punkte sind die preussischen Freihändler und die russischen Schutzzöllner mit Recht einig, nämlich über die Nützlichkeit der Einführung des metrischen Mass- und Gewichtssystems ¹⁾, über die Verwerflichkeit des Monopols der russischen Assecuranzgesellschaften ²⁾ und über die Mängel der Zollexpedition. Mühlhausen ³⁾ schlägt mit Recht vor, viele Artikel, die nur ganz geringe, bei Schlangenköpfen, Fischhaut, Pergamentblättern u. s. w. nur einige Kopeken betragende Einkünfte bringen, ganz zu streichen und dadurch sehr viel an den Erhebungskosten zu sparen. Ferner schlägt er mit Recht vor, nahezu übereinstimmende Tarifsätze auf einen Satz zu bringen, was der Tarif von 1857 bereits begonnen hat. 1857 betrug die Zahl der Tarifsätze 367, 1865 nur noch 301.

Die in diesem Kapitel aufgeführten Reformen sind für die Fortschritte der Industrie unentbehrlich. Sie sind gleichsam die Nahrung, welche man dem Renner der Industrie geben muss, wenn der Sporn der fremden Concurrenz etwas helfen soll.

§ 28. Der projectirte Handelsvertrag zwischen Russland und dem Zollverein.

Sowohl die Berliner, als die Mitchell'sche Denkschrift wollen vernünftiger Weise eine allmälige und nicht eine plötzliche Abschaffung der meisten russischen Schutzzölle, wie die russischen Protectionisten irriger und sophistischer Weise be-

der Hansa, sondern selbst das bekannte Engelmann'sche Elementarbüchlein der Handelsgeschichte unbekannt sein müssen, hat dabei noch die Naivität, den Rigenern ihre Unkenntniss jenes angeblichen Factums zum Vorwurfe zu machen!

1) Es würde sich auch empfehlen, den Rubel gleich 4 Francs zu setzen.

2) 1867 ist dasselbe stark ermässigt worden.

3) S. 180 und 181.

haupten
Preusse
Thür f
sollen

D
ten Ru
saaten,
noch m
so ist
dringe
der Ha
zialzöl
um d

Leibe
fende
Ueber
und
gere
zölle
jährig
gend
keine
zölle
15 Ja
quoten
franzö
lich v
Schut
Selbst
der Z

haupten ¹⁾. Die letzteren verlangen dagegen mit Recht von den Preussen und den Engländern, dass sie auch vor ihrer eigenen Thür fegen und mit ihren eigenen Schutzzöllen aufräumen sollen (vgl. oben § 9 und 25.)

Da Preussen, England und andere westeuropäische Staaten Russland in Bezug auf Getreide, Spiritus, Talg, Holz, Oel-saaten, Borsten, Flachs, Hanf, Felle, Leder, Matten u. s. w. noch mehr, oder minder wichtige Concessionen zu bieten haben, so ist es räthlich, die ohnehin vom russischen Staatsinteresse dringend gebotene Aufhebung der Schutzzölle auf dem Wege der Handelsverträge vorzunehmen, wobei natürlich alle Differenzialzölle zu vermeiden sind. Es handelt sich daher zunächst um die Frage, welche Concessionen Russland zu bieten hat.

Da die Erfahrung gezeigt hat, dass für die Aufhebung der Leibeigenschaft, die eine unvergleichlich wichtigere und tiefgreifendere Reform war, als es die Zollreform sein würde, eine Uebergangsperiode von 13 Jahren (1857—1870) hinreichend war und ist, so können auch die geschützten Fabrikanten eine längere Uebergangsperiode von der süßen Gewohnheit der Schutzzölle zum Freihandel nicht verlangen. Das bald zweihundert-jährige Prohibitiv- und Schutzsystem ist doch wohl eine genügend lange industrielle „Erziehung“ gewesen. Es kann daher keinem gerechten Bedenken unterliegen, alle russischen Schutzzölle in höchstens 13, oder um der runden Summe willen, in 15 Jahren aufzuheben und zwar die meisten in kleinen Jahresquoten. Dies gilt z. B. von den drei, auch nach List und den französischen Schutzzöllnern wichtigsten Industriezweigen, nämlich von der Baumwollen-, Wollen- und Leinindustrie. Andere Schutzzölle können und müssen viel rascher aufgehoben werden. Selbst das Rigasche Gutachten giebt zu, dass eine Ermässigung der Zölle auf Kolonialwaaren, Rohstoffe und Halbfabrikate

1) Vgl. die Mosk. Ztg. vom 12. Jan. 1867.

wünschenswerth sei. Dies genügt nicht: die erstgenannten Zölle müssen nach Polk'schen Grundsätzen herabgesetzt werden, und die beiden letztgenannten Arten von Zöllen im Interesse der Industrie und der Steuerfähigkeit Russlands vollständig aufgehoben werden. Das Letztere gilt auch vom Seiden- und vom Zuckerschutz Zoll, vgl. oben § 24 und 6. Bei den rasch fortschreitenden Eisenbahnbauten Russlands werden die Zuckerfabrikanten im gewinnreichen Betriebe der Landwirthschaft einen mehr als hinreichenden Ersatz für das Eingehen ihrer Fabriken finden, wobei der Staat einen Theil des sodann stark steigenden Zuckerzollertrages zu Vorschüssen an ehemalige Zuckerfabrikanten benutzen kann. Der Eisenzoll ist im Interesse der Landwirthschaft und des Exports (s. oben § 19) gänzlich aufzuheben. Bis 1857 wurde zum grössten Schaden der Volkswirthschaft und der Steuerfähigkeit und ohne den mindesten Nutzen für die Eisenindustrie, in vielen mittleren und südlichen Gouvernements in Folge des Schutzzolls fast gar kein Eisen gebraucht ¹⁾. Welcher Schaden erwächst nicht der Volkswirthschaft schon dadurch, dass die Räder der Bauernwagen in Russland noch so häufig unbeschlagen sind! Das Verbot, Eisen in den Häfen des schwarzen Meeres einzuführen, ist natürlich auch aufzuheben. Dasselbe gilt von dem Differenzialzoll zu Gunsten des über die asiatische Gränze importirten Thees. Diese Bestimmung beruht auf irrigen, oben widerlegten Anschauungen über die nationale Arbeit. Die Differenzialzölle zu Gunsten der einheimischen Schifffahrt, einzelner russischer Häfen und des europäischen

1) Mühlhausen, S. 176. Auch Tengoborski sagt, dass bei der Herabsetzung der Eisenzölle nur einige schlecht organisirte Hochöfen momentan leiden würden. Auch die Eisenindustrie ist nach ihm durch die Schutzzölle indolent geworden (III, S. 226 und 223). Herr v. Törner hebt im Oekon. Anzeiger, 1859 Nr. 150 treffend hervor, einen wie grossen Schaden die russische Maschinenproduction und indirect die ganze russische Industrie und Agricultur dadurch leiden, dass Russland hauptsächlich theures Eisen erster Klasse producirt, während zu den meisten Maschinen die billigen englischen Eisensorten gut genug sind.

Landtran
beiden l
den, we
wünscht
wisser A
So
die süd
net sein
Tuchex
Industr
Odessa
D
gen Se
wähnt,
zusetze
Wege
Zollert
fahrun
einem
setzun
hervor
russis
hen k

Regie
vom
men
lands
die Z
anf d
nen z
türlic
dester

Landtransports sind ebenfalls aufzuheben (vgl. § 14), Mit den beiden letzten Punkten ist auch das Rig. Gutachten einverstanden, welches auch mit Recht den Wegfall der Bestimmung wünscht, nach welcher einige Reichszollämter vom Import gewisser Artikel gänzlich ausgeschlossen sind.

Sobald der asiatische Theedifferenzialzoll aufgehoben und die südrussischen Eisenbahnen und der Kanal von Suez eröffnet sein werden, so dürfte Odessa für den Theeimport und den Tuchexport nach China, zum grössten Vortheil der Moskauschen Industrie, sehr wichtig werden. Auch für den Eisenimport wird Odessa sehr wichtig werden.

Die Wein-, Tabak- und Salzschatzzölle, so wie alle übrigen Schutz- und Finanzzölle sind, wie bereits oben § 21 erwähnt, mindestens auf das Mass der Schmugglerprämie herabzusetzen. Bei den Finanzzöllen ist dabei auf experimentellem Wege derjenige niedrige Satz zu ermitteln, der den grössten Zollertrag liefert, denn es ist eine tausendfältig gemachte Erfahrung, dass bei steigendem Wohlstande eines Volkes bis zu einem gewissen — Polk'schen — Minimum jede Zollherabsetzung eine Steigerung der Consumption und des Zollertrages hervorruft. Von einem rationellen Finanzzoll auf Salz wird die russische Staatskasse z. B. ausserordentliche Gewinnste ziehen können.

Es bedarf wohl kaum der Bemerkung, dass die preussische Regierung sich nicht einen Augenblick besinnen wird, für solche, vom eigenen Interesse Russlands dringend gebotene Zollreformen in Bezug auf die obengenannten Zölle alle Wünsche Russlands zu befriedigen und ausserdem auf einen Zollcartell und die Zusammenlegung der Gränzzollämter einzugehen. In Bezug auf die Unterdrückung des Schmuggels werden diese Concessionen zwar keinen Werth mehr haben, weil der Schmuggel natürlich mit einem Schlage aufhören wird, sobald alle Zölle mindestens auf die Höhe der Schmugglerprämie herabgesetzt sind.

Trotzdem werden jene beiden Concessionen auch dann noch sehr wünschenswerth sein, sowohl im Interesse der finanziellen Controle der Zollämter, als im Interesse einer rascheren Zollabfertigung der russischen und preussischen Waaren ¹⁾.

Die übrigen Punkte des Handelsvertrages, dessen Zustandekommen übrigens noch sehr problematisch ist, lassen sich nur auf Grundlage russischer und preussischer Enquêtes ²⁾ durch die beiderseitigen Unterhändler feststellen.

1) Vgl. die Berl. Denkschr, S. 32.

2) Die Gutachten der englischen und deutschen Handelskammern in der Berliner und Mitchell'schen Denkschrift, so wie das Mosk. Gutachten liefern dazu schätzbares, wenn auch mit Kritik zu benutzendes Material.



1.

2.

3.

4.

5.

6.

T h e s e n .

1. Die Hauptursache der ephemeren Berühmtheit Carey's ist sein confuser Pseudoliberalismus.
2. Es ist eine objective und eine subjective Grundrente zu unterscheiden.
3. A. Smith ist ein Gegner der Manchesterdoctrin.
4. Die Wiederherstellung des grossbritannischen, irischen, mecklenburgischen und italienischen Bauernstandes ist möglich und wünschenswerth.
5. Wenn die Privatindustrie in der Erbauung guter Arbeiterwohnungen säumig ist, so haben der Staat, oder die Gemeinde das Recht und die Pflicht, durch einige Unternehmungen dieser Art die grosse und sichere Rentabilität derselben zu beweisen und dadurch die Privatindustrie zur Nachfolge anzuaspornen.
6. Die englische Zeitungsstempelsteuer ist eine unzweckmässige Präventivmassregel gegen Ausschreitungen der Presse, eine Besteuerung schlechter Unterhaltungslectüre wäre dagegen volkspädagogisch und finanziell gerechtfertigt.

7. Photographische Porträts wären ein zweckmässiges Object für eine, vermittelt Banderollen, oder Stempel zu erhebende Luxussteuer.
8. Die Existenz typischer Naturgesetze im Sinne Rümelin's ist problematisch.
9. Es ist weder wünschenswerth, noch möglich, ein parlamentarisches Wahlgesetz auf das Princip der Interessenvertretung zu basiren.
10. Das einzige Heilmittel der europäischen und russischen Finanznoth ist die von E. Pfeiffer¹⁾ empfohlene allgemeine Einführung des schweizerischen Milizsystems (und eine allgemeine Reduction der Kriegsschiffe-Zahl und des Kriegsmaterials) vermittelt internationaler Verträge.

1) Die Staatseinnahmen, 1866, II, S. 110 u. 114; ders. Zusammenst. der europ. Staatsausg., 1865, S. 49. Vgl. Montesquieu, XIII, 17; Bluntschli, Gesch. der Politik, 1864, S. 273; Cancrin's Tageb. I, S. 233; Welcker's Staatslex. 3. Aufl. Bd. VII, 1862, Art. „Heerwesen“ und die Tüb. Zeitsch. f. d. Staatswiss. 1866, H. 4.

Walcker, Carl

Zur Lehre von den Schutzzöllen

Dorpat 1867

Cam. 178 km

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10388691-1